



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

9

September 1992

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

44. Jahrgang · September 1992

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich
Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1
Fernruf: (02 11) 9449-01

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9209



Inhalt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Ursachen und Auswirkungen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990 für Nordrhein-Westfalen	443
	Gebietseinheiten und territoriale Zuordnung in der regionalen Sozialproduktsberechnung	461
Handel	Der Einzelhandel 1991	467
	Einzelhandelsumsätze im ersten Halbjahr 1992	454
	Außenhandel NRWs mit Japan in den ersten vier Monaten 1992	453
Landwirtschaft	Getreideernte 1992	454
Wohnungswesen	Wohnraumversorgung im Dezember 1991	454
Produzierendes Gewerbe	Energieversorgung und -verbrauch 1988 und 1989 auf der Grundlage der Energiebilanz NRW	455
	Auftragseingänge in der Industrie im Juli 1992	454
	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe im Juni 1992	460
Handwerk	Handwerkerverdienste im Mai 1992	473
Preise, Löhne und Gehälter	Preisindex für die Lebenshaltung im August 1992	460
	Bruttojahresverdienste 1991	453
	Tabellenteil	474
	Zahlenspiegel	482

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- . . . Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Ursachen und Auswirkungen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990 für Nordrhein-Westfalen

Bei der jüngsten Revision handelt es sich um eine umfassende Überarbeitung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie fügt sich ein in den 5jährigen Rhythmus, den die Europäische Gemeinschaft für die Umstellung der Ergebnisse in konstanten Preisen auf ein neues Preisbasisjahr vorsieht.

Neben dem Übergang auf das Preisbasisjahr 1985 waren die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1987 in die Berechnungen einzuarbeiten. Darüber hinaus wurde die Revision genutzt, um durch eine Vielzahl von methodischen Änderungen die Berechnungen zu verbessern. Konzepte und Definitionen blieben dabei weitgehend unverändert.

Im folgenden wird zunächst auf die Abhängigkeit der Länderrechnung von den Bundesrevisionen eingegangen. Das Schwergewicht liegt auf der Darstellung der revisionsbedingten Änderungen, die von der Länderrechnung ausgegangen sind. Zu den wichtigsten Änderungen gehört die Einführung einer erheblich verbesserten Berechnungsmethode zur Ermittlung der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe. Für die methodische Entwicklung und die Berechnung der Ergebnisse für alle Bundesländer ist Nordrhein-Westfalen zuständiges Koordinierungsland. Dieses neue Berechnungsverfahren wird besonders ausführlich erläutert.

Die Revisionsergebnisse werden in einer Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Landesämter in der Reihe „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ herausgegeben. Die Ergebnisse der Entstehungsrechnung werden in der zweiten Jahreshälfte 1992 bereits in einem Vorbericht veröffentlicht, da sie wesentlich früher als diejenigen der Verteilungs- und Verwendungsrechnung vorliegen.

Alle Darstellungen beziehen sich noch auf die alten Bundesländer. Die neuen Bundesländer sind seit der Dezentralisierung 1990 des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ formell Mitglieder dieses Ländergremiums. Sie führen zur Zeit erste Berechnungen durch und werden – soweit es die verfügbaren Datengrundlagen zulassen – nach und nach in das Arbeitsprogramm des Arbeitskreises integriert.

Bedeutung der Bundesrevisionen für die Länderrechnung

Eine Revision geht normalerweise von der Bundesrechnung aus. Trotz der weitgehenden Unabhängigkeit der Länderrechnung von der Bundesrechnung steht es jedoch nicht im freien Ermessen der Länder, eine Bundesrevision nachzuvollziehen oder darauf zu verzichten. Die Länder können nicht beschließen, eine Revision auszusetzen, wenn sie etwa der Auffassung wären, die mit einer Revision verbundene Belastung wäre für die Länder nicht vertretbar, den Datenkonsumenten wären die vielen verschiedenen Berechnungsstände nicht zuzumuten oder eine neue rechnerische Anpassung der Länderwerte an die Bundesergebnisse würde keine

Qualitätsverbesserung der Länderwerte mit sich bringen. Die Länder haben vielmehr keine andere Wahl, als sich den Bundesrevisionen anzuschließen, da nach den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle Länderwerte auf die Bundeswerte „koordiniert“, d. h. abgestimmt werden müssen. Dabei genügt meist nicht eine rein datenmäßige Anpassung der Länderwerte an die Bundeswerte. Damit die Koordinierung sinnvoll und möglich ist, müssen die Länder auch die in der Bundesrechnung evtl. vorgenommenen Änderungen der Konzepte, Definitionen, Gliederungen und Systematiken sowie die Änderung des Preisbasisjahres der Berechnungen in konstanten Preisen übernehmen.

Darüber hinaus haben die Länder die Möglichkeit, im Rahmen einer Revision eigene Vorstellungen zu realisieren. Sie können neue Datengrundlagen einarbeiten und neue Berechnungsverfahren anwenden, wie das bei der jetzigen Revision in größerem Umfang geschehen ist. Auch steht es den Ländern frei, zwischen den von der Bundesrechnung ausgehenden Revisionen reine Länderrevisionen durchzuführen, wenn sie es für notwendig erachten. So führten die Länder im Jahr 1982 eine zusätzliche Re-

**Übersicht über die fünf letzten Revisionen
der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

Revisionen	Revisionszeitraum	Neue Preisbasis	Heft-Nr. der Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Landesämter
Bund-/Länderrevision 1977	1960 – 1976	1970	Hefte 7 und 9
Länderrevision 1982	1970 – 1981	–	Heft 12
Bund-/Länderrevision 1983	1970 – 1982	1976	Heft 13
Bund-/Länderrevision 1985	1970 – 1985	1980	Heft 15
Bund-/Länderrevision 1991	1970 – 1990	1985	Heft 20 (in Vorbereitung)

vision durch, um auf der Basis der neuen Statistiken im Produzierenden Gewerbe Ergebnisreihen rückwirkend bis 1970 kurzfristig veröffentlichen zu können¹⁾. Im allgemeinen sehen die Länder aber aufgrund des hohen Aufwands von derartigen Länderrevisionen ab.

Die Revision der Bundesergebnisse

Wie bereits erwähnt, betraf die Bundesrevision hauptsächlich zwei Komplexe. Zum einen wurde die Berechnung der Aggregate in konstanten Preisen vom Preisbasisjahr 1980 auf das Jahr 1985 umgestellt. Zum anderen wurden Ergebnisse von mehrjährigen Erhebungen berücksichtigt, die nicht sofort in die laufenden Berechnungen einbezogen werden konnten, weil sie sonst die Zeitreihen gestört hätten. Erst bei einer Revision werden die Ergebnisse der zurückliegenden Jahre angepaßt, um den Verlauf der Zeitreihe von Brüchen freizuhalten. In erster Linie gehören zu den Statistiken, aus denen erstmalig Daten verwendet worden sind, die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1987, die Gebäude- und Wohnungszählung 1987, die Handels- und Gaststättenzählung 1985, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 sowie diejenigen Kostenstrukturstatistiken, die im 4-Jahres-Rhythmus erhoben werden.

Alle Änderungen, die in der Bundesrechnung vorgenommen worden sind, sowie deren datenmäßige Auswirkungen sind in einem Aufsatz des Statistischen Bundesamtes für alle

drei Berechnungsseiten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausführlich beschrieben worden²⁾.

Das Statistische Bundesamt weist in diesem Aufsatz u. a. darauf hin, daß in der Entstehungsrechnung die Abweichungen zwischen den alten und den neuen Ergebnissen nicht allein durch den Einbau neuer Datengrundlagen und Berechnungsmethoden beeinflußt worden sind. Sie wurden gleichzeitig von den Auswirkungen überlagert, die sich durch das unterschiedliche Ausmaß der Korrekturen zur Abstimmung der Entstehungs- und der Verwendungsrechnung ergaben. Dies hat auch Konsequenzen für die Qualität der Länderergebnisse, wie im folgenden gezeigt wird.

Theoretisch müßte sich von beiden Berechnungsseiten her dieselbe Höhe des Sozialprodukts ergeben³⁾. Dies ist aber in der Praxis nicht der Fall, weil die Berechnungen auf beiden Berechnungsseiten unabhängig voneinander durchgeführt werden und aufgrund des Schätzcharakters der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fehleranfällig sind. Bisher waren die Bundesergebnisse der Verwendungsrechnung immer erheblich höher als die der Entstehungsrechnung. Zum Ausgleich wurde die Wertschöpfung in verschiedenen Wirtschaftsbereichen der Entstehungsrechnung entsprechend erhöht. Damit die höhere Wertschöpfung zu den errechneten Produktionswerten und Vorleistungen paßte, wurden gleichzeitig die Vorleistungen nach unten korrigiert. Dahinter stand die Annahme, daß der Schwachpunkt der Berechnungen bei den Vorleistungen lag. Durch die Revision haben sich

Entstehungs- und Verwendungsrechnung stärker einander angenähert. Dies wird u. a. mit dem gegenüber früher höheren Niveau der Produktionswerte begründet. Ursache sei dafür der Einfluß der Ergebnisse aus der Arbeitsstättenzählung 1987. Die Vorleistungen brauchen daher jetzt nicht mehr so stark vermindert zu werden. So sind z. B. im Verarbeitenden Gewerbe im Berichtsjahr 1988 die Vorleistungen des Bundesgebiets um gut 4 % höher als vor der Revision.

Für die Länder sind die Korrekturen des Bundes exogene Einflüsse. Sie können diese Korrekturen methodisch nicht nachvollziehen, da es sich um reine Vorgänge auf Bundesebene handelt, für die es auf Länderebene keinen Bezug gibt. Dennoch sind die Länderergebnisse durch die Notwendigkeit der Koordinierung auf die Bundeswerte hiervon betroffen. Die Werte der Abstimmungskorrekturen gehen in die Differenz zwischen der Summe der originär berechneten Länderwerte und dem Bundeswert aus der Bundesrechnung ein. Durch das Koordinierungsverfahren wird diese Differenz – und damit auch der Teil, der auf die Korrekturwerte entfällt – schematisch auf die Länder verteilt. Wegen der nun geringeren Abstimmungskorrekturen in der Bundesrechnung werden auch die o. a. Differenzen zwischen den Landesummen und den jeweils zugehörigen Bundeswerten bei der Bruttowertschöpfung und den Vorleistungen geringer, so daß die Qualität der Länderergebnisse positiv beeinflusst wird.

Über die Abstimmungskorrekturen hinaus gibt es noch eine Reihe volkswirtschaftlicher Umbuchungen in der Bundesrechnung, die in der Länderrechnung nicht nachvollzogen werden können und sich daher in der Koordinierungsdifferenz niederschlagen. Bei diesen Korrekturposten hat die Revision zu keinen gravierenden Änderungen geführt.

1) Vgl. H.-J. Treeck „Warum Revisionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen?“ Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 6/1986, S. 356.

2) Vgl. „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990“, in: Wirtschaft und Statistik 4/1991, S. 227 ff.
Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

3) Die Berechnung des Sozialprodukts ist in der Länderrechnung von der Verwendungsseite her nicht möglich, weil aufgrund fehlender Datengrundlagen die Warenströme zwischen den Bundesländern nicht erfaßt werden können.

Die Revision der Länderergebnisse

Ebenso wie die Bundesrechnung wurde auch die Länderrechnung in konstanten Preisen auf das Basisjahr 1985 umgestellt. Daten der Volks- und Arbeitsstättenzählung wurden für verschiedene Aggregate und Bereiche, wie z. B. für die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach dem Inlandskonzept, zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden vor allem die Berechnungsmethoden der Entstehungsrechnung in einer Reihe von Wirtschaftsbereichen überarbeitet. Bei der Berechnung der Erwerbstätigenzahlen ergaben sich methodische wie auch organisatorische Änderungen. Die Änderungen in den Wirtschaftsbereichen und in der Erwerbstätigenberechnung werden im folgenden kurz erläutert:

– Land- und Forstwirtschaft

Zur Ermittlung der Ergebnisse im größten Unterbereich, der Landwirtschaft, wird eine neue Datenquelle genutzt. Das zuständige Koordinierungsland im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ führt die Berechnungen nicht mehr selbst durch, sondern übernimmt die Daten für die Bundesländer aus der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LAWIG). Das Koordinierungsland muß lediglich die Daten auf die Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umstellen. Aus der LAWIG werden nicht nur die Wertschöpfungsergebnisse herangezogen, sondern auch die Daten über die Einkommen und die Investitionen. Diese regionalisierte LAWIG ist vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften erarbeitet worden.

Da sich die LAWIG auf die Landwirtschaft beschränkt, bleiben die bisherigen Berechnungsmethoden der übrigen Bereiche – Gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung, Forstwirtschaft und Fischerei – unverändert.

– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Bereits bei der letzten Revision 1985 wurde im Wirtschaftsbereich „Energie- und Wasserversorgung“ zur Ermittlung der Wertschöpfung eine vollkommen neue Methode angewendet⁴⁾, die jetzt auch für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe in die laufenden Berechnungen einbezogen werden konnte. Diese Methode baut auf den Daten der Kostenstrukturstatistik für Unternehmen auf. Dem Problem, daß manche Unternehmen in verschiedenen Bundesländern zugleich tätig sind, wird dabei durch ein aufwendiges Schätzverfahren zur Abgrenzung der Wirtschaftsleistung auf die einzelnen Niederlassungen jedes Mehrländerunternehmens Rechnung getragen. Eine ausführliche Darstellung der Berechnungsmethode sowie ein Ergebnisvergleich mit der früheren Methode finden sich im nächsten Kapitel.

– Baugewerbe

Auch für das Bauhauptgewerbe wurde eine Methode entwickelt, die mit derjenigen in den anderen Bereichen des Produzierenden Gewerbes vergleichbar ist. Der Hauptunterschied besteht darin, daß die Wertschöpfung der Mehrländerunternehmen im Bauhauptgewerbe nicht differenziert nach den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital regional abgegrenzt wird.

Grundlage der Berechnungen ist auch hier die jährliche repräsentative Kostenstrukturhebung für Unternehmen, aus deren Daten die Produktionswerte, Vorleistungen und die Bruttowertschöpfung als Differenz berechnet werden. Datenquelle für die Produktionswerte der nicht in der Kostenstrukturhebung erfaßten größeren Unternehmen ist die Jahres- und Investitionserhebung. Für die nicht in der Kostenstrukturhebung erfaßten kleinen Unternehmen werden die Umsätze aus der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe mit dem Bruttoproduktionswert gleichgesetzt. Die Vorleistungen aller übrigen Unternehmen werden geschätzt, indem an deren Produktionswerte bundesdurchschnittliche Vorleistungsquoten der entsprechenden Wirtschaftsbereiche aus der Kostenstrukturhebung angelegt werden. Die Bruttowertschöpfung jedes einzelnen Mehrländerunternehmens aus der Kostenstrukturhebung wie auch die geschätzte Bruttowertschöpfung jedes übrigen Mehrländerunternehmens wird dann auf die Zweigniederlassungen nach ihren Anteilen an der Bruttolohn- und Gehaltssumme des Gesamtunternehmens aufgeteilt. Die Bruttolohn- und Gehaltssummen der Betriebe kommen aus dem Monatsbericht bzw. der Totalerhebung. Anschließend werden alle Werte wirtschaftsbereichsweise nach Ländern aggregiert.

Für das Ausbaugewerbe war zunächst das gleiche Verfahren unter Verwendung der Kostenstrukturhebung geplant. Schwachstelle war jedoch die Ermittlung der Bruttowertschöpfung für die einzigen Niederlassungen mit 1 bis 9 Beschäftigten, für die es keine Datengrundlage gibt. Die neue Methode sah daher vor, die Ergebnisse für diese Betriebe indirekt als Differenz aus den Werten unterschiedlicher Datenquellen abzuleiten. Bei den Proberechnungen zeigten sich dabei zum Teil unplausible Ergebnisse. Da

4) Vgl. H.-J. Treeck, „Bedeutung und Auswirkungen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Nordrhein-Westfalen 1972 bis 1982“, Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 5/1984, S. 240 ff.

die Kleinbetriebe im Ausbaugewerbe eine relativ große Bedeutung haben, wurde von der neuen Methode Abstand genommen. Im Ausbaugewerbe wird daher die alte Methode, die auf der Handwerksberichterstattung aufbaut, weiterhin angewandt.

– Handel, Versicherungsunternehmen

In die Berechnungen für den Handel wurden die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1985 eingearbeitet. Bei den Versicherungsunternehmen wurden früher die Produktionswerte und Vorleistungen aus der Bundesrechnung mit der mengenmäßigen Größe „Erwerbstätige“ auf die Länder geschlüsselt. Die Schlüsselgröße wird jetzt mit jahresdurchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten der Angestellten im Versicherungsgewerbe aus der Verdiensterhebung gewichtet.

– Wohnungsvermietung

In den Bereich „Wohnungsvermietung“ waren die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 einzubeziehen. Bei der Überarbeitung dieses Bereichs durch die Bundesrechnung fielen gleichzeitig Länderwerte für den Bruttonutzenwert an, die dem Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ angeboten wurden. Nach Prüfung der Ergebnisse beschloß der Arbeitskreis, die Daten für die zurückliegenden Jahre zu übernehmen und sich auch bei den laufenden Berechnungen darauf zu stützen. Gegenüber den früheren Berechnungen des Arbeitskreises sieht die Bundesmethode eine differenziertere Ermittlung der Produktionswerte vor. Auch stellt das Statistische Bundesamt bundesdurchschnittliche Vorleistungsquoten zur Verfügung. Bisher arbeiteten die Länder mit zeitlich konstanten Vorleistungsansätzen, die noch aus einer Reihe zurückliegenden Kostenstruktur-

erhebung in der Wohnungswirtschaft stammten. Nach der Bundesmethode wurden bis zum Berichtsjahr 1987 Vorleistungsangaben (Kosten für Wartung, Reparaturen, Reinigung usw.) aus den Jahresabschlüssen von Wohnungsunternehmen extrahiert. In den Folgejahren werden die Vorleistungspositionen hauptsächlich aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen abgeleitet. Durch Anlegen der Bundesquoten an die länderspezifischen Bruttonutzenwerte ergibt sich die Bruttowertschöpfung der Länder (ab Berichtsjahr 1988 getrennt nach Miet- und Eigentümerwohnungen).

– Sonstige Dienstleistungen

Im Bereich „Sonstige Dienstleistungen“ wurden bisher die Ergebnisse differenziert nach über 30 Rechenbereichen ermittelt, da die Ausgangsdaten dies möglich machten. Es hat sich aber im Laufe der Zeit herausgestellt, daß die tiefe Gliederung keine Verbesserung der Berechnungen bedeutete. Die zur Ermittlung von Produktionswert und Vorleistungen verwendeten Datenquellen konnten den Ansprüchen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in dieser Differenzierung nur unzureichend gerecht werden (z. B. wegen der teilweise ungenauen Zuordnung der Berichtseinheiten zu den einzelnen Wirtschaftsbereichen in der Umsatzsteuerstatistik). Zugunsten einer größeren Transparenz und Nachvollziehbarkeit bzw. eines geringeren Rechen- und Prüfaufwandes werden die Ergebnisse nur noch nach vier zusammengefaßten Unterbereichen berechnet. Diese Änderung wirkt sich kaum auf die Ergebnisse aus.

– Staat, private Haushalte und private Organisationen

Beim Staat gibt es auf allen drei Berechnungsseiten methodische

Änderungen. In der Entstehungsrechnung konnten im Unterbereich „Bund (Verteidigung)“ Angaben über die Personalausgaben der Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr zur Ermittlung der Wertschöpfung einbezogen werden. Diese Zahlen stellt das Bundesverteidigungsministerium dem LDS für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Verfügung. In der Verteilungsrechnung werden die Bundeswerte der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und in der Verwendungsrechnung die Bundeswerte des Staatsverbrauchs in Zukunft nach der jahresdurchschnittlichen Wohnbevölkerung jeweils in den Bereichen „Bund“ und „Sozialversicherung“ auf die Länder geschlüsselt.

– Erwerbstätigenberechnung

Zur Ermittlung der Erwerbstätigenzahlen gibt es keine laufenden Statistiken, die alle Wirtschaftsbereiche abdecken. Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat daher früher mit Hilfe aller verfügbaren Datenquellen Erwerbstätigenzahlen (einschl. Arbeitnehmer- und Selbständigenzahlen) selbst geschätzt. Die Zahlen werden als Bezugswerte für die volkswirtschaftlichen Aggregate und in manchen Bereichen auch als Schlüssel zur Aufteilung der Bundeswerte auf die Länder benötigt.

Da ein großes Interesse an den Erwerbstätigenzahlen vor allem auch für die Arbeitsmarktbeobachtung auf Bundes- und Landesebene besteht, wurde die Arbeitsgruppe „Schätzung der Erwerbstätigkeit“ ins Leben gerufen, der das Statistische Bundesamt und alle statistischen Landesämter angehören. Mit der jetzigen Revision übernimmt der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ die Ergebnisse für die Arbeits-

marktbeobachtung von dieser Arbeitsgruppe und stellt sie auf die Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen um (in erster Linie auf das Konzept der wirtschaftssystematischen Zuordnung der Angaben für örtliche Einheiten auf den Schwerpunkt des jeweils zugehörigen Unternehmens). Methodisch gesehen stützen sich die Berechnungen auf die Ergebnisse der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1987. Diese Basiswerte werden in den Folgejahren mit Ergebnissen aus laufenden Bereichsstatistiken, z. B. Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, und mit den Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit über die versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer fortgeschrieben.

Auswirkungen auf die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen

Auf die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen wirken sich am stärksten die methodischen Änderungen in der Land- und Forstwirtschaft und in der Wohnungsvermietung aus. Dies zeigt die Tabelle mit den Zahlen des Jahres 1988, dem letzten Jahr, für das vor der Revision eine Originärberechnung durchgeführt worden ist. Danach hat die Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft ein um 12 % niedrigeres Niveau als vor der Revision. Im Bereich „Wohnungsvermietung“ ist das Niveau um 9 % höher. Die erheblichen Methodenänderungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe schlagen sich dagegen in den Ergebnissen für Nordrhein-Westfalen kaum nieder.

Die Zusammenfassung der Wirtschaftsbereiche Energiewirtschaft und Bergbau zu einem einzigen Wirtschaftsbereich verdeckt die besonders starke Reduzierung der Bruttowertschöpfung im Bergbau um 15 %.

Bruttowertschöpfung (jeweilige Preise) 1988						
Wirtschaftsbereiche	Unrevidiert			Revidiert		
	insgesamt		Anteil am Bundesgebiet %	insgesamt		Anteil am Bundesgebiet %
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Land- und Forstwirtschaft	5 554	1,0	16,8	4 881	0,9	14,5
Energiewirtschaft, Bergbau	26 901	5,1	38,7	25 259	4,8	37,2
Verarbeitendes Gewerbe	177 339	33,4	27,1	172 602	33,0	26,4
Baugewerbe	25 310	4,8	23,8	25 122	4,8	23,6
Handel	52 296	9,8	27,6	51 445	9,8	28,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	28 666	5,4	23,4	27 144	5,2	23,2
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	23 342	4,4	22,4	23 624	4,5	22,5
Wohnungsvermietung	36 786	6,9	26,1	40 250	7,7	26,4
Sonstige Dienstleistungen	82 290	15,5	23,7	79 036	15,1	23,5
Staat	57 793	10,9	24,9	58 110	11,1	25,1
Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	14 677	2,8	33,3	15 462	3,0	29,9
Alle Wirtschaftsbereiche	530 995	100	26,0	522 933	100	25,7

Bruttoinlandsprodukt (jeweilige Preise) 1970 – 1990						
Jahr	Unrevidiert			Revidiert		
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteil am Bundesgebiet	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteil am Bundesgebiet
	Mrd. DM	%		Mrd. DM	%	
1970	193,5	.	28,6	194,7	.	28,8
1971	213,3	+ 10,3	28,4	214,1	+ 9,9	28,6
1972	231,3	+ 8,4	28,1	231,9	+ 8,3	28,2
1973	258,7	+ 11,8	28,2	259,2	+ 11,8	28,3
1974	280,2	+ 8,3	28,5	280,3	+ 8,1	28,5
1975	289,4	+ 3,3	28,2	289,2	+ 3,2	28,2
1976	313,8	+ 8,4	28,0	312,9	+ 8,2	27,9
1977	332,1	+ 5,8	27,7	330,5	+ 5,6	27,6
1978	354,6	+ 6,8	27,6	353,3	+ 6,9	27,5
1979	385,5	+ 8,7	27,7	383,0	+ 8,4	27,6
1980	406,4	+ 5,4	27,5	402,7	+ 5,1	27,4
1981	421,5	+ 3,7	27,4	418,3	+ 3,9	27,3
1982	434,1	+ 3,0	27,2	430,0	+ 2,8	27,1
1983	451,8	+ 4,1	27,0	446,0	+ 3,7	26,7
1984	469,8	+ 4,0	26,8	463,0	+ 3,8	26,4
1985	487,5	+ 3,8	26,6	481,8	+ 4,1	26,4
1986	508,9	+ 4,4	26,3	506,0	+ 5,0	26,3
1987	525,0	+ 3,2	26,2	518,4	+ 2,5	26,0
1988	551,2	+ 5,0	26,1	543,5	+ 4,8	25,9
1989	581,0	+ 5,4	26,0	574,4	+ 5,7	25,9
1990	625,7	+ 7,7	25,8	617,8	+ 7,6	25,7

Sie wird nur zu etwa einem Drittel durch die neue Ländermethode in diesem Bereich verursacht. Hauptursache ist die Herausnahme der Koks-kohlenbeihilfe in der Bundesrechnung aus den Umsätzen der Unternehmen als Bestandteil des Brutto-produktionswertes und damit auch aus der Bruttowertschöpfung. Da die Koks-kohlenbeihilfe nach der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu den Subventionen zählt, gab es früher bei der Ermittlung der Nettowertschöpfung eine Doppelerfassung, die jetzt bereinigt wurde⁵⁾. In der Länderrechnung wurde diese Korrektur indirekt durch die Abstimmung auf einen entsprechend niedrigen revidierten Bundeswert nachvollzogen.

Die Abweichungen bei den einzelnen Wirtschaftsbereichen gleichen sich 1988 in der Gesamtwirtschaft Nordrhein-Westfalens weitgehend aus. Das gilt auch für die anderen Jahre des Revisionszeitraums, wie aus den Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt erkennbar ist. Bei keinem Berichtsjahr überschreiten die Abweichungen gegenüber den unrevidierten Ergebnissen 1 %. Entsprechend hält sich der Einfluß der Revision auf die Entwicklungsraten des Bruttoinlandsprodukts und auf den Anteil Nordrhein-Westfalens am Bundesgebiet in engen Grenzen.

Neue Methode zur Ermittlung der Wertschöpfung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Beinahe im gesamten Produzieren der Gewerbe beruhen die Berechnungen jetzt auf demselben methodischen Modell. Ausgangsüberlegung war, die Daten der Kostenstrukturhebungen (KSE) bestmöglich zu nutzen, denn die Kostenstrukturhebun-

gen sind die einzigen Statistiken, in denen alle Angaben zur Ermittlung der Wertschöpfung erfaßt werden. Weil die aggregierten Daten der Kostenstrukturhebung für Länderzwecke nicht direkt brauchbar sind (s. u.), wurden sie früher nur in Form von bundesdurchschnittlichen, auf den Produktionswert bezogenen Vorleistungsquoten verwendet. Zur Errechnung der Wertschöpfung wurden diese Daten an die Produktionswerte der Länder angelegt. Die neue Methode geht unmittelbar von den Einzeldaten der KSE aus. Dadurch ist es möglich, den Schwachstellen, die die Kostenstrukturhebungen für die Verwendung in den Länderrechnungen aufweisen, fundierter zu begegnen.

Einer der Nachteile der Kostenstrukturhebungen besteht darin, daß es sich bei den Berichtseinheiten um Unternehmen handelt. Würde man die gesamte Wirtschaftsleistung eines Unternehmens, das Zweigniederlassungen in verschiedenen Bundesländern betreibt, im Sitzland dieses Unternehmens nachweisen, widerspräche dies dem Grundsatz der entstehungsgerechten räumlichen Zuordnung der Leistung. Andererseits ist nicht bekannt, welchen Anteil die einzelnen Niederlassungen an der Gesamtleistung des Unternehmens haben. Daher wurde ein Schätzverfahren entwickelt, das unmittelbar die Bruttowertschöpfung jedes Mehrländerunternehmens nach geeigneten betriebsbezogenen Indikatoren auf die zugehörigen Zweigbetriebe aufteilt (s. u.).

Ein weiterer Nachteil ist der eingeschränkte Berichtskreis der Kostenstrukturhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Hier werden die meldepflichtigen Unternehmen im Rahmen einer Stichprobe aus allen Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen ausgewählt. Ihre Angaben sind nicht für die Bundesländer, sondern nur für das Bundesgebiet insgesamt

repräsentativ. Damit kann die Wertschöpfung nur für einen Teil der Unternehmen direkt ermittelt werden. Wenn auch die großen Unternehmen normalerweise vollständig in die Erhebungen einbezogen werden, müssen die Angaben der fehlenden Unternehmen aus anderen statistischen Quellen hinzugeschätzt werden.

Die gesonderte Behandlung der Mehrländerunternehmen und die getrennte Schätzung der nicht zur Kostenstrukturhebung meldenden Unternehmen macht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Berechnungen für sechs verschiedene Teilberichts-kreise erforderlich (siehe Schaubild).

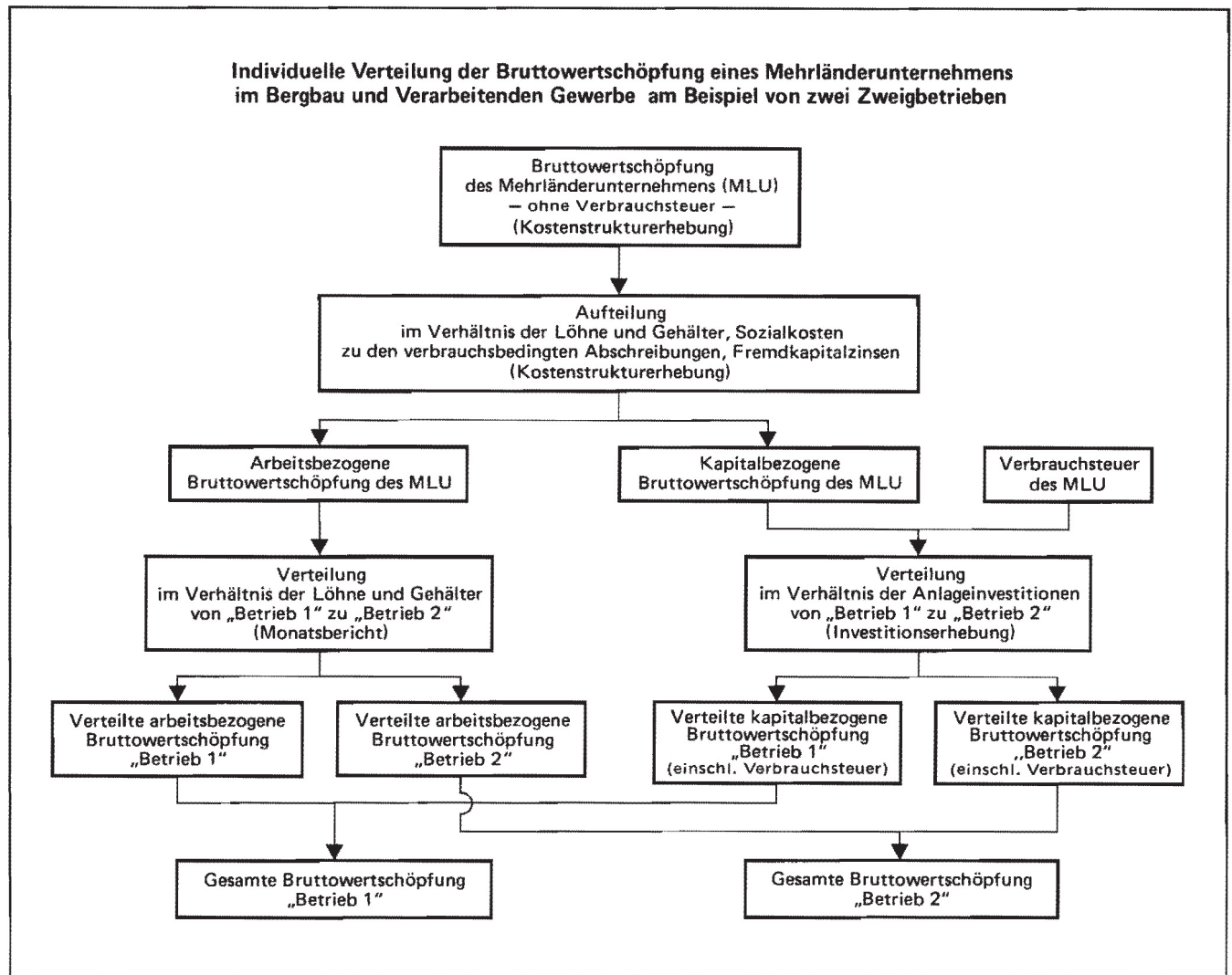
Berechnung für die Unternehmen aus der Kostenstrukturhebung

In der Kostenstrukturhebung ergibt sich die Bruttowertschöpfung der Unternehmen aus der Gesamtleistung (Bruttoproduktionswert) abzüglich der Angaben für diejenigen Positionen, die Vorleistungen darstellen (Verbrauch an fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Einsatz an Handelsware, Kosten für Reparaturen, Mieten und Pachten usw.). Die Bruttowertschöpfung der Einlandunternehmen – das sind die Unternehmen, die nur innerhalb eines einzigen Bundeslandes tätig sind – wird unverändert dem jeweiligen Land zugewiesen, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat. Bei der Bruttowertschöpfung der Mehrländerunternehmen kommt das im folgenden beschriebene regionale Verteilungsverfahren zum Zuge.

Da die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital regional mit unterschiedlichem Einsatzverhältnis am Produktionsergebnis beteiligt sein können, wird die um die Verbrauchsteuer verminderte Bruttowertschöpfung jedes Mehrländerunternehmens vor der

5) Vgl. „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ...“, a. o. O., S. 232.

**Individuelle Verteilung der Bruttowertschöpfung eines Mehrländerunternehmens
im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe am Beispiel von zwei Zweigbetrieben**



Verteilung auf die zugehörigen Betriebe in einen kapital- und einen arbeitsbezogenen Teil aufgespalten. Dies geschieht nach dem Verhältnis, in dem die Bruttolöhne und -gehälter und Sozialkosten (arbeitsbezogene Merkmale) zu den verbrauchsbedingten Abschreibungen auf Sachanlagen und Fremdkapitalzinsen (kapitalbezogene Merkmale) des Mehrländerunternehmens stehen. Auch die Daten dieser

Merkmale kommen aus der Kostenstrukturhebung. Anschließend wird die arbeitsbezogene Bruttowertschöpfung des Mehrländerunternehmens nach dem Verhältnis auf die Zweigbetriebe aufgeteilt, in dem die Löhne und Gehälter dieser Betriebe zueinander stehen. Als Ergebnis erhält man die regional verteilte und länderweise nach dem Sitz der Betriebe zugeordnete arbeitsbezogene Bruttowertschöpfung. Datenquelle für die Löhne und Gehälter der Betriebe ist der Monatsbericht.

Analog zur Verteilung der arbeitsbezogenen Bruttowertschöpfung wird bei der kapitalbezogenen Bruttowertschöpfung des Mehrländerunternehmens verfahren. Dieser Teil der Wertschöpfung wird um den Wert der Verbrauchsteuern des Mehrländerunternehmens, der zuvor von der unaufgespaltenen Wertschöpfung abgezogen worden war, erhöht. Dahinter steht die Überlegung, daß die Verbrauch-

steuer unmittelbar dort anfällt, wo die zu besteuernenden Güter produziert werden, und nicht etwa auch bei dem örtlich getrennten Vertrieb oder der Hauptverwaltung. Die kapitalbezogene Bruttowertschöpfung (einschließlich Verbrauchsteuern) der Mehrländerunternehmen wird nach den für einen langen Zeitraum aufsummierten Daten der Anlageinvestitionen, die den betrieblichen Kapitaleinsatz ausdrücken sollen, auf die Zweigbetriebe aufgeteilt.

Die kapitalbezogene Bruttowertschöpfung der Mehrländerunternehmen wird nicht in allen Wirtschaftsbereichen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit den Investitionen regionalisiert. In dem Bereich „Mineralölverarbeitung“ wird sie ersatzweise nach den Angaben der „Arbeitsgemeinschaft Erdölgewinnung und -verarbeitung“ über den Rohöldurchsatz der Raffinerien auf die Zweigbetriebe aufgeteilt, und im Bereich „Tabakverarbeitung“ nach dem Produktionswert des Bereichs aus der vierteljährlichen Produktionserhebung. Aufgrund der besonderen Struktur der genannten Bereiche sind diese Aufteilungsgrößen besser als die Investitionen dazu geeignet, die regionale Beteiligung des Kapitals an der Produktion widerzuspiegeln.

Zur Regionalisierung der Vorleistungen der Mehrländerunternehmen stehen keine geeigneten Aufteilungsmerkmale zur Verfügung. Sie werden daher mit denselben Gewichten abgegrenzt, die sich aus der verteilten Bruttowertschöpfung ergeben.

Die auf die beschriebene Weise regionalisierten kapital- und arbeitsbezogenen Bruttowertschöpfungsteile werden zur Gesamtwertschöpfung je Zweigbetrieb zusammengefaßt. Die-

se Wertschöpfung wird zusammen mit derjenigen der Einlandunternehmen nach Wirtschaftsbereichen und Ländern aggregiert.

Berechnung für die nicht zur Kostenstrukturhebung meldenden Unternehmen

Für die nicht zur Kostenstrukturhebung meldenden Unternehmen wird die Bruttowertschöpfung über die aggregierten Produktionswerte und Vorleistungen ermittelt. Dazu ist es zunächst erforderlich, die Umsätze – als Bestandteil des Bruttoproduktionswertes – für die vier verschiedenen Teilberichtskreise zu berechnen. Es handelt sich dabei um die Mehrländerunternehmen und die Einlandunternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen sowie die industriellen und handwerklichen Kleinbetriebe. Die Umsätze für die Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen werden aus dem Monatsbericht entnommen. Dabei werden die Umsätze der Mehrländerunternehmen wie früher mit den Anteilen der Zweigbetriebe an den Löhnen und Gehältern regional abgegrenzt. Die Umsätze der industriellen Kleinbetriebe, bei denen anzunehmen ist, daß es sich in der Regel um Einbetriebsunternehmen handelt, liefert der Industriebericht für Kleinbetriebe. Industrielle Kleinbetriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen fallen nicht unter diese Erhebung; sie sind zum Monatsbericht für Betriebe meldepflichtig. Die Umsätze der Kleinunternehmen im Verarbeitenden Handwerk kommen aus der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung. Die Umsätze der handwerklichen und industriellen Kleinunternehmen, der Einlandunternehmen aus dem Monatsbericht für

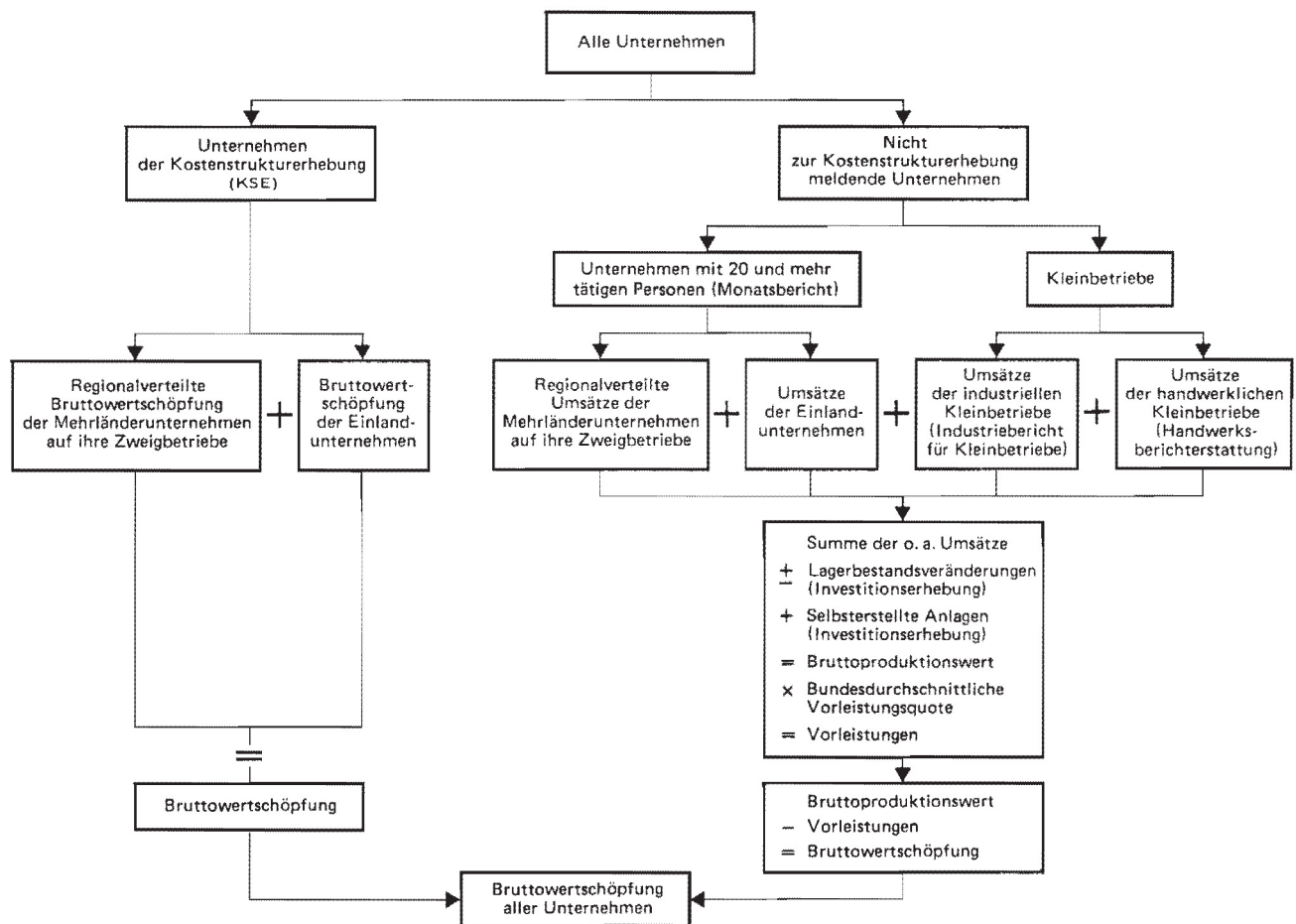
Unternehmen sowie die regionalisierten Umsätze der Mehrländerunternehmen aus dieser Erhebung bilden zusammen die Gesamtumsätze für die nicht zur Kostenstrukturhebung meldenden Unternehmen.

Um zum Bruttoproduktionswert zu gelangen, werden zu den Gesamtumsätzen die im Berichtsjahr selbst erstellten Anlagen und die Lagerbestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion für denselben Berichtskreis hinzuaddiert. Datenquelle ist die jährliche Investitionserhebung für Betriebe.

Für die Vorleistungen der nicht zur Kostenstrukturhebung meldenden Unternehmen stehen keine Angaben zur Verfügung. Daher werden sie hilfsweise geschätzt, indem die Bruttoproduktionswerte – getrennt nach Wirtschaftsbereichen und Ländern – mit den entsprechenden bundesdurchschnittlichen, auf den Produktionswert bezogenen Quoten der Vorleistungen aller Unternehmen aus der jährlichen Kostenstrukturhebung multipliziert werden. Zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung werden die Vorleistungen von den Bruttoproduktionswerten dieses Berichtskreises subtrahiert.

Die regional abgegrenzte Bruttowertschöpfung der Mehrländerunternehmen und die Bruttowertschöpfung der Einlandunternehmen aus der Kostenstrukturhebung sowie die Bruttowertschöpfung der nicht zur Kostenstrukturhebung meldenden Unternehmen werden wirtschaftsbereichs- und länderweise zur Bruttowertschöpfung des gesamten Berichtskreises addiert. Analog errechnen sich Bruttoproduktionswert und Vorleistungen des gesamten Berichtskreises.

Berechnung der Bruttowertschöpfung (BWS) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auf der Grundlage der BWS-Verteilung der Mehrländerunternehmen



Länderverflechtung der Mehrländerunternehmen

Kernstück der neuen Methode ist das regionale Verteilungsverfahren der Bruttowertschöpfung von Mehrländerunternehmen. Nun kann man bei den einzelnen Bundesländern die Bruttowertschöpfung nachweisen, die z. B. auf die dort angesiedelten Zweigbetriebe von NRW-Mehrländer-

unternehmen entfällt. Zum anderen läßt sich die Bruttowertschöpfung derjenigen Zweigbetriebe in NRW erfassen, die zu Mehrländerunternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern gehören; und zwar ebenfalls getrennt nach den einzelnen Bundesländern. Geschieht dies nicht nur für NRW, sondern für alle Bundesländer, dann kann man eine Matrix erstellen, aus der die Verflechtung der Länder

untereinander deutlich wird. In der Tabelle sind die aus einer solchen Matrix extrahierten Beziehungen dargestellt, soweit sie NRW betreffen. Danach hat NRW in erster Linie Verbindungen mit Hessen, Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die überdurchschnittlichen Anteilswerte an der Wertschöpfung sind in erster Linie von wenigen Großunternehmen geprägt. So

beruht die Verflechtung mit Hamburg auf den Aktivitäten von Mineralölunternehmen mit Sitz in diesem Stadtstaat. Eine relativ hohe Wertschöpfung wurde auch von Unternehmen der chemischen Industrie und des Fahrzeugbaus in Hessen, der Elektrotechnik in Bayern und von einem Unternehmen des Fahrzeugbaus in Baden-Württemberg auf ihre Niederlassungen in NRW verteilt.

Demgegenüber sind es vor allem Unternehmen der Tabakverarbeitung und der chemischen Industrie mit Sitz in NRW, die nach dem regionalen Verteilungsverfahren im nennenswerten Umfang Wertschöpfung an ihre Zweigniederlassungen in Rheinland-Pfalz bzw. Bayern abgeben.

Den höchsten Wertschöpfungsüberschuß hat NRW mit Hessen; d. h. NRW empfängt erheblich mehr Wertschöpfung von Hessen, als die eigenen Mehrländerunternehmen an dieses Land abgeben. Per Saldo ist nach der Verteilung die NRW zugeordnete Wertschöpfung um fast 11 % höher als die gesamte Wertschöpfung der in NRW ansässigen Mehrländerunternehmen.

Auswirkungen der neuen Methode im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

In der Tabelle sind die Ergebnisse nach der alten und der neuen Methode beispielhaft für das Berichtsjahr 1988 in der tiefsten Rechengliederung gegenübergestellt. Auffällig sind besonders die starken Abweichungen in den Bereichen „Mineralölverarbeitung“ und „Tabakverarbeitung“. Hier wurden früher – abweichend von der allgemeinen Methode, die auf der individuellen Verteilung der Umsätze von Mehrländerunternehmen beruhte – die Bundeswerte der Bruttowertschöpfung pauschal auf die Länder aufgeteilt. Beide Bereiche haben

Verflechtung Nordrhein-Westfalens mit den übrigen Bundesländern im Verarbeitenden Gewerbe im Jahre 1988

Land	Verteilte Bruttowertschöpfung von Mehrländerunternehmen (MLU) ...		
	mit Sitz in NRW an deren Zweigbetriebe im Land ...	mit Sitz in Land ... an deren Zweigbetriebe in NRW	Saldo (Spalte 2 abzüglich 1)
	in % der Bruttowertschöpfung von MLU mit Sitz in NRW		
	1	2	3
Schleswig-Holstein	1,5	0,1	- 1,4
Hamburg	0,4	6,9	+ 6,5
Niedersachsen	3,4	1,5	- 1,9
Bremen	1,1	0,0	- 1,1
Hessen	2,1	10,3	+ 8,2
Rheinland-Pfalz	4,6	0,7	- 3,9
Baden-Württemberg	2,6	4,0	+ 1,4
Bayern	4,1	8,0	+ 3,9
Saarland	1,1	0,2	- 0,9
Berlin (West)	2,1	1,9	- 0,2
Insgesamt	23,0	33,6	+10,6

Bruttowertschöpfung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1988 nach neuer und früherer Methode

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung		
	nach neuer Methode (frühere Methode = 100)	Anteil an der Summe der Wirtschaftsbereiche in %	
		frühere Methode	neue Methode
Kohlenbergbau	96	4,6	4,5
Übriger Bergbau	63	0,1	0,1
Chemische Industrie	99	14,1	14,3
Mineralölverarbeitung	77	4,2	3,4
Herstellung von Kunststoffwaren	100	3,3	3,4
Gummiverarbeitung	100	0,8	0,8
Gewerbe der Steine und Erden	100	2,3	2,3
Feinkeramik	92	0,1	0,1
Herstellung und Verarbeitung von Glas	105	1,0	1,0
Eisenschaffende Industrie	109	6,5	7,3
NE-Metall	102	1,6	1,7
Gießerei	105	1,4	1,5
Ziehereien, usw.	97	4,0	4,0
Stahl und Leichtmetallbau	100	3,0	3,1
Maschinenbau	97	12,1	12,1
Herstellung von Büromaschinen, usw.	64	1,1	0,7
Straßenfahrzeugbau	93	6,2	5,9
Schiffbau	140	0,0	0,0
Luft- und Raumfahrzeugbau	95	0,1	0,1
Elektrotechnik, usw.	99	8,8	8,9
Feinmechanik, Optik	103	1,2	1,3
Herstellung von EBM-Waren	99	5,1	5,1
Herstellung von Musikinstrumenten	88	0,2	0,2
Holzbearbeitung	105	0,4	0,4
Holzverarbeitung	98	2,9	2,9
Zellstofferzeugung	110	0,9	1,0
Papier- und Pappeverarbeitung	97	1,4	1,3
Druckerei	100	1,9	2,0
Ledergewerbe	95	0,4	0,4
Textilgewerbe	97	2,3	2,3
Bekleidungsgewerbe	94	1,5	1,5
Ernährungsgewerbe	100	4,5	4,6
Getränkeherstellung	96	1,7	1,7
Tabakverarbeitung	24	0,3	0,1
Alle Wirtschaftsbereiche	98	100	100

jetzt in Nordrhein-Westfalen ein erheblich niedrigeres Niveau. Bei der Tabakverarbeitung, wie auch bei den Bereichen „übriger Bergbau“ und „Schiffbau“, die ebenfalls durch starke Abweichungen auffallen, handelt es sich um sehr kleine Wirtschaftsbereiche. Die Niveauüber- und -unterschreitungen halten sich über alle Wirtschaftsbereiche in etwa die Waage. Dadurch hat die Methodenänderung kaum Auswirkungen auf die Ergebnisse des gesamten Verarbeitenden Gewerbes von Nordrhein-Westfalen. Das Niveau der Bruttowertschöpfung liegt jetzt nur um 2 % niedriger als früher.

Qualität der Ergebnisse

Die im Zusammenhang mit der Kostenstrukturhebung ermittelte Wertschöpfung ist grundsätzlich als gut abgesichert anzusehen. Dagegen muß man bei der Bruttowertschöpfung der nicht zur Kostenstrukturhebung meldenden Unternehmen von einem erheblich größeren Unsicherheitspielraum ausgehen. Dort wer-

den Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken miteinander kombiniert, und es wird mit bundesdurchschnittlichen Vorleistungsquoten gearbeitet.

Diese methodische Zweiteilung kann beim Wechsel eines Unternehmens zwischen den Berichtskreisen zu Problemen führen. Ein Unternehmen, das zunächst zur Kostenstrukturhebung gemeldet hat und dann nicht mehr, wird nach der Berechnungsmethode automatisch in den Berichtskreis der nicht zur Kostenstrukturhebung meldenden Unternehmen einbezogen. Hier wird seine Wertschöpfung nicht mehr anhand individueller Vorleistungsangaben, sondern mit Hilfe der bundesdurchschnittlichen Vorleistungsquote des betreffenden Wirtschaftsbereichs ermittelt. Wenn diese pauschale Quote stark von der unternehmensindividuellen Quote abweicht, erhält das Unternehmen gegenüber dem Vorjahr, als es noch nicht zur Kostenstrukturhebung meldete, eine zu hohe bzw. zu niedrige Wertschöpfung. Dieser Bruch kann bei einem großen Unternehmen bis auf das Wirtschaftsbereichsergebnis durchschlagen. Entsprechende Probleme treten auf,

wenn ein bestehendes Unternehmen wieder zur Kostenstrukturhebung meldet.

Die Kostenstrukturhebung deckt bei allen Bundesländern den größten Teil der gesamten Wertschöpfung ab. Bei Nordrhein-Westfalen macht der Anteil im Verarbeitenden Gewerbe ca. 75 % aus. Dies wirkt sich positiv auf die Qualität des Gesamtergebnisses aus. Allerdings ist zu bedenken, daß ein relativ großer Teil der Bruttowertschöpfung (bei NRW ca. 33 %) durch die Verteilung der Bruttowertschöpfung von Mehrländerunternehmen beeinflusst wird. Da das Verteilungsverfahren Schätzcharakter hat, ist auch bei diesem Teil der Bruttowertschöpfung eine Unsicherheitskomponente einzukalkulieren.

Die Ergebnisqualität dürfte sich nicht nur bei den unkoordinierten Berechnungen verbessern. Da auch die Bundesrechnung mit der Kostenstrukturhebung arbeitet, müßten die Länderergebnisse in ihrer Summe nun tendenziell näher am Bundesergebnis liegen. Das hat zur Folge, daß der Fehler, der bei der Koordinierung der Länderergebnisse auf die Bundeswerte entsteht, kleiner wird. ■

Bruttojahresverdienste 1991

Mit durchschnittlich 50 569 DM war der Bruttojahresverdienst (einschl. Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld, Gratifikationen, Urlaubsgeld u. ä.) der nordrhein-westfälischen Industriearbeiterinnen und -arbeiter 1991 um 5,1 % höher als ein Jahr zuvor. Angestellte verdienten in der Industrie im Mittel 72 501 DM (+5,2 %) und im Dienstleistungsbereich (Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe) 54 622 (+6,6 %).

Unter den Mittelwerten lagen – bei allerdings abweichenden Beschäftigtenstrukturen, z. B. in bezug auf Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre – die Bruttoverdienste der Frauen: Industriearbeiterinnen kamen im Schnitt auf 36 203 DM (Männer: 52 614 DM), und weibliche Angestellte verdienten in der Industrie 52 880 DM und im Dienstleistungsbereich 43 353 DM, während es ihre männlichen Kollegen im Durchschnitt auf 79 043 DM bzw. 63 963 DM brachten.

Außenhandel NRWs mit Japan in den ersten vier Monaten 1992

Die nordrhein-westfälische Außenhandelsbilanz mit Japan weist unverändert hohe Einfuhrüberschüsse aus: Nach vorläufigen Ergebnissen für die ersten vier Monate d. J. betrug der Wert der Einfuhren aus Japan (4,2 Milliarden DM) immer noch mehr als das Fünffache des Ausfuhrwertes (0,8 Mrd. DM). Nach dem Rückgang der Japan-Exporte im Zeitraum Januar bis April 1991 (–15,6 %) konnte Anfang 1992 wieder ein Anstieg (+5,7 %) der Ausfuhren festgestellt werden (jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum). Durch den gleichzeitigen Anstieg der japanischen Importe (+9,0 %) konnte das nordrhein-westfälische Einfuhrdefizit gegenüber Japan aber nicht verringert werden.

Getreideernte 1992

Bei der diesjährigen Getreideernte wurde in Nordrhein-Westfalen nach vorläufigen Berechnungen mit 6,39 Tonnen je Hektar der zweithöchste Hektarertrag aller Zeiten für Getreide (ohne Körnermais) erzielt. Übertrafen wurde dieser Wert lediglich bei der Rekord-Getreideernte im Vorjahr (6,80 t/ha). Die eingefahrene Getreidemenge lag mit 3,90 Millionen Tonnen – bedingt durch Flächenstillegungen (die Anbaufläche ging um 2,8 % auf 609 000 Hektar zurück) – um 8,5 % unter dem Vorjahresergebnis und um 1,1 % unter dem Durchschnittswert der letzten sechs Jahre. Die Trockenheit in diesem Sommer, die besonders im nordöstlichen Teil Deutschlands nur geringe Getreideerträge zuließ, war an Rhein und Ruhr nicht so ausgeprägt, so daß nur in Westfalen vereinzelt Trockenschäden festgestellt werden mußten.

Die Entwicklung bei den einzelnen Getreidearten war recht unterschiedlich: Beim Winterweizen, dem in NRW am meisten angebauten Getreide, entsprach der Rückgang der Erntemenge (–8,3 % gegenüber 1991; 1,79 Mill. t) dem allgemeinen Trend, wobei der Verringerung des Hektarertrages (–8,8 % auf 7,36 t/ha) eine Zunahme der Anbaufläche (+0,5 % auf 243 400 ha) gegenüberstand.

Die Aussaatfläche von Wintergerste (bis vor zwei Jahren noch Hauptgetreideart in NRW) wurde 1992 weiter reduziert (–4,8 % auf 213 200 ha); bei einer Erntemenge von 1,31 Mill. t (–9,4 %) ging hier der Hektarertrag (6,15 t/ha) binnen Jahresfrist um 4,9 % zurück.

Besonders große Unterschiede ergaben sich bei den weniger stark angebauten Getreidearten: Der Hektarertrag von Roggen stieg um fast ein Viertel (+24,6 %) auf einen neuen Höchstwert von 6,38 t/ha. Durch deutliche Verringerungen der Anbaufläche (–22,0 % auf 35 700 ha) lag die Erntemenge mit 227 500 t um 2,8 % unter dem Vorjahresergebnis. Bei Sommergerste ging die Gesamternte (104 600 t) um 6,8 %, bei Hafer (107 700 t) sogar um 43,4 % zurück. Ursächlich dafür war nicht nur die Verringerung der Haferanbaufläche (–5,4 % auf 36 000 ha) sondern auch ein sehr schlechter Ertrag von 2,99 t/ha. Bei Triticale, der Anfang der 80er Jahre aus Weizen und Roggen neu gezüchteten Getreideart, wurde die Anbaufläche um 6,6 % auf 48 500 ha ausgedehnt, und der Hektarertrag stieg um 5,7 % auf 6,27 t/ha, wodurch die Erntemenge mit 304 000 t um 12,6 % höher ausfiel als 1991.

Wohnraumversorgung im Dezember 1991

Zum Jahresende 1991 wurde für Nordrhein-Westfalen ein Bestand von 7,37 Millionen Wohnungen (in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden) mit im Mittel 4,3 Räumen (einschließlich Küchen) ermittelt. Jedem der rund 17,5 Millionen Einwohner des Landes standen durchschnittlich fast 35 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung: rein rechnerisch teilten sich – wie auch im Vorjahr – 2,4 Personen eine Wohnung.

Vom Gesamtbestand entfielen 1,75 Millionen Wohnungen (23,7 %) auf Einfamilienhäuser, 1,31 Millionen (17,7 %) auf Zweifamilienhäuser und 4,20 Millionen (57,0 %) auf Mehrfamilienhäuser. Rund 118 000 Wohnungen (1,6 %) befanden sich in Gebäuden, die überwiegend nicht Wohnzwecken dienen (z. B. Bürogebäude mit Hausmeisterwohnung).

Wohnungen in solchen Gebäuden, die ganz oder teilweise als Wohnheime genutzt werden, sind in den Zahlen nicht enthalten.

Einzelhandelsumsätze im ersten Halbjahr 1992

Die nordrhein-westfälischen Einzelhändler setzten im ersten Halbjahr 1992 nominal 2,2 % weniger um als ein Jahr zuvor. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ging der Umsatz um 5,3 % zurück.

In den einzelnen Branchen des Einzelhandels verlief die Entwicklung recht unterschiedlich. Mit einer nominalen Zuwachsrate von 7,1 % erhöhte der Einzelhandel mit Pharma- und Kosmetikerzeugnissen seine Erlöse weiterhin kräftig. Umsatzsteigerungen erzielten ferner die Papierwaren-, Druckerzeugnis- und Büromaschinenbranche (+3,8 %), der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (+1,6 %) und der Textileinzelhandel (+1,3 %). Umsatzeinbußen mußten der „Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art“ (–1,2 %), der Fahrzeughandel (–2,6 %), die Nahrungs- und Genußmittelbranche (–6,7 %) und der Elektrohandel (–13,3 %) hinnehmen.

Auftragseingänge in der Industrie im Juli 1992

Auch im Juli 1992 verzeichnete das nordrhein-westfälische Verarbeitende Gewerbe rückläufige Auftragseingänge: Das Auftragsvolumen war um 4 % niedriger als im Juli letzten Jahres, wobei der Rückgang bei den Auslandsbestellungen mit 3 % etwas geringer ausfiel.

Rückgänge ergaben sich in allen Sektoren: Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe gingen, ebenso wie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, 2 % weniger Inlands- und Auslandsaufträge ein. Stärker rückläufig entwickelte sich das Bestellvolumen im Investitionsgütersektor (–6 %). Hier wurde das hohe Vorjahresniveau bei den Inlandsbestellungen um fast 8 % unterschritten, und die Auslandsbestellungen fielen um 4 % niedriger aus als vor Jahresfrist.

Energieversorgung und -verbrauch 1988 und 1989 auf der Grundlage der Energiebilanz NRW

Für die Bundesrepublik Deutschland wird seit den fünfziger Jahren durch die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, in der die wichtigsten Unternehmensverbände der deutschen Energiewirtschaft vertreten sind, eine Energiebilanz aufgestellt. Auch in den einzelnen Bundesländern – beginnend mit Bayern – erarbeiteten in den folgenden Jahren verschiedene Institutionen sukzessiv solche Bilanzen. Seit 1983 erscheinen für alle Bundesländer Energiebilanzen, die in zunehmendem Maße von den statistischen Landesämtern erstellt werden. In Nordrhein-Westfalen legt das LDS NRW erstmals die Bilanzen für die Jahre 1988 und 1989 vor. In den Jahren zuvor wurde diese Arbeit noch vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie NRW durchgeführt.

In der Energiebilanz wird das Aufkommen und die Verwendung von Energieträgern in einer Volkswirtschaft oder in einem Wirtschaftsgebiet für einen bestimmten Zeitraum möglichst lückenlos und detailliert ausgewiesen. Dabei sind Energieträger die Quellen, aus denen direkt oder durch Umwandlung Energie gewonnen wird. Energieträger, die keiner Umwandlung unterworfen sind, wie Steinkohle, Braunkohle, Brennholz, Erdöl, Erdgas, Grubengas und Klärgas, gelten als Primärenergieträger. Darüber hinaus werden auch Wasserkraft und Kernenergie als solche behandelt, wenn sie der Stromerzeugung dienen.

Wasserkraft gehört zu den erneuerbaren Energieträgern, ebenso wie Müll, Klärschlamm, Brennholz oder Klärgas. Angaben zu diesen Energieträgern gehen in die aktuelle Energiebilanz ein. Andere regenerative Energiequellen wie Sonnenenergie, Wärmepumpen, Wind, Biogas usw. erscheinen zur Zeit noch nicht oder nur unvollständig in der Energiebilanz. Die Nachfrage nach diesen Daten steigt jedoch zunehmend, so daß in

den einzelnen Gremien über die statistische Erfäßbarkeit dieser Energiearten diskutiert wird.

Unter Umwandlung von Energieträgern versteht man die Änderung der chemischen und/oder physikalischen Struktur der Energieträger. Als Umwandlungsprodukte fallen Sekundärenergieträger an, von denen Strom und Fernwärme die bedeutendsten sind.

Schema der Energiebilanz

In der horizontalen Gliederung der Energiebilanz werden die Energieträger und in der vertikalen Aufteilung das Energieaufkommen, die Energieumwandlung und der Endenergieverbrauch dargestellt. Die Energiebilanz gliedert sich weiterhin in die Primärenergiebilanz, in die Umwandlungsbilanz und in den Endenergieverbrauch. (Siehe Tabellen S. 475 u. 477.)

In der Primärenergiebilanz werden die Gewinnung von Primärenergieträgern in dem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet (hier das Bundesland Nordrhein-Westfalen), der Handel mit Energieträgern über die Grenzen hinweg (unterteilt nach Bezügen und Lie-

ferungen) und die Bestandsveränderungen (unterteilt nach Bestandsentnahmen und Bestandsaufstockungen) dargestellt.

In der Umwandlungsbilanz werden Einsatz und Ausstoß der verschiedenen Umwandlungsprozesse, der Verbrauch an Energieträgern in der Energiegewinnung und im Umwandlungsbereich sowie Fackel- und Leitungsverluste ausgewiesen. Die nicht energetisch genutzten Energieträger für chemische Prozesse werden als Nichtenergetischer Verbrauch in einer separaten Zeile ausgewiesen. Dadurch wird im Endenergieverbrauch nur der Verbrauch energetisch genutzter Energieträger aufgeführt. Im Endenergieverbrauch erscheinen nur diejenigen Energieträger, die unmittelbar zur Erzeugung von Nutzenergie dienen, und zwar aufgeschlüsselt nach bestimmten Verbrauchergruppen und Wirtschaftszweigen.

Die Nutzenergie, d. h. die Energie, die nach der letzten Umwandlung dem Endverbraucher für den jeweiligen Nutzungszweck zur Verfügung steht (z. B. Licht, Kraft und Wärme), wird in der Energiebilanz nicht nachgewiesen.

Im einzelnen hat die Energiebilanz folgenden Aufbau:

	Bilanz-Zeile
Gewinnung (Primärenergieträger)	1
+ Bezüge (Primär- und Sekundärenergieträger)	2
+ Bestandsentnahmen (Primär- und Sekundärenergieträger)	3
= Energieaufkommen (Primär- und Sekundärenergieträger)	4
./. Lieferungen (Primär- und Sekundärenergieträger)	5
./. Bestandsaufstockungen (Primär- und Sekundärenergieträger)	6
= PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH (Primär- und Sekundärenergieträger)	7
./. Umwandlungseinsatz insgesamt (Primär- und Sekundärenergieträger)	22
+ Umwandlungsausstoß insgesamt (Sekundärenergieträger)	36
./. Verbrauch in der Energiegewinnung und in den Umwandlungsbereichen insgesamt (Primär- und Sekundärenergieträger)	46
./. Fackel- und Leitungsverluste, Bewertungsdifferenzen (Primär- und Sekundärenergieträger)	47
= ENERGIEANGEBOT NACH UMWANDLUNGSBILANZ (Primär- und Sekundärenergieträger)	48
./. Nichtenergetischer Verbrauch (Primär- und Sekundärenergieträger)	49
+ ./. Statistische Differenzen (Primär- und Sekundärenergieträger)	50
= ENDENERGIEVERBRAUCH (Primär- und Sekundärenergieträger)	51

Die Energiebilanz weist nicht nur Erzeugung und Verbrauch von Energien nach, sondern sie ermöglicht bei einer Betrachtung im Zeitverlauf auch die Analyse von Veränderungen der Energiestruktur eines Wirtschaftsraumes und kann zur Unterstützung bei der Entwicklung von Konzepten zur verbesserten Ausnutzung der Energieträger sowie zur Förderung umweltschonender Energien dienen.

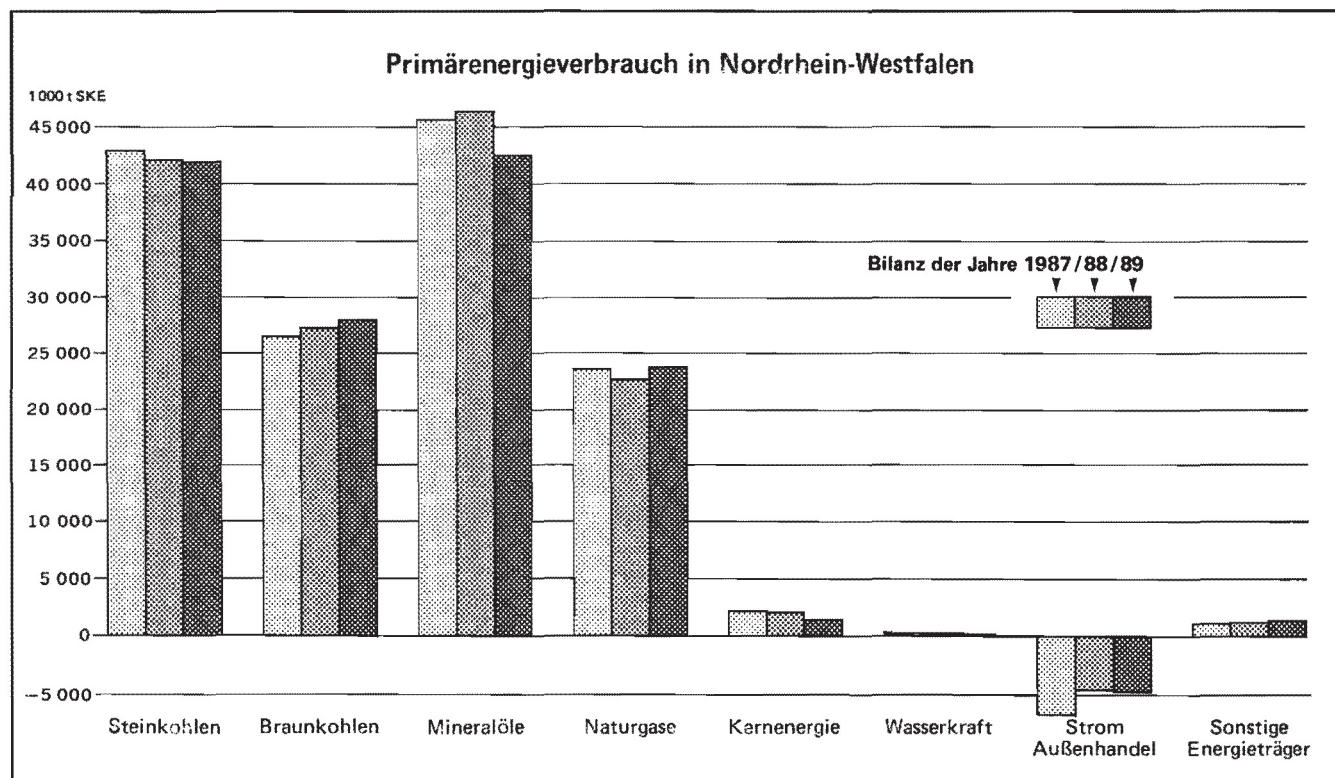
Die Energiebilanzen in Bund und Ländern werden in der Regel in den Maßeinheiten Steinkohleeinheiten (SKE), Petajoule (PJ) oder in physikalischen Einheiten aufgestellt. Bewertungen in DM – um damit die volkswirtschaftlichen Kosten der Nutzung der einzelnen Energieträger einheitlich zu messen und somit miteinander vergleichen zu können – gibt es zur Zeit noch

nicht. Vorläufig bleibt es bei der Darstellung der Energiebilanz in der vorliegenden Form, welche für die Jahre 1988 und 1989 erstmals in dieser Publikation veröffentlicht wird.

Der Primärenergieverbrauch (PEV) des Landes Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1988 und 1989 lag mit einem Anteil von jeweils rd. 35 % am PEV der Bundesrepublik Deutschland weiterhin unverändert auf dem Niveau der Vorjahre. Trotz eines relativ hohen Wirtschaftswachstums in Nordrhein-Westfalen mit einer Steigerung des Bruttoinlandproduktes (in Preisen von 1980) um 2,2 % im Jahr 1988 und um 2,6 % ein Jahr später veränderte sich der PEV des Landes nur geringfügig. Ein leichter Anstieg des Primärenergieverbrauchs um 1,4 % (1988) und ein Rückgang um 2,2 %

(1989) zeigt, daß auch weiterhin eine teilweise Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch stattfand. (Siehe Tabelle Seite 479.)

Die Gewinnung von Primärenergie war in Nordrhein-Westfalen in beiden Jahren rückläufig. Sie verringerte sich 1988 um 44,8 PJ (1,5 Mill. t SKE) auf 2801,6 PJ (95,6 Mill. t SKE), das entsprach einer Verringerung von 1,6 % gegenüber dem Vorjahr. 1989 gab es mit – 0,9 % nochmals einen leichten Rückgang auf 2775,0 PJ (94,7 Mill. t SKE). Diese Minderung bei der Gewinnung resultierte überwiegend aus einem Förderrückgang der heimischen Steinkohle, der 1988 3,1 % und 1989 2,1 % betrug. Die Braunkohleförderung nahm hingegen 1988 um 1,6 % und 1989 um 1,7 % zu. Auch die



Primärenergieverbrauch 1987 – 1989 nach Energieträgern							
Energieträger	Primärenergieverbrauch						
	1987	1988		Ver- änderung 1988 gegen- über 1987	1989		Ver- änderung 1989 gegen- über 1988
	1 000 t SKE		%		1 000 t SKE		%
Steinkohlen	+ 42 781	+ 41 926	+ 30,78	– 2,00	+ 41 712	+ 31,31	– 0,51
Braunkohlen	+ 26 327	+ 27 116	+ 19,91	+ 3,00	+ 27 834	+ 20,90	+ 2,65
Mineralöle	+ 45 480	+ 46 104	+ 33,85	+ 1,37	+ 42 400	+ 31,83	– 8,03
Naturgase	+ 23 468	+ 22 544	+ 16,55	– 3,94	+ 23 637	+ 17,74	+ 4,85
Kernenergie	+ 1 993	+ 1 960	+ 1,44	– 1,66	+ 1 280	+ 0,96	–34,69
Wasserkraft	+ 167	+ 144	+ 0,11	–13,77	+ 118	+ 0,09	–18,06
Strom (Bezüge ./.. Lieferungen)	– 6 891	– 4 716	– 3,46	–31,56	– 4 959	– 3,72	+ 5,15
Sonstige Energieträger	+ 992	+ 1 114	+ 0,82	+12,30	+ 1 183	+ 0,89	+ 6,19
Insgesamt	+134 317	+136 192	+100	+ 1,40	+133 205	+100	– 2,19

Struktur der Primärenergiebilanz 1988 und 1989							
Energieträger	1988		Ver- änderung 1988 gegen- über 1987	1989		Ver- änderung 1989 gegen- über 1988	
	1 000 t SKE	%		1 000 t SKE	%		
Gewinnung in NRW							
Steinkohle	65 166	47,85	– 3,13	63 777	47,88	– 2,13	
Braunkohle	28 752	21,11	+ 1,63	29 253	21,96	+ 1,74	
Sonstige feste Brennstoffe	1 114	0,82	+12,30	1 183	0,89	+ 6,19	
Grubengas und Klärgas	415	0,30	+ 5,06	355	0,27	– 14,46	
Wasserkraft (zur Stromgewinnung)	144	0,11	–13,77	118	0,09	– 18,60	
Zusammen	95 591	70,19	– 1,57	94 686	71,08	– 0,95	
Energiebezüge (einschl. Bestands- entnahmen)							
Steinkohle und -produkte	4 161	3,06	+ 6,39	6 138	4,61	+ 47,51	
Braunkohle und -produkte	65	0,05	+ 3,17	196	0,15	+201,54	
Erdöl und -produkte	48 150	35,35	+ 1,57	43 897	32,95	– 8,83	
Erdgas	22 129	16,25	– 4,09	23 282	17,48	+ 5,21	
Strom ¹⁾	15 527	11,40	+ 7,65	18 386	13,80	+ 18,41	
Kernenergie ¹⁾	1 960	1,44	– 1,66	1 280	0,96	– 34,69	
Zusammen	91 992	67,55	+ 1,24	93 179	69,95	+ 1,29	
Energielieferungen¹⁾ (einschl. Bestands- aufstockungen)							
Steinkohle und -produkte	27 401	20,12	– 3,53	28 203	21,17	+ 2,93	
Braunkohle und -produkte	1 701	1,25	–16,04	1 615	1,21	– 5,06	
Erdöl und -produkte	2 046	1,50	+ 6,29	1 497	1,12	– 26,83	
Strom ¹⁾	20 243	14,86	– 5,02	23 345	17,53	+ 15,32	
Zusammen	51 391	37,73	– 4,24	54 660	41,03	+ 6,36	
Primärenergieverbrauch²⁾	136 192	100	+ 1,40	133 205	100	– 2,19	

1) 1988 = 0,323 kg SKE/kWh, 9 474 kJ/kWh; 1989 = 0,322 kg SKE/kWh, 9 448 kJ/kWh – 2) Gewinnung in NRW + Energiebezüge – Energielieferungen

Energiegewinnung aus Brennholz, Müll, Grubengas und Klärgas stieg in beiden Jahren und zwar 1988 um 10,2 % und 1989 um 0,6 %. Lediglich die Gewinnung der in Nordrhein-Westfalen nicht sehr bedeutsamen Wasserkraft fiel im Jahre 1988 um 13,6 % und 1989 um weitere 18,1 %. Die große energiewirtschaftliche Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen verdeutlicht in beiden Jahren ein Anteil von rund 70 % an der gesamten Primärenergiegewinnung in der Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer).

Die Bezüge einschließlich Bestandsentnahmen haben sich insgesamt in den Jahren 1988 und 1989 um 1,2 % erhöht. Da Nordrhein-Westfalen Förderland von Stein- und Braunkohle ist, hat der Import dieser beiden Energieträger nicht den gleichen Stellenwert wie in anderen Bundesländern. So betrug der Anteil von Steinkohle und Steinkohleprodukten in beiden Jahren 2,7 % und der von Braunkohle und Braunkohleprodukten weniger als 1 % an den gesamten Energieimporten. Die Einfuhrmengen von Steinkohle und deren Produkten waren in den beiden Jahren rückläufig. Bei der Braunkohle und deren Produkten erhöhten sich dagegen die Bezüge. Lag der Anteil des Mineralöls und der Mineralölprodukte, die ausschließlich nach Nordrhein-Westfalen importiert wurden, 1988 noch bei 53,3 % der Energiebezüge insgesamt, so verringerte sich dieser Anteil 1989 auf 49,1 %. Analog dazu stiegen die Bezüge des Mineralöls und der Mineralölprodukte 1988 zum Vorjahr um 1,6 % und verringerten sich im Folgejahr um 8,8 %. Dieser Minderbedarf 1989 zu 1988, der sich besonders im Rückgang des Verbrauchs an leichtem Heizöl um 78,2 PJ (2,7 Mill. t SKE; –28,7 %) im Bereich der Haushalte und Kleinverbraucher widerspiegelt, ist sicherlich auch auf die milde Witterung in den Wintermonaten 1988/89

und 1989/90 zurückzuführen (die Temperaturen lagen um 2,8°C bzw. 3,5°C über dem langjährigen Mittel). Der Bezug von Erdgas, dem Energieträger mit dem zweitgrößten Anteil (rd. ein Viertel) am Gesamtbezug, nahm 1988 um 4,1 % ab, im Jahre 1989 – bedingt durch einen Mehrverbrauch im Kraftwerksbereich und in der Industrie – jedoch wieder um 5,2 % zu. Hielt sich der Bezug an Kernenergie 1988 noch auf dem Stand des Vorjahres – er verringerte sich lediglich um 1,7 % – so ging er 1989, bedingt durch die Stilllegung mehrerer Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen, um 34,7 % zurück. Die Bezüge von Strom stiegen, besonders durch die Lieferungen von Niedersachsen an Nordrhein-Westfalen, 1988 um 7,6 % und 1989 um weitere 18,4 %, so daß im letzten Jahr der Strom einen Anteil von rund 20 % an den Bezügen ausmachte.

Die Lieferungen von Energie über die nordrhein-westfälische Landesgrenze hinweg fielen 1988 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 %, stiegen jedoch im Folgejahr 1989 wieder um 8,3 % an. Dieser Anstieg der Energielieferungen 1989 resultierte aus der vermehrten Stromabgabe, insbesondere in die Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz. Analog zum Strom gingen auch die Exporte von Steinkohle im Jahre 1988 (–1,8 %) zurück und stiegen im Folgejahr wieder an (+6,4 %). Hingegen waren die Braunkohlenexporte in beiden Jahren rückläufig, und zwar 1988 um 16,9 % und 1989 um weitere 4,1 %.

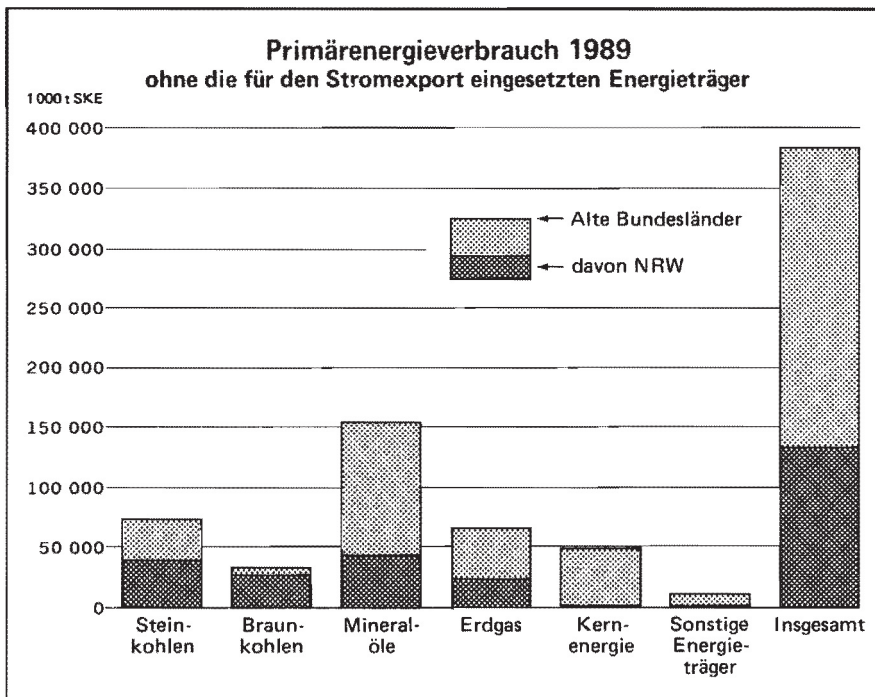
Um die Struktur des Primärenergieverbrauchs des Landes Nordrhein-Westfalen darzustellen, ist es zweckmäßig, beim Vergleich der Landeszahlen mit der Energiebilanz des Bundes bzw. den Werten für das übrige Bundesgebiet den Beitrag der einzelnen Energieträger zum Primärenergieverbrauch des Landes NRW in dem Maße zu kürzen, in dem diese rechne-

Primärenergieverbrauch in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland 1988 und 1989 ohne die am Stromexport beteiligten Energieträger								
Gebiet a = 1 000 t SKE b = %		Steinkohle	Braunkohle	Mineralöl	Erdgas	Kernenergie	Sonstige Energieträger	Primärenergieverbrauch insgesamt
1988								
Nordrhein-Westfalen	a	40 035	25 093	46 038	21 813	1 790	1 423	136 192
	b	29,40	18,42	33,80	16,02	1,31	1,04	100
Bundesrepublik Deutschland	a	74 701	31 566	163 536	62 171	46 920	10 944	389 838
	b	19,16	8,10	41,95	15,95	12,04	2,81	100
Bundesgebiet ohne NRW	a	34 666	6 473	117 498	40 358	45 130	9 521	253 646
	b	13,67	2,55	46,32	15,91	17,79	3,75	100
1989								
Nordrhein-Westfalen	a	39 723	25 697	42 326	22 905	1 166	1 388	133 205
	b	29,82	19,29	31,78	17,20	0,88	1,04	100
Bundesrepublik Deutschland	a	73 359	32 471	153 175	65 325	48 180	10 302	382 812
	b	19,16	8,48	40,01	17,06	12,59	2,69	100
Bundesgebiet ohne NRW	a	33 636	6 774	110 849	42 420	47 014	8 914	249 607
	b	13,48	2,71	44,41	16,99	18,84	3,57	100

risch an der Stromausfuhr beteiligt waren – 1988 waren das 138,2 PJ (4,7 Mill. t SKE) und im Folgejahr 145,3 PJ (5,0 Mill. t SKE).

Es zeigt sich, daß auch in den Jahren 1988 und 1989 der Primärenergieverbrauch des Landes Nordrhein-Westfalen überwiegend aus der heimischen Kohle gedeckt wurde. Ihr Anteil stieg im Jahre 1988 auf 47,8 % des gesamten Primärenergieverbrauchs und 1989 sogar auf 49,1 %. Im übrigen Bundesgebiet lag der Kohleeinsatz in beiden Jahren bei 16,2 %. Der überwiegende Anteil der Energieversorgung basierte hier auf dem Verbrauch von Mineralöl (1988: 46,3 %; 1989: 44,4 %). Obwohl in Nordrhein-Westfalen das Mineralöl nur zu einem Drittel am gesamten Primärenergieverbrauch beteiligt war (1988: 33,8 %; 1989: 31,8 %), ist es doch der anteilsmäßig größte Energieträger. Bei der Energieversorgung aus Erdgas befand sich der Anteil am nordrhein-westfälischen Primärenergieverbrauch auf dem Niveau der übrigen

Bundesländer. Er betrug für NRW und für das übrige Bundesgebiet 1988 16,0 % und 1989 gut 17 %. Die Energieversorgung aus Kernkraft spielt dagegen in Nordrhein-Westfalen eine immer geringere Rolle. Lag sie 1987 noch bei einem Anteil von 1,5 % des Primärenergieverbrauchs, so fiel sie 1988 auf 1,3 % und 1989 auf nur noch 0,9 % zurück. Im Gegensatz dazu ist im übrigen Bundesgebiet eine steigende Tendenz des Anteils der Kernenergie zu beobachten, er stieg 1988 auf 17,8 % und erhöhte sich 1989 auf 18,8 %. Bei einem Vergleich mit den Werten des Jahres 1979 – dem Jahr mit dem bisher höchsten Energieverbrauch in Nordrhein-Westfalen – zeigt die Struktur des Primärenergieverbrauchs eine Verschiebung zwischen den einzelnen Energieträgern. So fiel der Anteil des Mineralöls am PEV des Landes NRW von 40,4 % auf 31,8 %. Der Anteil der Steinkohle hingegen stieg von 26,2 % auf nunmehr 31,3 % und der der Braunkohle von 16,5 % auf 20,9 %.



Bruttostromerzeugung in Nordrhein-Westfalen 1988 und 1989 nach Energieträgern				
Energieträger	Stromerzeugung			
	1988		1989	
	GWh	%	GWh	%
Steinkohle	66 828	40,05	68 100	40,06
Braunkohle	71 590	42,91	73 336	43,13
Heizöl	2 391	1,43	2 542	1,50
Erdgas	11 130	6,67	12 909	7,59
Kernenergie	6 063	3,63	3 971	2,34
Wasserkraft und sonstige Energieträger	8 851	5,30	9 158	5,39
Insgesamt	166 853	100	170 016	100

Die Stromerzeugung in den Kraftwerken des Landes Nordrhein-Westfalen betrug in den Jahren 1988 166,8 Mrd. kWh und 1989 170,0 Mrd. kWh und war so in beiden Jahren mit rund 38,6 % an der Gesamtstromerzeugung der Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) beteiligt. Mit

einem dominierenden Anteil der Kohle beim Brennstoffeinsatz in den nordrhein-westfälischen Kraftwerken von über 80 % in beiden Jahren zeigte sich, daß der weitaus größte Teil der Stromerzeugung aus heimischen Energiequellen gedeckt werden konnte. Die Struktur der eingesetzten Energieträger zeigte in den beiden beobachteten Jahren keine nennenswerten Veränderungen.

Der Energieverbrauch des Landes Nordrhein-Westfalen veränderte sich gegenüber den Vorjahren nur geringfügig. So ging er 1988 um 1,9 % und 1989 um weitere 2,4 % im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr zurück. An diesem Verbrauchsrückgang ist ausschließlich der Bereich der Haushalte und Kleinverbraucher beteiligt. Die Verbräuche in diesem Sektor verringerten sich 1988 um 7,8 % gegenüber dem Vorjahr und 1989 um weitere 8,9 %. Als Ursache dieses Rückgangs muß sicherlich die milde Witterung in den beiden letzten Jahren sowie ein gestiegenes Energiebewußtsein angesehen werden. Durch die Energieeinsparung bei den Haushalten und Kleinverbrauchern wurden die Zunahmen in den Verbrauchssektoren Industrie (+1,1 % bzw. +1,3 %) und Verkehr (+4,1 % bzw. +1,7 %) kompensiert. Am gesamten Endenergieverbrauch des Landes waren 1988 das Verarbeitende Gewerbe einschließlich Bergbau mit 42,5 %, der Verkehrsbereich mit 20,2 % und der Bereich der Haushalte und Kleinverbraucher mit 37,4 % beteiligt. blieb 1989 der Verbrauch im Verkehrssektor nahezu konstant (mit 21,0 % des Endenergieverbrauchs), so stieg der Anteil im Verarbeitenden Gewerbe einschließlich Bergbau auf 44,1 %.

Bei den für den Endenergieverbrauch maßgeblichen Energieträgern ließen sich im Jahre 1988 keine nennenswerten Entwicklungsschwankungen gegenüber dem Vorjahr feststellen. Mit Ausnahme des Stroms, bei dem eine geringfügige Verbrauchssteigerung stattfand (+1,9 %), waren bei allen anderen Energieträgern leichte Verbrauchsrückgänge zu verzeichnen. Diese Tendenz setzte sich 1989 jedoch nicht fort. Bei fast allen Energieträgern erhöhte sich der Verbrauch ge-

genüber dem Vorjahr. Lediglich der Einsatz von Mineralölprodukten ging weiter um 9,3 % zurück. Der starke Rückgang bei den Mineralölprodukten gründet sich hauptsächlich auf einen Minderbedarf an leichtem Heizöl im Bereich der Haushalte und Kleinverbraucher (-28,7 %), der sich auch durch den Abbau alter Heizölreserven erklärte. (Siehe Tabelle S. 474u.)

Im Rahmen der Erstellung der Energiebilanz für das Jahr 1990 ergibt sich nach vorläufigen Berechnungen ein Primärenergieverbrauch für Nordrhein-Westfalen von 134,7 Mill. t SKE; gegenüber 1989 bedeutet das einen Zuwachs von 1,5 Mill. t SKE oder 1,1 %. Der Anteil Nordrhein-Westfalens liegt damit auch weiterhin bei einem guten Drittel (34,3 %) des gesamten Primärenergieverbrauchs der Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer). Der endgültige PEV 1990 der Bundesrepublik Deutschland – ohne Beitrittsgebiet – weist mit 392,2 Mill. t SKE eine Steigerung von 9,4 Mill. t SKE oder 2,5 % gegenüber

dem Vorjahr auf. Auf Bundesebene beträgt die Veränderung gegenüber dem Vorjahr bei der Steinkohle +0,7 Mill. t SKE (+0,9 %) und bei der Braunkohle -0,4 Mill. t SKE (-1,3 %). In Nordrhein-Westfalen nahm der Steinkohleverbrauch im Vergleich zu 1989 um 1,2 Mill. t SKE oder 3,1 % ab. Bei der Braunkohle beträgt der Rückgang 0,6 Mill. t SKE bzw. 2,3 %. Im Mineralölbereich stieg der Primärenergieverbrauch in Nordrhein-Westfalen um 1,9 Mill. t SKE bzw. 4,6 % und in der Bundesrepublik Deutschland um 7,5 Mill. t SKE bzw. 4,9 % an. Dieser Anstieg im Mineralölbereich ist auf den Abbau der Heizölreserven im Vorjahr zurückzuführen, so daß sich besonders im Bereich der Haushalte und Kleinverbraucher die Heizölnachfrage wieder belebt hat. Der Verbrauch an Erdgas stieg in Nordrhein-Westfalen um 0,2 Mill. t SKE oder 0,8 %. Auf Bundesebene betrug die Steigerung 5,1 %. Der Verbrauch an Kernenergie sank in NRW weiter um 0,9 Mill. t SKE, begründet durch die Stilllegungen und Abschaltungen einzelner Kernkraftwerke. Auf Bun-

desebene betrug der Rückgang bei der Kernenergie 1,0 Mill. t SKE bzw. 2,1 %. Durch die verringerten Liefermengen an Strom nach Rheinland-Pfalz und Hessen reduzierte sich der Stromaußenhandelsaldo um 2,3 Mill. t SKE (45,4 %) und trug somit zu der Erhöhung des Primärenergieverbrauchs in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1990 bei.

Die vorgelegten Energiebilanzen der Jahre 1988 und 1989 sowie der vorläufige Primärenergieverbrauch für das Jahr 1990 geben Aufschlüsse über die Energiestruktur des Landes Nordrhein-Westfalen. Die ermittelten Werte zeigen, daß das Förderland der Kohle immer noch das bedeutsamste Bundesland im Energiebereich ist. Die Kohlereviere und die Unternehmen der Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen bilden eine wichtige Säule der Energieversorgung und -sicherung für Haushalte und alle Teile der Wirtschaft in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. ■

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe im Juni 1992

Zur Jahresmitte 1992 verfügte das nordrhein-westfälische Bauhauptgewerbe (Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten) über einen Auftragsbestand in Höhe von 12,2 Milliarden DM. Damit war das Auftragspolster um 6,3 % dicker als ein Jahr zuvor, wobei die Auftragsbestände im Hochbau um 16,7 % zunahmen, wogegen im Tiefbau ein Rückgang um 7,1 % zu verzeichnen war.

Innerhalb des Hochbaus waren die Auftragsbestände im Wohnungsbau um mehr als ein Viertel (27,6 %) höher als vor Jahresfrist, und im gewerblichen und industriellen Hochbau betrug der Zuwachs 16,6 %. Im öffentlichen Hochbau wurde das Vorjahresniveau knapp verfehlt (-0,8 %). Im Tiefbau-Bereich war die Entwicklung bei allen Bausparten negativ: Im Straßenbau, wo vor Jahresfrist einige Großprojekte die Höhe des Auftragsbestandes stark beeinflußt hatten, war ein Minus von 11,3 % festzustellen. Beim gewerblichen und industriellen Tiefbau betrug der Rückgang 4,3 % und beim sonstigen öffentlichen Tiefbau 6,1 %.

Preisindex für die Lebenshaltung im August 1992

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte August / Mitte Juli) um 0,1 % auf 114,1 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100); gegenüber dem **Vorjahr** (August 1991) beträgt die Indexveränderung +3,4 %. Im Juli hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate bei +3,3 % gelegen (Juni: +4,3 %).

Den Ausschlag für die relativ moderate Preisentwicklung gegenüber Juli gaben vor allem Saisonwaren; auch Einflüsse des Mineralölmarktes wirkten erneut stabilisierend. Dagegen verteuerten sich Dienstleistungen und Reparaturen deutlich.

Gebietseinheiten und territoriale Zuordnung in der regionalen Sozialproduktsberechnung

Mit dem Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion ergibt sich auch die Notwendigkeit der Harmonisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zu diesem Zweck müssen die Systeme sowohl der nationalen als auch der regionalen Gesamtrechnungen auf ihre Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaft überprüft werden. Das „Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften“ hat diese Anforderungen im „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ formuliert¹⁾. Ein wichtiger Punkt ist im Zusammenhang mit der regionalen Anwendung des Europäischen Systems die Frage, welche Gebietseinheiten zu verwenden und nach welchen Prinzipien die kleinsten Darstellungseinheiten der Gesamtrechnungsaggregate²⁾ diesen Gebietseinheiten zuzuordnen sind. Im Hinblick auf diese Frage werden in den folgenden Ausführungen die Methoden eines Teilbereichs der regionalen Sozialproduktsberechnung behandelt. Dabei wird über die in Deutschland praktizierten Methoden hinaus auch auf nicht bzw. noch nicht realisierte Konzepte eingegangen.

Gebietseinheiten

Die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften verwendeten regionalen Einheiten sind nach der „Nomenklatur der statistischen Gebietseinheiten“ (Nomenclature des unités territoriales statistiques; NUTS) hierarchisch in drei Ebenen gegliedert. Die Ebene I enthält die

Anzahl und durchschnittliche Bevölkerungszahl der Gebietseinheiten der Ebene I sowie Differenz zwischen den Bevölkerungszahlen der größten und der kleinsten Region eines Staates

EG-Mitgliedstaat mit Regionen der Ebene I	Regionen I eines EG-Staates	Durchschnittliche Bevölkerung ¹⁾ (\bar{x}) einer Region I	Bevölkerungsdifferenz (d) zwischen größter und kleinster Region I eines Staates
	Anzahl (n)	1 000	
Deutschland ²⁾	11	5 586	16 141
Frankreich	8	6 986	6 434
Italien	11	5 223	7 239
Niederlande	4	3 690	5 311
Belgien	3	3 301	4 739
Luxemburg	1	373	–
Vereinigtes Königreich	11	5 188	15 766
Irland	1	3 538	–
Dänemark	1	5 130	–
Griechenland	4	2 501	2 581
Spanien	7	5 544	8 978
Portugal	2	5 143	9 234
Europäische Gemeinschaft	64	5 073	x

1) Berichtsjahr 1988 – 2) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990

„Regionen der Europäischen Gemeinschaft“ („Regionen“ im engeren Sinne), die Ebene II die „Grundverwaltungseinheiten“ und die Ebene III die kleineren Verwaltungsbezirke. In Deutschland entsprechen die Einheiten der Ebene I den Bundesländern, die Einheiten der Ebene II den Regierungsbezirken bzw. den nicht in Regierungsbezirken aufgeteilten Ländern und die Einheiten der Ebene III den Kreisen und kreisfreien Städten. Das Datenprogramm der deutschen regionalen Gesamtrechnung auf der Ebene III ist mit dem Programm auf der Ebene II identisch, da die Ergebnisse der Regierungsbezirke nur als Summen der Kreisergebnisse anfallen. Die folgende Auflistung gibt für jeden Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft die Anzahl (n) und die durchschnittliche Bevölkerungszahl (\bar{x}) (Berichtsjahr 1988) der Gebietseinheiten der Ebene I wieder; außerdem wird die Differenz (d) zwischen den Bevölkerungszahlen der größten und der kleinsten Region angegeben³⁾. Für die zwölf Mitgliedstaaten insgesamt gilt $n = 64$ und $\bar{x} = 5073$.

Zur Beurteilung einer regionalen Gliederung ist es zweckmäßig, die Größe der regionalen Einheiten sowie deren Größenunterschiede zu betrachten. Nach den Bevölkerungszahlen überschreitet die Durchschnittsgröße (\bar{x}) der Einheiten der Ebene I in Deutschland nicht allzu stark die Durchschnittsgröße in den Mitgliedstaaten insgesamt, der Größenunterschied (d) dieser Einheiten ist jedoch in Deutschland (meist erheblich) größer als in jedem anderen Staat. Die Bundesländer als Einheiten der Ebene I sind daher für regionalstatistische Untersuchungen bestenfalls mit starker Einschränkung geeignet. Ihre Verwendung als statistische Gebietseinheiten ist als Notbehelf anzusehen und nur mit der föderalistischen Organisation der amtlichen Statistik in Deutschland zu erklären. Die Bundesländer sind historisch gewachsene politische Gebietskörperschaften und keine nach wirtschaftsstatistischen oder anderen rational nachvollziehbaren Gesichtspunkten geschaffenen Einheiten. Demgegenüber sind die Einheiten der Ebene II in Deutschland nach ihrer Größe wesentlich homoge-

1) Vgl. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, zweite Auflage, Brüssel-Luxemburg 1985.

2) Vgl. Wolfgang Gerß: Statistische Einheiten in der Sozialproduktsberechnung. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 8/1992, S. ...ff.

3) Entnommen aus: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft, Tabelle 3.8 (Fläche und Bevölkerung). Luxemburg 1991.

ner als die der Ebene I und erfüllen somit weitaus besser die an eine aussagefähige regionale Gliederung zu stellenden Anforderungen. Auch im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten ist die Eignung der deutschen Einheiten der Ebene II als verhältnismäßig gut zu beurteilen. Die folgende Auflistung enthält die Daten (Berichtsjahr 1988) für die Ebene II; auch hier beschränken sich die Angaben für Deutschland auf die westlichen Bundesländer unter Ausschluß der nicht in Regierungsbezirke aufgeteilten Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Berlin und Saarland.

Die Staatsgebiete von Luxemburg, Irland und Dänemark sind in dieser Aufstellung nicht enthalten, weil sie nicht in Einheiten der Ebene II aufgeteilt werden. Für die neun anderen Mitgliedstaaten insgesamt gilt $n = 149$ und $\bar{x} = 1674$.

Die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften enthalten bisher keine Daten für die Gebietseinheiten der Ebene III. Die folgende Auflistung bezieht sich daher nur auf Deutschland, und zwar auf die westlichen und die östlichen („neuen“) Bundesländer. Angegeben sind für das Berichtsjahr 1989 die Anzahl (n) und die durchschnittliche Bevölkerungszahl (\bar{x}) der Einheiten der Ebene III jedes Bundeslandes sowie die Differenz (d) zwischen der größten und der kleinsten Bevölkerungszahl dieser Einheiten⁴⁾.

Für die 16 Bundesländer insgesamt gilt $n = 543$ und $\bar{x} = 145$; bei Ausschluß der nicht in Gebietskörperschaften aufgegliederten Länder Berlin und Hamburg ergibt sich $n = 541$ und $\bar{x} = 136$. Auch abgesehen von den extremen Werten dieser bei-

Anzahl und durchschnittliche Bevölkerungszahl der Gebietseinheiten der Ebene II sowie Differenz zwischen den Bevölkerungszahlen der größten und der kleinsten Region eines Staates

EG-Mitgliedstaat mit Regionen der Ebene II	Regionen II eines EG-Staates	Durchschnittliche Bevölkerung ¹⁾ (\bar{x}) einer Region II	Bevölkerungsdifferenz (d) zwischen größter und kleinster Region II eines Staates
	Anzahl (n)	1 000	
Deutschland ²⁾	26	2 059	4 617
Frankreich	20	2 079	4 983
Italien	14	1 924	4 263
Niederlande	12	1 230	3 006
Belgien	9	1 100	2 003
Vereinigtes Königreich	33	1 620	6 461
Griechenland	12	540	1 474
Spanien	16	2 031	6 728
Portugal	7	1 470	3 345
Zusammen	149	1 674	x

1) Berichtsjahr 1988 – 2) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990

Anzahl und durchschnittliche Bevölkerungszahl der kreisfreien Städte und Kreise der Bundesländer sowie Differenz zwischen den Bevölkerungszahlen der größten und der kleinsten Region eines Landes

Bundesland	Kreisfreie Städte/ Kreise	Durchschnittliche Bevölkerung (\bar{x}) einer Gebietseinheit	Bevölkerungsdifferenz (d) zwischen größter und kleinster Gebietseinheit eines Landes
	Anzahl (n)	1 000	
Baden-Württemberg	44	216	515
Bayern	96	116	1 184
Berlin	1	3 377	–
Brandenburg	44	61	123
Bremen	2	333	410
Hamburg	1	1 607	–
Hessen	26	215	541
Mecklenburg-Vorpommern	37	54	237
Niedersachsen	47	154	50
Nordrhein-Westfalen	54	314	823
Rheinland-Pfalz	36	102	144
Saarland	6	176	265
Sachsen	54	92	510
Sachsen-Anhalt	40	75	306
Schleswig-Holstein	15	171	184
Thüringen	40	68	189
Deutschland	543	145	x

den Stadtstaaten bestehen erhebliche Unterschiede sowohl zwischen den Durchschnittsgrößen von Land zu Land als auch zwischen den Größen der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte innerhalb jeweils eines Landes und schränken damit die Brauchbarkeit der Einheiten der Ebene III für regionale Vergleiche ein.

Abgesehen von der unterschiedlichen Größe stellt sich die Frage, ob die Regionen zur statistischen Interpretation zweckmäßig abgegrenzt sind. Die Regionen sollten so abgegrenzt werden, daß sie in sich so homogen wie möglich werden und zwischen sich die größtmöglichen Unterschiede aufweisen. Demnach ist bei der Zu-

4) Entnommen aus: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1991 für das vereinte Deutschland, Tabelle 3.5 (Fläche und Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise am 30. 6. 1989). Wiesbaden 1991.

sammenfassung von kleineren Gebietseinheiten zu Regionen anzustreben, daß sich die Ausprägungen der für relevant erachteten Merkmale von Einheit zu Einheit innerhalb der Regionen so wenig und zwischen den Regionen so viel wie möglich unterscheiden. Die folgenden Ausführungen interpretieren einige Ergebnisse einer Untersuchung der inter- und intraregionalen Unterschiede der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung je Beschäftigten in den westlichen Ländern (Regionen der Ebene NUTS I) der Bundesrepublik Deutschland⁵⁾. Der Pro-Kopf-Wert jedes Landes ist – als gewogenes arithmetisches Mittel – ein Durchschnittswert, in dem alle Unterschiede von Region zu Region (Gebietseinheiten der Ebenen NUTS II oder III) innerhalb des Landes untergehen. Die Konsumenten der Ergebnisse der regionalen Gesamtrechnung verwenden die Landesdurchschnitte gelegentlich, ohne die Möglichkeit dieser Unterschiede bei der Interpretation gebührend zu beachten. Durch die unzureichend kommentierte Gegenüberstellung der Durchschnittswerte der Bundesländer wird suggeriert, ein Land sei generell wachstumsfördernd bzw. -hemmend oder wirtschafts- bzw. -schwach. Diese Auslegung würde sich in den meisten Fällen als unsinnig erweisen, wenn man berücksichtigen würde, daß in einem durchschnittlich wachstumsstarken Land die dort dominierenden wachstumsstarken Wirtschaftszweige sich vielleicht nicht besser entwickelt haben als in einem durchschnittlich schwachen Land, wo diese Zweige unterrepräsentiert sind, oder daß das starke Land neben den florierenden Gebiets- teilen auch eine Minderheit von Bezirken umfaßt, die vielleicht noch schwächer gewachsen sind als die schwäch-

sten Bezirke des schwachen Landes. Die hier dargestellte Untersuchung zeigt, wie Aussagen über die interregionalen Unterschiede – d. h. die Variation der Durchschnittswerte der Bundesländer – durch Aussagen über die intraregionalen Unterschiede – die Variation der Ergebnisse für die regionalen Untergliederungen innerhalb der Länder – zu ergänzen sind und danach die zu ziehenden Schlüsse ggf. revidiert werden müssen. Die Untersuchung bezieht sich auf das Berichtsjahr 1986. Nach diesen Ergebnissen beträgt die Bruttowertschöpfung je Beschäftigten in den elf „alten“ Bundesländern (einschl. West-Berlin) maximal um ca. ein Viertel mehr und minimal um ca. ein Zehntel weniger als im nationalen Durchschnitt. Innerhalb der einzelnen Länder variieren die Pro-Kopf-Werte der Kreise bzw. kreisfreien Städte (Einheiten der Ebene NUTS III) zwischen ca. 185 % und 65 % des jeweiligen Landesdurchschnitts. Bei den Abweichungen von den Landesdurchschnitten fällt neben der großen Streubreite vor allem die Asymmetrie auf. Drei Viertel der Kreise und kreisfreien Städte des (alten) Bundesgebietes haben unter, dagegen nur ein Viertel über dem jeweiligen Landesdurchschnitt liegende Pro-Kopf-Werte. Die Kreiswerte der einzelnen Länder sind keineswegs nur um ihren eigenen Landesdurchschnitt konzentriert. Ca. 95 % der Kreise und kreisfreien Städte sind nach der Wertschöpfung je Beschäftigten von ihrem eigenen Landesdurchschnitt weiter entfernt als von dem Durchschnittswert mindestens eines anderen Landes. Dementsprechend schlecht sind diese Kreiswerte durch ihre Landesdurchschnitte repräsentiert. Dagegen müßten an die Aussagefähigkeit der Landesdurchschnitte die Anforderungen gestellt werden, daß die Kreiswerte innerhalb jedes Landes nur wenig streuen sowie eingipflig und zumindest annähernd

symmetrisch verteilt sind. Das Bild wird noch verwirrender, wenn die Wertschöpfung je Beschäftigten der Kreise und kreisfreien Städte aller Länder in Beziehung zum nationalen Durchschnitt gesetzt wird. Von der Gesamtheit der Kreise und kreisfreien Städte haben nur ca. 20 % über, dagegen 80 % unter dem Bundesdurchschnitt liegende Pro-Kopf-Werte. Auch hier zeigt sich die Asymmetrie zu Lasten der hohen Werte. Ca. 30 % der Kreise und kreisfreien Städte weichen in anderer Richtung als ihr jeweiliger Landesdurchschnitt vom Bundesdurchschnitt ab. Die Reihenfolge der Landesdurchschnitte ist daher ohne Berücksichtigung der Variation der Kreiswerte innerhalb der Länder wenig aussagefähig.

Wegen des unterschiedlichen Niveaus der Wertschöpfung je Beschäftigten der übergeordneten Regionen (Bundesländer) ist es zur Beurteilung der Variation innerhalb der Regionen (von Kreis zu Kreis) zweckmäßig, die Streuung der Einzelwerte der verglichenen Gebiete in Einheiten ihres arithmetischen Mittels auszudrücken. Als Streuungsmaß ist hier der Variationskoeffizient – Quotient aus Standardabweichung und arithmetischem Mittel – sinnvoll, der zudem den Vorteil bietet, daß er einen im jeweiligen Anwendungsfall gesondert errechenbaren Maximalwert hat und in bezug auf diesen leicht und für alle Anwendungsfälle vergleichbar interpretiert werden kann. Der – in Prozenten seines Maximalwertes ausgedrückte – relative Variationskoeffizient der Bruttowertschöpfung je Beschäftigten beträgt für die elf untersuchten Länder nur weniger als 3 %. Innerhalb der einzelnen Bundesländer ist die relative Streuung der Pro-Kopf-Werte der Kreise und kreisfreien Städte zum Teil wesentlich größer. Wenn auch sämtliche relativen Variationskoeffizienten weit von ihrem theoretischen Maxi-

5) Vgl. Wolfgang Gerß: Inter- und intraregionale Unterschiede der Wertschöpfung in der Bundesrepublik Deutschland. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 9/1990, S. 639 ff.

mum entfernt sind, so unterscheiden sie sich doch erheblich voneinander. Der Wert des größten vorkommenden Koeffizienten ist ca. achtmal so groß wie der Wert des kleinsten Koeffizienten. Durch die Nichtbeachtung der derartig unterschiedlichen intraregionalen Streuung können interregionale Kontraste vorgetäuscht oder überzeichnet werden. Diese Untersuchung zeigt die zumindest für Deutschland bestehenden Grenzen der Aussagefähigkeit von interregionalen Vergleichen auf den in der europäischen Statistik verwendeten Gebietsebenen und stellt damit insoweit das herkömmliche System der regionalen Gliederung überhaupt in Frage.

Extra-Regio

Bei der Regionalisierung eines Wirtschaftsgebietes kann sich ergeben, daß bestimmte Gebietsteile nicht eindeutig den Regionen zugeordnet werden können. Die europäischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sehen in diesem Fall für jeden Mitgliedsstaat eine „Extra-Regio“ vor. Diese tritt bei der regionalen Gliederung neben die gewöhnlichen Regionen. Im Gegensatz zu diesen besteht die Extra-Regio nicht aus einem zusammenhängenden Gebiet. Ihre Teile sind vielmehr außerhalb und innerhalb des nationalen Gebietes verstreut. Mögliche Teile der Extra-Regio sind die Zollfreigegebiete einschließlich Zollfreilager und Fabriken unter Zollaufsicht, der Luftraum und die Hoheitsgewässer und unter der Hoheit des betreffenden Staates stehenden Festlandssockel unterhalb von internationalen Gewässern, die territorialen Exklaven (Botschaften, Konsulate, Militärbasen und Forschungsbasen) sowie die Bodenschätze in internationalen Gewässern außerhalb der genannten Festlandssockel, die von im Hoheitsgebiet des betreffenden Staates ansässigen Institutionen z. B.

durch fest installierte Erdgas- und Erdölgewinnungsstationen ausgebeutet werden. Eventuell ist auch die Zuordnung von mobilen schwimmenden Bohrrinseln, Fischereifahrzeugen und anderen Fischereianlagen, sonstigen Schiffen und Luftfahrzeugen zur Extra-Regio denkbar. Welche Gebietsteile und installierten oder mobilen Einrichtungen insgesamt zur Extra-Regio zu rechnen sind, ist nicht definitionsgemäß festgelegt. Im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ist der Begriff Extra-Regio nicht explizit enthalten. Auch das deutsche System verwendet diese Bezeichnung weder auf nationaler noch auf regionaler Ebene. Die Entscheidung, was im Einzelfall zur Extra-Regio gehören soll, kann nur indirekt aus der im europäischen und im deutschen System vorgenommenen Abgrenzung der Volkswirtschaft abgeleitet werden. In der deutschen nationalen Rechnung zählen ständig im Inland befindliche Produktionsstätten, Verwaltungseinrichtungen usw. unabhängig von den Eigentumsverhältnissen zu den inländischen Wirtschaftseinheiten; umgekehrt gehören ständig im Ausland gelegene Produktionsstätten, Verwaltungseinrichtungen usw. im Eigentum von Inländern nicht zu den inländischen Wirtschaftseinheiten. Ausnahmen von dieser Regel sind unter anderem diplomatische und konsularische Vertretungen sowie Streitkräfte. Deutsche diplomatische und konsularische Vertretungen im Ausland gehören stets zu den inländischen Wirtschaftseinheiten der Bundesrepublik Deutschland; dementsprechend werden ausländische diplomatische und konsularische Vertretungen sowie ausländische Streitkräfte und deren Versorgungseinrichtungen im Bundesgebiet nicht zu den inländischen wirtschaftlichen Institutionen gerechnet, d. h. sie sind gebietsfremde Wirtschaftseinheiten. Von inländischen

Wirtschaftseinheiten ausgerüstete und betriebene Schiffe, Luftfahrzeuge, Bohrrinseln usw. gelten unabhängig von den Eigentumsverhältnissen als inländische Produktionsstätten. Dagegen werden die durch inländische Wirtschaftseinheiten gekauften Schiffe, Flugzeuge und ähnlichen Investitionsgüter auch dann zu den Investitionen der eigenen Volkswirtschaft gerechnet, wenn sie von ausländischen Wirtschaftseinheiten betrieben werden. Die hier annähernd im Wortlaut⁶⁾ wiedergegebene Abgrenzung der Volkswirtschaft in der deutschen nationalen Rechnung steht damit im Einklang mit der im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen gegebenen Definition des Wirtschaftsgebietes eines Staates⁷⁾. Das Europäische System zählt die Teile des Wirtschaftsgebietes auf und liefert präzise (im einzelnen hier nicht wiedergegebene) Aussagen unter anderem über die Grundstückstransaktionen der Exklaven und Enklaven: a) Gebiet innerhalb der Zollgrenzen; b) Zollfreigegebiete u. ä.; c) Luftraum und Gewässer unter Hoheitsrecht des betrachteten Staates; d) territoriale Exklaven, außer Transaktionen im Zusammenhang mit dem Eigentum an ihren Grundstücken und ursprünglich vorhandenen Gebäuden; e) exterritoriale Enklaven, nur Transaktionen im Zusammenhang mit dem Eigentum an ihren Grundstücken und ursprünglich vorhandenen Gebäuden; f) von gebietsansässigen Einheiten in internationalen Gewässern ausgebeutete Bodenschätze. Nach den einleitenden Bemerkungen dieses Abschnitts kommen von den aufgezählten Teilen des Wirtschafts-

6) Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), Reihe 1.3, Hauptbericht 1990, S. 22. Wiesbaden 1991.

7) Vgl. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, a. a. O., laufende Nummer 205.

gebietes bei dessen regionaler Aufteilung die Positionen b), c), d) und f) für die Extra-Regio in Frage.

Bei der Entscheidung, welche von den denkbaren Teilen der Extra-Regio tatsächlich in diese einzubeziehen sind, sollte davon ausgegangen werden, daß die Existenz einer Extra-Regio Komplikationen bei der Interpretation der Ergebnisse der regionalen Gesamtrechnung mit sich bringen kann. Die Datenkonsumenten erwarten in der Regel, vergleichbare Regionen präsentiert zu bekommen, so daß sie nach allen wesentlichen Aggregaten den Anteil jeder Region an der nationalen Volkswirtschaft ermitteln können. Wenn eine Extra-Regio existiert, ist diese Anteilsberechnung zumindest in dem – anschaulichen – Sinne nicht mehr möglich, daß die Summe der Werte der „realen“ Regionen in jedem Fall den nationalen Wert ergibt. Diese Einschränkung der Verwendungsmöglichkeit würde auch bei voller konzeptioneller Übereinstimmung der regionalen mit der nationalen Rechnung gelten und wäre daher den Konsumenten nur schwer plausibel zu machen. Der Ausweis einer Extra-Regio sollte demnach so weit wie möglich überhaupt vermieden werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten alle Gebietsteile, Wirtschaftseinheiten und Transaktionen, die zu einer bestimmten der gewöhnlichen Regionen eine hinreichend enge Verbindung haben, dieser Region, also nicht der Extra-Regio, zugeordnet werden. Damit würden die innerhalb des nationalen Territoriums agierenden Einheiten – wie Einrichtungen in Zollfrei gebieten – grundsätzlich aus der Extra-Regio ausscheiden. Auch mobile Bohrrinseln, Fischereianlagen, Schiffe, Flugzeuge und andere Ausrüstungen des Transportgewerbes brauchten nicht der Extra-Regio zugeordnet zu werden, da für sie immer eine enge wirtschaftliche Verbindung

zu einer bestimmten Region besteht, auch wenn sie diese selten oder im Extremfall nie physisch erreichen. In der Extra-Regio verbleiben damit allenfalls nur Einheiten mit Aktivitäten außerhalb des nationalen Territoriums, also Einheiten, die unter die o. a. Positionen d) oder f) fallen. Ob in dem so eingeschränkten Umfang tatsächlich eine Extra-Regio eingeführt wird, sollte auch von der Datenlage abhängig gemacht werden. Auf die Einführung sollte generell verzichtet werden, wenn die auszuweisenden Beträge vernachlässigbar klein sind. Zwangsläufig verzichtet werden muß auch dann, wenn die zur Berechnung der Werte der Extra-Regio benötigten Daten nicht zur Verfügung stehen oder ihre Zuverlässigkeit nicht ausreicht. Diese Situation dürfte in der deutschen regionalen Rechnung der ausschlaggebende Grund für die bisherige Nichtumsetzung des Konzepts der Extra-Regio sein.

Im Zusammenhang mit dem vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften an die nationalen statistischen Ämter gerichteten Wunsch, je Mitgliedstaat eine Extra-Regio zu bilden, wurden in dem in Deutschland für die regionale Rechnung zuständigen von den statistischen Landesämtern gebildeten „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ verschiedene Möglichkeiten zur rechnerischen Behandlung der im Ausland unterhaltenen deutschen Botschaften und Konsulate diskutiert. Dabei wurden drei Varianten unterschieden. Nur die erste Variante entsprach voll dem europäischen Bedürfnis, nach dem die genannten Einrichtungen in einer Extra-Regio zusammenzufassen sind, die als fiktives zusätzliches Bundesland neben die realen Länder tritt. Die zweite Variante bestand darin, die Werte der Botschaften und Konsulate zwar als Darunter-Position der nationalen Werte

auszuweisen, in der regionalen Rechnung jedoch vollständig dem Bundesland des Sitzes der Zentralregierung zuzuschlagen. In der dritten Variante wurden die Werte dieser Einrichtungen als unausgegliederte Bestandteile der nationalen Werte in der regionalen Rechnung anteilig auf alle Bundesländer verteilt. In der laufenden Rechnung wird bisher nur die dritte Variante angewendet. Diese „Lösung“ ergibt sich dadurch, daß zur Regionalisierung der nationalen Werte nach der sog. „indirekten“ Methode – rechnerische Verteilung der nationalen Aggregate auf die Regionen in dem Verhältnis, in dem die regionalen Werte bestimmter Schlüsselgrößen zu den nationalen Werten dieser Größen stehen – als Schlüsselgröße die Anzahl der Beschäftigten aus der Personalstandstatistik der öffentlichen Verwaltungen verwendet wird. In den Ergebnissen der Personalstandstatistik für die einzelnen Regionen sind die Beschäftigtenzahlen der Botschaften und Konsulate nicht enthalten, weil der Dienstort dieses Personals nicht in diesen Regionen liegt. Durch die Schlüsselung der nationalen Werte der Aggregate der zentralen Gebietskörperschaft einschließlich der Botschaften und Konsulate nach den regionalen Beschäftigtenzahlen der Personalstandstatistik erhält jede Region rechnerisch denjenigen Anteil an den Werten dieser Einrichtungen, der dem Gewicht der in ihr liegenden Dienstorte ziviler Bundesbediensteter entspricht.

Keinesfalls darf die Extra-Regio dazu mißbraucht werden, Gebietsteile oder Wirtschaftseinheiten nur aus dem Grund aufzunehmen, weil deren Regionalwerte schwierig zu ermitteln sind. In diesem Zusammenhang könnte erwogen werden, die „Hauptstadtfunktion“ – d. h. die Tätigkeit der zentralen Gebietskörperschaft am Regierungssitz – bzw. den schwierig zu

regionalisierenden Zentralstaat überhaupt aus der eigentlichen Regionalrechnung herauszulösen und als Extra-Regio neben die gewöhnlichen Regionen zu stellen. Diese Überlegung hat nur für die Regionalrechnung Bedeutung; auf der nationalen Ebene ist die Hauptstadtfunktion in jedem Fall als Teil des Zentralstaates unausgegliedert in der Rechnung enthalten. Wenn die regionale Rechnung den Anspruch erhebt, die wesentlichen Aggregate des Wirtschaftskreislaufs und ihre Zusammenhänge darzustellen, darf sie trotz aller Datenprobleme nicht auf den anteiligen Nachweis des Zentralstaates und seiner regional wirksamen Aktivitäten in den einzelnen Regionen verzichten. Die Hauptstadtfunktion sollte dementsprechend nicht zugunsten der Extra-Regio derjenigen Region vorenthalten werden, in der die Regierung ihren Sitz hat.

Konzepte der regionalen Zuordnung

Die gesamtwirtschaftliche Leistung wird auf nationaler Ebene einerseits als Sozialprodukt und andererseits als Inlandsprodukt ausgewiesen. Das Sozialprodukt umfaßt diejenige Leistung, die von den im Gebiet der Nation ansässigen Produktionsfaktoren erbracht wurde, unabhängig davon, ob der Faktoreinsatz innerhalb oder außerhalb dieses Gebietes erfolgte. Die „Produktionsfaktoren“ sind hier personifiziert zu sehen; d. h. es handelt sich um Personen in ihrer Funktion als Arbeitskräfte und Kapitaleigner. Der Ort, an dem diese Personen „ansässig“ sind, ist der Wohnort, nicht der Arbeitsort. Das Inlandsprodukt besteht aus derjenigen Leistung, die in den im Gebiet der Nation liegenden Produktionsstätten erbracht wurde, unabhängig davon, ob die Produktionsfaktoren innerhalb oder außer-

halb dieses Gebietes ansässig sind. In der nationalen Rechnung ist der zahlenmäßige Unterschied zwischen dem Sozial- und dem Inlandsprodukt im allgemeinen vernachlässigbar klein, bei der gesonderten Betrachtung einzelner Regionen kann er dagegen sehr erheblich sein. Außerdem muß in der regionalen Rechnung ein weiteres Konzept unterschieden werden. Dies sei an einem einfachen fiktiven Beispiel erläutert.

Angenommen, alle Eigentümer und Arbeitskräfte eines Unternehmens der Energieversorgung haben ihren Wohnsitz in Region A. Das Unternehmen selbst (wirtschaftliche oder rechtliche Einheit) ist in Region B ansässig und hat nur hier einen oder mehrere Betriebe (örtliche Einheiten) mit ihnen zugeordnetem Personal. Außerdem hat das Unternehmen in Region C zur Stromerzeugung automatische (d. h. bei Bedarf höchstens zur kurzfristigen Wartung vom Betrieb aus von Personal aufgesuchte) Windkraftanlagen mit dem zugehörigen Leitungssystem errichtet. Nur in den Regionen A und B gibt es somit die beteiligten agierenden organisatorischen Einheiten (die privaten Haushalte und die „Produktionseinheit“, d. h. das Unternehmen bzw. den Betrieb) mit jeweils eigener Postanschrift; in der Region C wird lediglich das Territorium als Standort benutzt. In dieser Situation müssen die wirtschaftlichen Aggregate je nach dem Verwendungszweck der Ergebnisdaten in verschiedener Weise regional zugeordnet werden. A ist die Region des Einkommenszuflusses; sie ist maßgeblich, wenn die potentielle private Kaufkraft und der effektive private Verbrauch gemessen werden sollen. B ist die Region, in der die Produktion durch Zusammenführung der Produktionsfaktoren organisiert wird; sie ist maßgeblich, wenn die Entstehung des Einkommens aus unselbstständiger Arbeit sowie aus Unterneh-

mertätigkeit und Vermögen gemessen werden soll. C ist – abgesehen von den Gebäuden in A und B – die Region der Inanspruchnahme von Fläche und dementsprechend maßgeblich, wenn die Umweltinzidenz gemessen werden soll. Diese drei Konzepte der regionalen Zuordnung können als „Prinzip der Wohneinheiten“ (Zuordnung zu Region A), „Prinzip der Produktionseinheiten“ (Region B) und „Prinzip der Territorialität“ (Region C) bezeichnet werden.

Für die verschiedenen wirtschaftlichen Aggregate ist zu entscheiden, welches der drei Zuordnungskonzepte jeweils angemessen ist. Dies sei an den Aggregaten Bruttowertschöpfung und Bruttoanlageinvestitionen erläutert. Die Wertschöpfung entsteht dort, wo die Produktionsfaktoren miteinander kombiniert werden, also am Ort des Unternehmens bzw. seiner organisatorischen (örtlichen) Einheiten; sie ist als Nettowertschöpfung zu Faktorkosten identisch mit dem an diesem Ort entstandenen Einkommen. Die regionale Zuordnung der Wertschöpfung ist daher nach dem Prinzip der Produktionseinheiten vorzunehmen. Bei den Anlageinvestitionen ist die Entscheidung nicht so eindeutig. Einerseits werden die Investitionen von den Produktionseinheiten gesteuert, andererseits können sie für das Territorium, auf dem sie installiert werden, sehr relevant sein. Als Lösung wird empfohlen, die Anlageinvestitionen grundsätzlich den Produktionseinheiten zuzuordnen, jedoch in begründeten branchenspezifischen Ausnahmefällen – z. B. beim Leitungs- und Rohrnetz von Energie- und Wasserversorgungsunternehmen sowie beim Verkehrswegenetz – zusätzlich oder ausschließlich die territoriale Aufteilung vorzusehen. Die damit gegebene Bevorzugung des Prinzips der Produktionseinheiten gegenüber dem Prinzip der Territorialität entspricht am ehesten dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher

Der Einzelhandel 1991

Gesamtrechnungen, das von den ausführlich definierten Darstellungseinheiten ausgeht und alle wirtschaftlichen Transaktionen darauf ausrichtet. Unabhängig von dieser mit dem Europäischen System weitgehend konformen Rechnung könnten die Anlageinvestitionen insgesamt in einer Alternativrechnung territorial regionalisiert werden. Dabei wäre zu entscheiden, ob die territoriale Alternative sich generell auf das regionale System erstrecken, also auch die Wertschöpfung einbeziehen soll.

Ob und ggf. wie weit sich die beiden für die regionale Zuordnung der Bruttowertschöpfung und der Bruttoanlageinvestitionen in Frage kommenden Konzepte – Prinzipien der Produktionseinheiten und der Territorialität – einander annähern, hängt im wesentlichen von der Definition der Produktionseinheiten ab. Normalerweise wird eine örtliche Einheit nur dann als Produktionseinheit anerkannt, wenn sie ortsgebunden (d. h. fest installiert) ist und wenn ihr mindestens eine tätige Person zugeordnet ist. In diesem Fall weichen die Ergebnisdaten der beiden Konzepte – wie im beschriebenen Beispiel – voneinander ab. Wenn man dagegen auch Einheiten ohne Arbeitskräfte und mobile Einheiten als Produktionseinheiten zulässt, gehen die beiden Konzepte in den Ergebnissen ineinander über. Mit dieser konzeptionellen Verwässerung verliert man jedoch die Möglichkeit, zwei regional unterschiedliche Vorgänge jeweils adäquat zu messen – einerseits die „Tätigkeit der in dem betrachteten Gebiet existierenden Einheiten“ und andererseits die „in dem betrachteten Gebiet stattfindende Tätigkeit“.

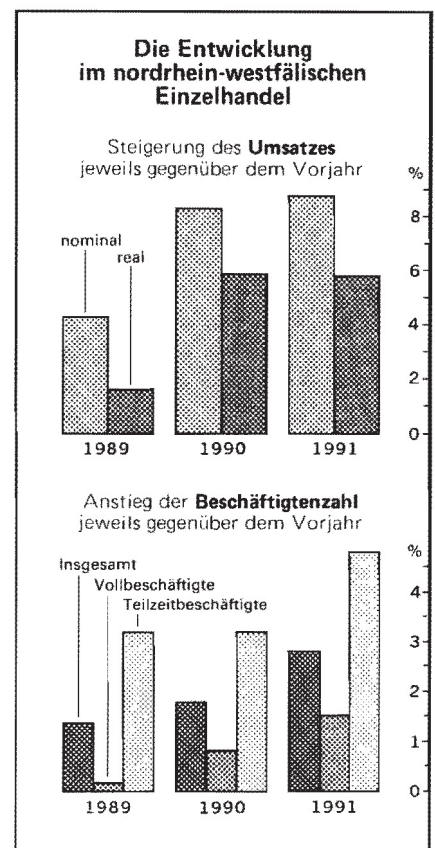
Die nordrhein-westfälischen Einzelhandelsgeschäfte setzten 1991 8,8 % mehr um als im bisherigen Rekordjahr 1990. Damit hielt die positive Geschäftsentwicklung der Vorjahre nicht nur an, sondern sie übertraf sogar die Steigerungsraten der Jahre 1990 (8,3 %) und 1989 (4,3 %). Allerdings war im Jahre (4,3 %). Allerdings war im Jahresverlauf 1991 ein Rückgang der Zuwachsraten zu verzeichnen. Ursächlich hierfür dürften die zur Jahresmitte wirksam gewordenen Steuererhöhungen (Einkommen-, Körperschaft-, Mineralöl- und Versicherungsteuer) als Folge des Solidaritätsgesetzes gewesen sein, die zu einer Verringerung des verfügbaren Einkommens führten. Etwas kompensierend wirkte sich die nach wie vor anhaltende Zuwanderung aus. Sie belief sich 1991 in Nordrhein-Westfalen auf 60 000 Aussiedler, 62 000 Asylbewerber und 44 000 Zuzüge aus den neuen Bundesländern und hat sich mit ihrem Erstausrüstungsbedarf spürbar im Einzelhandelsumsatz niedergeschlagen.

Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, stieg der Umsatz 1991 gegenüber dem Vorjahr um 5,8 %. Damit waren zwei Drittel des Erlöszuwachses mengen- und ein Drittel preisbedingt. Dies entspricht in etwa dem Verhältnis des Vorjahres.

Für 1992 wird mit einer zweigeteilten Entwicklung gerechnet. Zunächst wird die Umsatzsteigerungsrate weiter zurückgehen, da weitere Erhöhungen von Abgaben, Tarifen und Gebühren im 1. Halbjahr erfolgt sind. Dadurch wird das verfügbare Einkommen weiter geschmälert. Zur Jahresmitte ist jedoch mit einem Kaufkraftzuwachs zu rechnen, da der Solidaritätszuschlag ausläuft und sich die neuen Tarifabschlüsse bemerkbar machen werden. Auch könnte die anstehende Mehrwertsteuererhöhung zu vorgezogenen Käufen führen.

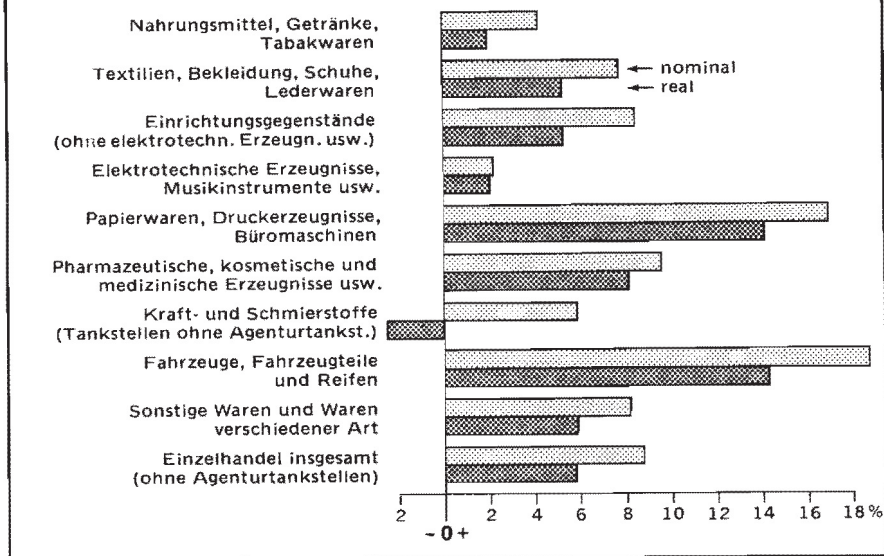
Im Jahr 1991 wurde das Verkaufspersonal um 2,8 % gegenüber 1990 kräftig aufgestockt. Damit setzte sich die günstige Entwicklung aus dem Vorjahr, in dem die Steigerungsrate 1,8 % betragen hatte, fort. Die Zahl der vollbeschäftigten Arbeitskräfte nahm um 1,5 % und die der Teilzeitbeschäftigten um 4,8 % zu. Mittlerweile ist es in verschiedenen Branchen schwierig geworden, Fachkräfte zu finden¹⁾. (Siehe Tabelle S. 480.)

Naturngemäß partizipierten nicht alle Branchen gleichermaßen an der positiven Geschäftsentwicklung, doch



1) Vgl. „Konjunktur: Weiter bergauf“ in: Markt und Wirtschaft, Industrie- und Handelskammer Köln, Nr. 10/91, S. 42 ff.

Veränderung der Einzelhandelsumsätze 1991 gegenüber 1990 nach Wirtschaftszweigen



nahmen 1991 die Verkaufserlöse in allen Wirtschaftsklassen des Einzelhandels im Vergleich zum Vorjahr zu²⁾.

Am stärksten stiegen die Umsätze im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen. Der Jahreszuwachs von 18,8 % ist vornehmlich auf das gute Ergebnis im ersten Halbjahr beim Einzelhandel mit Kraftwagen, Kraftwagenteilen und Kraftwagenreifen zurückzuführen, der die Branche dominiert, denn zur Jahresmitte entfielen die Steuervorteile beim Kauf schadstoffarmer Fahrzeuge. Dies führte zu vorgezogenen Käufen und schwächte naturgemäß das Ergebnis des zweiten Halbjahrs. Dieser Einfluß ließ jedoch die Entwicklung im Zweiradhandel weitgehend unberührt. Hier wurde eine Erlössteigerung von 29,3 % erzielt. Motorrad- und Fahrradfahren liegt nach wie vor im Trend. (Siehe Tabelle S. 480.)

Kräftig zulegen konnte auch der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen. Hier belief sich die Umsatzsteigerung auf 17,0 %. Innerhalb dieser Branche verlief die Entwicklung im Handel mit Büromaschinen, Büromöbeln und Organisationsmitteln mit einem Umsatzzuwachs in Höhe von 28,8 % weit über dem Durchschnitt. Sie ist wahrscheinlich auf die starke Nachfrage nach PCs zurückzuführen. Aber auch die Buch- und Zeitschriftenhändler konnten mit 15,7 % ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnen. Hingegen lag die Erlössteigerung von 7,9 % im Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren und mit Schul- und Büroartikeln sogar unter der Wachstumsrate des gesamten Einzelhandels.

Der Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen konnte seine Verkaufserlöse um 9,6 % steigern. Besonders gut schnitten die Apotheken mit +9,9 % ab. Hierbei dürfte das ständig ausgeweitete Kosmetikgeschäft eine

maßgebliche Rolle gespielt haben. Die über Apotheken verkaufte Kosmetik hat am gesamten Kosmetik-Markt in Deutschland bei steigendem Trend einen Anteil von 6,5 % erreicht³⁾. Drogerien erzielten ein Umsatzplus von 8,6 %. Deutlich unter der Branchensteigerungsrate mit einem Zuwachs von 6,1 % lag die Erlössteigerung im Fachhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln.

Im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen belief sich der Umsatzzuwachs auf 8,5 %. Der Hauptumsatzträger, der Möbele Einzelhandel, verzeichnete eine Zunahme von 8,3 %. Der bereits eingangs erwähnte Erstaustattungsbedarf der Aus- und Übersiedler dürfte diese Entwicklung mitgetragen haben. Allerdings deutet die Abkühlung bei der Nachfrage nach Möbeln zum Jahresende darauf hin, daß die Erfahrung zutrifft, daß die Branche erst dann deutlich zulegt, wenn das reale Wirtschaftswachstum mehr als 2 % beträgt⁴⁾. Dieses war im 4. Quartal 1991 auf 0,6 % gesunken⁵⁾. Andererseits eröffnet die Tendenz zu mehr Klein- und Einzelhaushalten weitere Absatzchancen, so daß das Konsumklima weiterhin auf hohem Niveau bleiben dürfte. Nach dem Boom-Jahr 1989 (+17,7 %) und dem leichten Rückgang 1990 (-3,0 %) sind die Antiquitätenkäufer noch zurückhaltender geworden. Die Branche verzeichnete einen Umsatzrückgang von 12,5 %. Überdurchschnittlich entwickelten sich die Erlössteigerungen im Handel mit Feinkeramik und Glaswaren für den Haushalt (+9,2 %). Der Trend zum „schöneren Wohnen“ hält offensichtlich an.

2) Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf nominale Veränderungen, soweit sie nicht anderweitig gekennzeichnet sind.

3) Vgl. „Die Apotheke auf dem Weg zum Kosmetik-Markenartikler“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 01. 1992, S. 14.

4) Vgl. „Wachstumspause in der Möbelbranche“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. 01. 1992, S. 13.

5) Vgl. Tagesnachrichten des Bundesministeriums für Wirtschaft Nr. 9844 vom 13. 03. 1992, S. 4.

Ein Umsatzplus von 8,2 % erzielte die zweitgrößte Wirtschaftsgruppe des Einzelhandels, der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art. Da in diesem Bereich die unterschiedlichsten Aktivitäten zusammengefaßt sind, ist die Ergebnisspannweite entsprechend hoch.

Der Brennstoffeinzelhandel steigerte den Umsatz innerhalb dieser Gruppe am stärksten (+15,4 %), Folge des Abbaus der hohen Bevorratung der Abnehmer in den Vorjahren.

Im Spielwaren- und Sportartikelhandel florierte das Geschäft ebenfalls prächtig. Insgesamt konnten die Umsätze um 15,1 % gesteigert werden. Hauptumsatzträger bei den Sportartikeln waren Sportschuhe, Freizeitanzüge und Wanderausrüstungen und bei den Spielwaren High-Tech- und Elektronik-Spielzeuge. Hierbei fand insbesondere das Videospiel „Game Boy“ reißenden Absatz⁶⁾.

Die Uhrmacher und Juweliere in Nordrhein-Westfalen konnten 1991 ebenfalls befriedigt bilanzieren. Sie setzten gegenüber 1990, in dem sie etwas unterdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt hatten, um 10,1 % mehr um. Der Trend zum Luxus hat sich hier wohl niedergeschlagen.

Hingegen erlitt der Einzelhandel mit feinmechanischen, fotografischen und optischen Erzeugnissen eine deutliche Umsatzeinbuße (-3,8 %). Der Blumen- und Pflanzeneinzelhandel konnte das Vorjahresniveau behaupten (+0,9 %).

Aus dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art wurde eine Erlössteigerung von 8,4 % berichtet. Hier boomten die Umsätze der SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte (+15,6 %). Hingegen konnten die tra-

ditionellen Waren- und Kaufhäuser das Vorjahresergebnis um lediglich 1,9 % überschreiten.

Leicht unterdurchschnittlich im Vergleich zum Gesamtergebnis des Einzelhandels entwickelten sich die Textil- und Bekleidungsumsätze (+7,8 %). Hier konnte der Heim- und Haustextiliensektor um 9,4 % zulegen. Die Branche stützte sich dabei auf die gute Baukonjunktur und den Trend zum schöneren Wohnen⁷⁾. Besonders gut liefen dabei die Gardinengeschäfte (bundesweit: +14 %)⁸⁾. Die Umsatzsteigerung im Handel mit Oberbekleidung lag unter dem Branchenschnitt (+6,1 %), obwohl sich modische Bekleidung, wie z. B. die Leggings, zu Rennern entwickelten. Bei Schuhen und Lederwaren wurden gegenüber 1990 lediglich um 3,4 % mehr Umsatz erzielt.

Der Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen (ohne Agenturtankstellen) konnte um 5,9 % mehr vereinnahmen. Die Zunahme beruht ausschließlich auf Preissteigerungen, denn real nahm der Umsatz um 2,5 % ab.

Auf 4,2 % belief sich die Umsatzsteigerung im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, der bedeutendsten Einzelhandelsbranche Nordrhein-Westfalens. Augenfällig ist die relativ hohe Umsatzzunahme im Getränkehandel (+5,8 %), die sich wohl hauptsächlich aus dem warmen Sommer erklärt. Der Bereich des Nahrungs- und Genußmittelhandels, der Hauptumsatzträger dieser Wirtschaftsgruppe ist, verzeichnete einen Erlöszuwachs von 4,5 %. Vergleichsweise niedrig fiel die Umsatzsteigerung im Einzelhandel mit Tabakwaren (+3,2 %) und im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln (+1,3 %) aus. In der

letztangeführten Wirtschaftsklasse war der reale Umsatz sogar rückläufig (-0,6 %). Aber auch innerhalb dieser Wirtschaftsklasse fanden Sonderbewegungen statt. So konnte der Umsatz mit Schokolade, Zuckerwaren, Dauerbackwaren und Knabberartikeln um 11 % gesteigert werden⁹⁾.

Die Umsatzerwartungen des Einzelhandels mit elektrotechnischen Erzeugnissen und Musikinstrumenten erfüllten sich bei einer Steigerungsrate von 2,2 % vermutlich nicht ganz, auch wenn sich die reale Erhöhung auf 2,1 % belief. Im Rundfunk- und Fernsehhandel, der einen Zuwachs von 2,3 % verbuchen konnte, dürfte insbesondere das Fehlen werbewirksamer Großveranstaltungen den Verkauf technologieverbesserter Produkte – vor allem von Farbfernsehgeräten und Videorecordern – gehemmt haben. Camcorder, CD-Spieler, Autoradios und Satelliten-Empfangsanlagen liefen hingegen gut¹⁰⁾. Rückläufig waren die Einnahmen im Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien. Hier sanken die realen Erlöse (-10,3 %) sogar noch stärker als die nominalen Umsätze (-7,5 %).

Die Steigerungsrate der Verkaufserlöse im Einzelhandel fiel in Nordrhein-Westfalen 1991 etwas höher aus als im Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes¹¹⁾. Der entsprechende Bundeswert lag um 0,2 % niedriger (+8,6 %). In der umsatzstärksten Wirtschaftsklasse, dem Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandel, wurden in Nordrhein-Westfalen höhere Zugewinne erzielt als im Bundesschnitt (+4,2 % gegenüber +3,8 %). Für diese Entwicklung mag eine Rolle gespielt haben, daß die Versorgung in den neuen Bundesländern in diesem Bereich mittlerweile flächendeckend

6) Vgl. „Abschied von der Insel?“ in: Markt und Wirtschaft, Industrie- und Handelskammer Köln, Nr. 2/1992, S. 34 ff.

7) Vgl. „Konjunktur: Weiter bergauf“, a. a. O., S. 42 ff.

8) Vgl. „Die Konjunktur bei Heim- und Haus wird schwächer“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.01.1992, S. 15.

9) Vgl. „Zwei gute Jahre für die Süßwarenindustrie“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.01.1992, S. 16.

10) Vgl. „Abschied von der Insel?“, a. a. O., S. 34 ff.

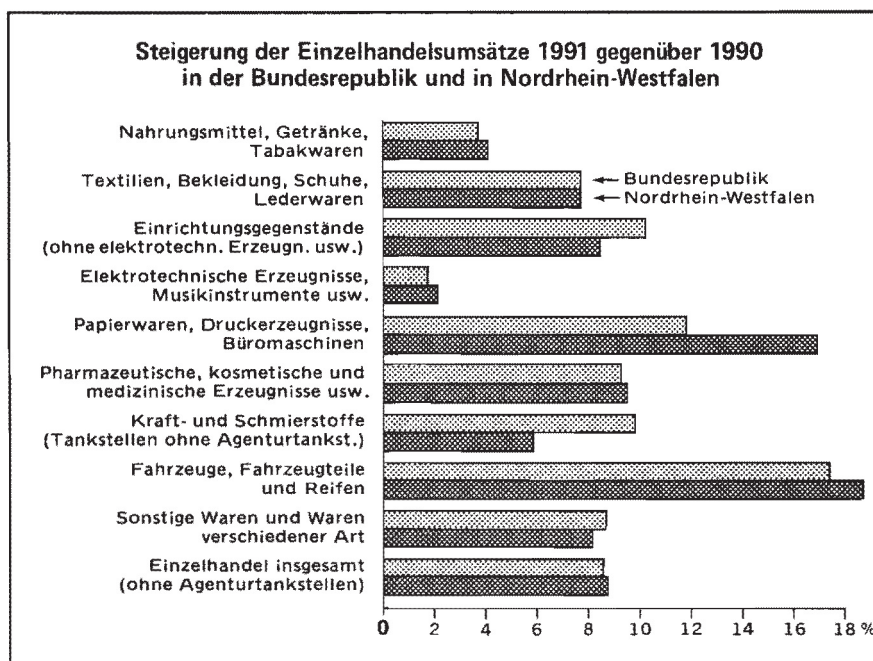
11) Die Angaben für das Bundesgebiet beziehen sich im folgenden auf das Gebiet der alten Bundesländer.

qualitativ und preislich dem Niveau der alten Bundesländer angeglichen ist. Insofern entfällt die vorher häufig durchgeführte Einkaufsfahrt gen Westen. In dem relativ entfernt liegenden Nordrhein-Westfalen spielt der Nachfrageausfall eine geringere Rolle, da der Einkaufswert bei einer solchen Fahrt normalerweise den Aufwand nicht rechtfertigt.

Anders sieht es hingegen im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen aus. Hier dürfte der Anschaffungswert weiterhin eine Fahrt in die alten Bundesländer rechtfertigen, zumal das Angebot hier noch vielfältiger und aufgrund von mehr Wettbewerbern auch häufig günstiger als in den neuen Bundesländern sein dürfte. Das könnte auch erklären, weshalb die Umsatzsteigerung in diesem Bereich bundesweit höher liegt als in Nordrhein-Westfalen (+10,3 % gegenüber +8,5 %).

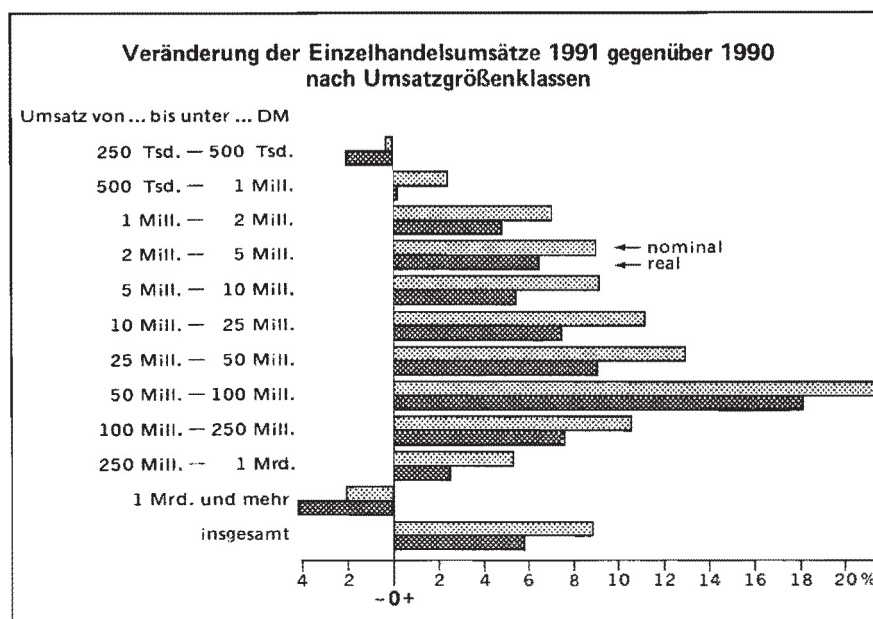
Außergewöhnlich deutlich weichen die Zuwachsraten der Verkaufserlöse im Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen voneinander ab. Bundesweit lag sie bei 9,9 %, in Nordrhein-Westfalen bei 5,9 %. Umgekehrt erzielte der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen in Nordrhein-Westfalen einen Zuwachs von 17,0 %, im Bundesdurchschnitt hingegen lediglich 11,9 %. Auch die nordrhein-westfälischen Fahrzeughändler schnitten besser ab (18,8 % gegenüber 17,5 %). In den übrigen Wirtschaftsklassen waren keine wesentlichen Abweichungen festzustellen.

Betrachtet man die Umsatzentwicklung in der Aufgliederung nach Umsatzgrößenklassen, so wird deutlich, daß insbesondere die Unternehmen mit gehobenen Jahresumsätzen vom Trend profitierten. Die größte Steigerung wurde in der Klasse von 50 – 100 Mill. DM mit +21,5 % gegenüber dem Vorjahr erzielt. Auch die Unternehmen der Größenklassen



von 25 – 50 Mill. DM (+12,9 %), von 10 – 25 Mill. DM (+11,1 %) und von 100 – 250 Mill. DM (+10,5 %) erzielten zweistellige Zuwachsraten. Dagegen schnitten die Branchenriesen mit Um-

sätzen zwischen 250 Mill. – 1 Mrd. DM (+5,3 %) und mit Umsätzen über 1 Mrd. DM (–2,1 %) unterdurchschnittlich bzw. mit rückläufigen Ergebnissen ab. Auch die kleineren Un-

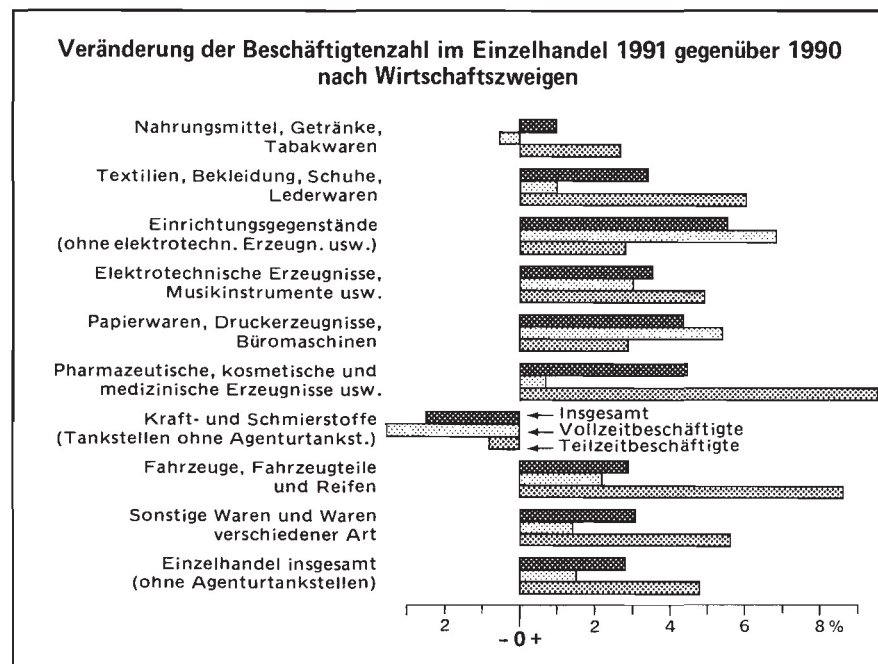


ternehmen litten im Zuge der konjunkturellen Entwicklung. In der Umsatzgrößenklasse von 500 Tsd. – 1 Mill. DM belief sich der Zuwachs auf lediglich +2,4 %, und im Bereich von 250 Tsd. – 500 Tsd. DM ging er gar um 0,3 % zurück.

Zweifelsohne ist eine der Ursachen für die günstigere Entwicklung in den mittleren gegenüber den höheren Umsatzgrößenklassen auch in einem Basiseffekt zu suchen. Fusionen und Geschäftsübernahmen steigern die Ergebnisse in den mittleren Umsatzgrößenklassen stärker als in den höheren. Diese Betrachtung soll aber nicht den Blick darauf verstellen, daß sich die größte Dynamik 1991 in Handelsunternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 250 Mill. DM vollzogen hat.

Im nordrhein-westfälischen Einzelhandel waren 1991 um 2,8 % mehr Personen beschäftigt als im Vorjahr, 1,5 % mehr Vollzeit- und 4,8 % mehr Teilzeitbeschäftigte. Die weiterhin steigende Tendenz zur Teilzeitbeschäftigung im Einzelhandel beruht zum einen darauf, daß immer mehr Frauen Beschäftigung außerhalb des traditionellen Haushaltssektors suchen, und zum anderen, daß der Einzelhandel versucht, seine Personalkostenstruktur über flexible Arbeitszeiten zu verbessern.

Bis auf den Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen besetzten alle Wirtschaftsklassen des Einzelhandels mehr Arbeitsplätze als im Vorjahr. Die größte Zunahme wurde im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen verzeichnet (+5,5 %). Die Zahl der Vollbeschäftigten nahm um 6,8 %, die der Teilzeitbeschäftigten um 2,8 % zu. Im Möbeleinzelhandel, der hier bei weitem umsatzstärksten Branche, wurde das Personal um 6,3 % aufgestockt (Vollzeitbeschäftigte: +7,9 %;



Teilzeitbeschäftigte: +2,3 %). Diese Branche ist sehr beratungsintensiv und daher personalaufwendig. Im Antiquitätenhandel erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 1,2 %, wobei gleichzeitig eine Umschichtung in der Personalstruktur zu beobachten war. Der Zunahme an Teilzeitbeschäftigten (+7,3 %) stand eine Abnahme von 2,5 % an Vollzeitbeschäftigten gegenüber.

Im Einzelhandel mit Feinkeramik und Glaswaren wurde hingegen Personal abgebaut, obwohl die Umsätze um 9,2 % stiegen. Der Rückgang in Höhe von 7,7 % setzt sich aus einer Abnahme von 8,6 % bei den Vollbeschäftigten und von 6,7 % bei den Teilzeitbeschäftigten zusammen.

Der Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen stockte sein Personal um 4,5 % kräftig auf. Hier nahm die Zahl der Vollbeschäftigten um 0,7 % und die der Teilzeitbeschäftigten um 9,5 % zu. Am ausgeprägtesten

war die Zunahme im Einzelhandel mit Drogerieartikeln und Reinigungsmitteln (+13,2 %). Der überproportionale Zuwachs an Teilzeitkräften (+16,9 %) gegenüber dem an Vollzeitbeschäftigten (+8,0 %) läßt Rückschlüsse auf die ständig wachsende Bedeutung von Drogeriemärkten zu. In den Apotheken wurde das Personal um 3,5 % verstärkt, wobei dies allein auf die Zunahme an Teilzeitbeschäftigten (+8,7 %) zurückzuführen ist, denn die Zahl der Vollzeitkräfte ging geringfügig um 0,3 % zurück. Im Fachhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln stieg die Zahl der tätigen Personen um 3,1 % (Vollzeitkräfte: +1,0 %; Teilzeitkräfte: +7,3 %).

Der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen stockte seine Belegschaft um 4,4 % auf. Neben dem Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen ist er der einzige Bereich, der relativ mehr

Vollzeit- (+5,4%) als Teilzeitkräfte (+2,9%) einstellte. Am deutlichsten war die Zunahme im Buch- und Zeitschriftenhandel mit +4,9% (Vollzeitbeschäftigte: +7,5%; Teilzeitbeschäftigte: +1,3%) und im Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren sowie mit Schul- und Büroartikeln mit +4,8% (Vollzeitkräfte: -0,2%; Teilzeitkräfte: +9,6%). Der Einzelhandel mit Büromaschinen, Büromöbeln und Organisationsmitteln erhöhte seinen Personalbestand moderat (+1,0%). Auffallend ist der starke Rückgang an Teilzeitbeschäftigten um nahezu ein Viertel (-24,2%), wohingegen der Personalzugang an Vollzeitbeschäftigten (+4,5%) im Trend liegt.

Leicht über der Wachstumsrate des gesamten Einzelhandels bewegte sich mit +3,5% bzw. +3,4% die Zunahme an tätigen Personen im Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen und Musikinstrumenten und im Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren. Im Elektroeinzelhandel wurde das Vollzeitpersonal um 3,0%, das Teilzeitpersonal um 4,9% aufgestockt. In der wichtigsten Branche, dem Rundfunk-, Fernseh- und Phonohandel (+3,1%), war die Zuwachsrate bei Vollzeit- (+3,1%) und Teilzeitkräften (+2,9%) nahezu ausgeglichen. Trotz starker Umsatzeinbußen beschäftigte der Musikinstrumentenhandel um 7,1% mehr Angestellte als im Vorjahr (Vollzeitbeschäftigte: +3,0%; Teilzeitbeschäftigte: +14,5%). Im Textileinzelhandel geht der Trend weiter zur Teilzeitbeschäftigung, möglicherweise auch deshalb, weil hier der Anteil weiblicher Arbeitnehmer relativ hoch ist. Die Zahl der Vollzeitkräfte stieg um 1,0% und die der Teilzeitkräfte um 6,0%. Die wichtigste Branche, der Einzelhandel mit Oberbekleidung, vergrößerte seine Belegschaft um 2,6% (Vollzeitbeschäftigte: +0,1%; Teilzeitbeschäftigte: +5,3%).

In der zweitstärksten Wirtschaftsklasse des Einzelhandels, dem Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art, bewegte sich der Zuwachs an tätigen Personen ebenfalls leicht über dem Durchschnitt des gesamten Einzelhandels. Die Belegschaftsstärke stieg um 3,1% (+1,4% Voll-, +5,6% Teilzeitkräfte). In dem wichtigsten Teilbereich fand eine gegenläufige Bewegung statt. Die traditionellen Waren- und Kaufhäuser setzten Personal frei (-0,7%), während die SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte ihre Belegschaft kräftig aufstockten (+13,1%). Dies entspricht in etwa der umsatzmäßigen Marktverschiebung. Interesse verdient die Entwicklung im Einzelhandel mit Spielwaren und Sportartikeln. Trotz boomenden Umsatzes (+15,1%) ging die Personalstärke um 6,6% zurück (-4,8% Vollzeit-, -9,4% Teilzeitbeschäftigte). Hier drängen SB-Großanbieter auf den Markt, die zunehmend den personalintensiven kleineren Fachhandel bedrängen. Auch im Blumen- und Pflanzenhandel ist der Trend zu größeren Betriebsformen zu beobachten (Gartencenter), mit der Folge, daß auch in dieser Branche Arbeitskräfte freigestellt wurden (-4,1%).

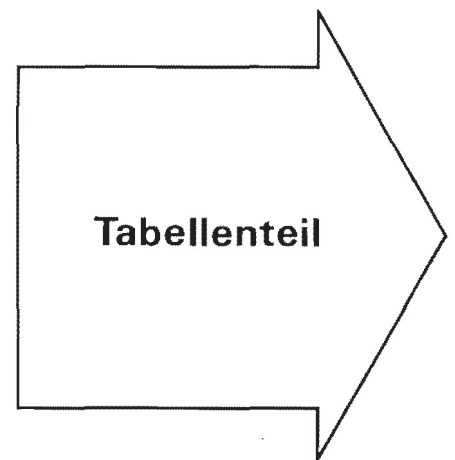
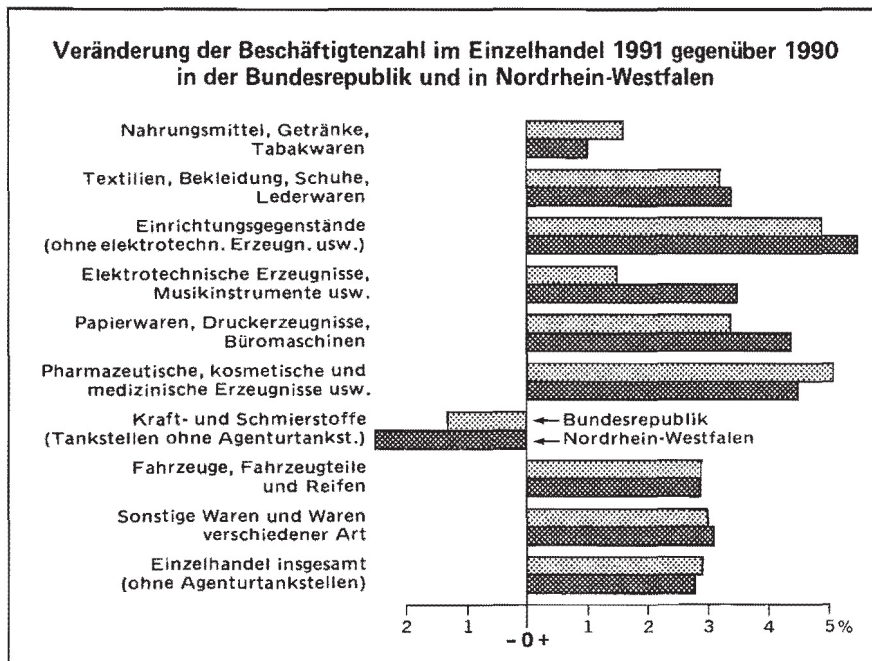
Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen nahm lediglich um 2,9% zu, obwohl in dieser Wirtschaftsklasse der höchste Umsatzzuwachs des gesamten Einzelhandels erzielt wurde (+18,8%). Wie bereits eingangs erwähnt, dürfte jedoch ein Gutteil des Zuwachses auf vorgezogenen Käufen infolge des Fortfalls von Steuervorteilen basieren. Insofern werden die Unternehmer in personalpolitischer Sicht vorsichtiger disponiert haben. Es wurden 2,2% mehr Personen vollzeit- und 8,6% mehr teilzeitbeschäftigt. In der Zweiradbranche (+10,6%) wurde die Belegschaft deutlich stärker aufgestockt als im Kraftwageneinzelhandel (+2,6%).

Der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Tabakwaren, die stärkste Wirtschaftsklasse des Einzelhandels, erhöhte die Zahl der Beschäftigten um 1,0%. Während die Zahl der Ganztagskräfte um 0,5% zurückging, nahm die der Teilzeitkräfte um 2,7% zu. Bemerkenswert ist, daß der Fachhandel teilweise starke Personalreduzierungen vornahm. Die Zahl der Beschäftigten sank im Fachhandel mit Nahrungsmitteln um 5,8%, mit Tabakwaren um 1,8% und mit Getränken um 0,8%.

Wie bereits eingangs erwähnt, erfolgte im Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen, als einziger Wirtschaftsklasse des Einzelhandels, ein Personalabbau (-2,5%). Die Zahl der Ganztagskräfte verringerte sich um 3,5%, die der Teilzeitkräfte um 0,8%. Inwieweit dieser Abbau auf Rationalisierungsmaßnahmen oder auf verstärkten Konkurrenzdruck der Agenturtankstellen zurückzuführen ist, muß an dieser Stelle offen bleiben.

Die Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel Nordrhein-Westfalens verlief geringfügig ungünstiger (+2,8%) als im Einzelhandel des gesamten Bundesgebietes (+2,9%).

Während die Zahl der Vollbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen um 1,5% stieg, nahm der entsprechende Bundeswert um 1,8% zu. Hingegen erhöhte sich das Landesergebnis für Teilzeitbeschäftigte mit +4,8% stärker als im gesamten Bundesgebiet (+4,6%). In fünf der neun Wirtschaftsklassen fiel der relative Beschäftigtenzugang in Nordrhein-Westfalen günstiger aus als im Bundesdurchschnitt. Allerdings liegt der Bundeswert für die wichtigste Wirtschaftsklasse, den Nahrungs- und Genußmittelhandel, mit 1,6% deutlich über der Steigerungsrate in Nordrhein-Westfalen (+1,0%). Die größten Unterschiede in den Zuwachsraten bestehen im Ein-



zelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen (NRW: +3,5%; Bund: +1,5%), im Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen (NRW: -2,5; Bund: -1,3%) sowie im Einzelhandel

mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen (NRW: +4,4%; Bund: +3,4%). In den übrigen Wirtschaftsklassen liegen die Abweichungen unter 1,0 Prozentpunkten. ■

Handwerkerverdienste im Mai 1992

Im nordrhein-westfälischen Handwerk lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Arbeiter im Mai 1992 mit 20,80 DM um 6,6 % höher als im Mai 1991. Damals hatte die Zuwachsrate 5,9 % betragen (gegenüber Mai 1990). Vollgesellen (darunter Vorarbeiter, Meister im Stundenlohn) verdienten im Durchschnitt 21,51 DM pro Stunde; für Junggesellen wurden 18,27 DM und für die übrigen Arbeiter im Handwerk 18,16 DM ermittelt.

Unter den erfaßten Handwerkszweigen verdienten die Tischler mit 21,89 DM (+7,1 % gegenüber Mai 1991) am besten, gefolgt von den Klempnern, Gas- und Wasserinstallateuren (21,58 DM; +7,3 %) sowie den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern (21,26 DM; +5,8 %). Überdurchschnittliche Löhne waren auch bei den Elektroinstallateuren (21,18 DM; +8,3 %), Metallbauern (21,08 DM; +6,0 %) und Malern und Lackierern (20,82 DM; +5,4 %) zu verzeichnen. Am niedrigsten fielen die Stundenverdienste der Kraftfahrzeugmechaniker (19,98 DM; +6,3 %), der Fleischer (19,14 DM; +3,9 %) und Bäcker (18,68 DM; +6,6 %) aus.

Primärenergieverbrauch und Endenergieverbrauch nach Umwandlung 1988 und 1989 nach Energieträgern
Mill. t SKE

Energieträger	Primär- energie- verbrauch	Um- wandlungs- einsatz	Um- wandlungs- ausstoß	Energie- verbrauch im Um- wandlungs- bereich	Verluste/ Bewertungs- differenzen	Energie- angebot nach Um- wandlungs- bilanz	Nichtener- getischer Verbrauch	Statistische Differenzen	End- energie- verbrauch
	1	2	3	4	5	6	7	8	9 (= 6-7+8)
1988									
Steinkohlen	41,926	46,700	16,581	0,085	—	11,722	1,195	-0,847	9,680
Braunkohlen	27,116	28,661	3,517	0,047	—	1,925	0,006	-0,023	1,896
Mineralöle	46,104	41,673	40,156	2,058	—	42,529	12,333	—	30,196
Erdgas	22,129	3,820	—	0,290	-0,261	17,758	0,943	-0,162	16,653
Kernenergie	1,960	1,960	—	—	—	—	—	—	—
Wasserkraft	0,144	0,144	—	—	—	—	—	—	—
Strom (Bezüge ./, Lieferungen)	-4,716	0,020	20,496	3,026	+2,448	15,182	—	-0,432	14,750
Sonstige Energieträger	1,529	3,075	10,034	2,349	-0,555	5,584	—	0,093	5,677
Insgesamt	136,190	126,050	90,780	7,860	+1,630	94,700	14,480	-1,370	78,850
1989									
Steinkohlen	41,712	46,503	16,205	0,059	—	11,355	1,281	-0,298	9,776
Braunkohlen	27,834	29,201	3,594	0,059	—	2,168	0,164	0,005	2,009
Mineralöle	42,400	38,654	37,854	1,641	—	39,959	12,568	—	27,391
Erdgas	23,282	4,330	—	0,279	-0,357	18,316	0,848	-0,231	17,237
Kernenergie	1,280	1,280	—	—	—	—	—	—	—
Wasserkraft	0,118	0,118	—	—	—	—	—	—	—
Strom (Bezüge ./, Lieferungen)	-4,959	0,035	20,884	3,078	+2,272	15,084	—	-0,231	14,853
Sonstige Energieträger	1,538	3,185	10,020	2,294	-0,535	5,544	—	0,120	5,664
Insgesamt	133,210	123,310	88,560	7,410	+1,380	92,430	14,860	-0,640	76,930

Endenergieverbrauch 1988 und 1989 nach Verbrauchergruppen und Energieträgern
Mill. t SKE

Energieträger	Endenergieverbrauch							
	insgesamt	davon im						
		übrigen Bergbau	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter produ- zierenden Gewerbe	Verbrauchs- güter produ- zierenden Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	Verkehr	Bereich der Haushalte und sonstigen Klein- verbraucher
1988								
Steinkohlen	9,680	0,016	8,298	0,032	0,031	0,090	—	1,213
Braunkohlen	1,896	—	1,397	0,044	0,012	0,077	—	0,366
Mineralöle ¹⁾	30,196	0,018	2,218	0,471	0,500	0,417	15,635	10,599
Erdgas	16,653	—	5,265	1,047	0,781	0,428	—	9,132
Strom	14,750	0,022	6,002	0,99	0,703	0,261	0,289	6,483
Sonstige Energieträger ¹⁾	5,677	—	3,313	0,097	0,137	0,005	—	1,711
Insgesamt	78,85	0,06	26,49	2,68	2,16	1,28	15,92	29,50
1989								
Steinkohlen	9,776	0,017	8,395	0,030	0,066	0,071	—	1,197
Braunkohlen	2,009	—	1,537	0,044	0,008	0,093	—	0,327
Mineralöle ¹⁾	27,391	0,014	1,850	0,458	0,472	0,326	15,926	8,007
Erdgas	17,237	0,022	5,681	1,005	0,881	0,421	—	9,247
Strom	14,853	0,021	5,984	1,039	0,760	0,265	0,266	6,518
Sonstige Energieträger ¹⁾	5,664	—	3,400	0,105	0,134	0,008	—	1,593
Insgesamt	76,93	0,05	26,85	2,68	2,32	1,18	16,19	26,89

1) Da bei den Energieträgern Brennholz, Flüssiggas und Fernwärme keine Aufteilung auf die einzelnen Verbrauchergruppen vorgenommen wurde, entstehen Differenzen bei der Summation.

		Zeile	Steinkohlen						Braunkohlen				Sonst. feste Brennstoffe		1)	
			Kohle	Koks	Briketts	Rohteer	Andere Kohlen- wertstoffe	Roßbenzol	Kohle	Briketts	Koks	Staub- und Trocken- kohle	Brennholz	Klärschlamm, Müll u. a.	Erdöl (roh)	Motor- benzin
			1000 t SKE													
PRIMÄRENERGIEBILANZ	Gewinnung im Inland	1	55166						28752				177	937		
	Bezüge	2	1132	285		391	584	73	1	17	9	36			35807	2857
	Bestandsentnahmen	3		1626			70				1	1				
	Energieaufkommen	4	66298	1911		391	654	73	28753	17	10	37	177	937	35807	2857
	Lieferungen	5	20526	4807	506	55	600		1	986	77	619				
	Bestandsaufstockungen	6	896		11				18							
	PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH	7	44876	-2896	-517	336	54	73	28752	-987	-67	-582	177	937	35807	2857
		8														
UMWANDLUNGSBILANZ	Umwandlungseinsatz	9	18532				66		137							
		10														
		11	850	6												
		12							3831							
		13	14512						22967	25	2	77		248		
		14	3839						380					417		
		15	2353						827	51						
		16														
		17														
		18	904	4					254					272		
		19		4114												
		20													35807	
		21	90			1053		277				110				
	Umwandlungseinsatz insgesamt	22	41180	4124		1053	66	277	28396	76	2	187		937	35807	
	Umwandlungsausstoß	23		13737		717		204			140					
		24														
		25														
		26			925					1668		1709				
		27														
		28														
		29														
		30														
		31														
		32														
		33														
		34														7247
		35				998										
		36		13737	925	717	998	204		1668	140	1709				7247
	Verbrauch in der Energie- gewinnung und in den Umwandlungsbereichen	37	78													
		38		7												
		39														
		40														
		41							42	2	1	2				
		42														
		43														
		44														
		45														
		46	78	7					42	2	1	2				
	Fackel- u. Leitungsverluste, Bewertungsdifferenzen	47														
	ENERGIEANGEBOT NACH UMWANDLUNGSBILANZ	48	3618	6710	408		986		314	603	70	938	177			10104
	NICHTENERGETISCHER VERBRAUCH	49		209			986				6					
	Statistische Differenzen	50	-838	-9					-10	-7	-1	-5				
ENDENERGIEVERBRAUCH	ENDENERGIEVERBRAUCH	51	2780	6492	408				304	596	63	933	177			10104
		52														
	nach Sektoren	53	16													
		54	390	66						5	45	643				
		55	720	5700								25				
		56	1	135						1	13					
		57														
		58		155								11				
		59	954						272	69		212				
		60	132							101						
		61	2242	6056					272	176	58	891				
		62	4	15					10							
		63		4					3	31						
		64	6	2												
		65		1												
		66	10	22					13	31						
		67														
		68	5													
		69	24						5		5					
		70	1	1					2							
		71	30	1					7		5					
		72	75	15					12	42		23				
		73	2373	6094					304	249	63	914	35			
		74														
		75														
		76														9886
		77														
		78														
		79														9886
	Haushalte und sonstige Kleinverbraucher insgesamt	80	407	398	408					347		19	142			218

- 1) Einschließlich IEA-Produkte, Additive und Chemieprodukte.
- 2) In Zeile 47 sind in dem aufgeführten Saldo 2,923 Mio t SKE aus der unterschiedlichen Bewertung des elektr. Stroms (spezifischer Brennstoffverbrauch bzw. 0,123 kg SKE/kWh) enthalten.
- 3) Eine weitere Aufteilung auf die einzelnen Verbrauchergruppen des Wirtschaftsbereiches Energieträgern Brennholz, Flüssiggas und Fernwärme nicht vorgenommen werden.

		Zeile	Steinkohlen						Braunkohlen				Sonst. feste Brennstoffe			
			Kohle	Koks	Briketts	Rohteer	Andere Kohlen- werkstoffe	Rohbenzol	Kohle	Briketts	Koks	Staub- und Trocken- kohle	Brennholz	Kilanschlämme, Müll u.ä.	1)	Motoren- benzin
			10 000 t SKE													
PRIMÄRENERGIEBILANZ		1	63777						29253				174	1009		
		2	884	361		435	634	73	3	55	83	38			32912	2763
		3	758	2942	6		45			16						
		4	65419	3303	6	435	679	73	29256	72	83	38	174	1009	32912	2763
		5	21218	5851	451	26	634		1	844	55	713				
		6				23					1	1				
		7	44201	-2548	-445	386	45	73	29255	-772	27	-676	174	1009	32912	2763
		8														
UMWANDLUNGSBILANZ	Umwandlungseinsatz	9	18371				30		129							
		10														
		11	745	5												
		12							3880							
		13	15277						23593	67	62	92		285		
		14	3784						417					453		
		15	1970						599	99						
		16														
		17														
		18	874	2					263					271		
		19		4079												
		20														
		21	5			1087		274							32912	
		22	41026	4086		1087	30	274	28881	166	62	92		1009	32912	
	Umwandlungsausstoß	23		13454		701		201			137					
		24														
		25			805											
		26								1455		2002				
		27														
		28														
		29														
		30														
		31														
		32														
		33														
		34														
		35				1044										7335
		36		13454	805	701	1044	201		1455	137	2002				7335
	Verbrauch in der Energie- gewinnung und in den Umwandlungsbereichen	37	52													
		38		7												
		39														
		40														
		41							41	9	2	7				
		42														
		43														
		44														
		45														
		46	52	7					41	9	2	7				
		47														
		48	3123	6813	360		1059		333	508	100	1227	174			10098
		49		222			1059				39	125				
		50	-220	-78					10	-4		-1				
ENDENERGIEVERBRAUCH	nach Sektoren	51	2903	6513	360				343	504	61	1101	174			10098
		52														
		53	17													
		54	461	59						4	43	734				
		55	768	5812												
		56		133							12					
		57														
		58	79	164								12				
		59	778						310	26		294				
		60	143							102						
		61	2227	6168					310	132	55	1040				
		62	2	16						11						
		63		5					5	28						
		64	5	1												
		65		1												
		66	7	23					16	28						
		67	1													
		68	35													
		69	28								6					
		70	1	1					2							
		71	65	1					2		6					
		72	59	12					15	45		33				
		73	2375	6204					343	205	61	1073	35			
		74														
		75														
		76														9877
		77														
		78														
		79														9877
		80	528	309	360					299		28	139			221

1) Einschließlich IFA-Produkte, Additive und Chemieprodukte.

2) In Zeile 47 sind in dem aufgeführten Saldo 3070 Mio t SKE aus der unterschiedlichen Bewertung des elektr. Stroms (spezifischer Brennstoffverbrauch bzw. 0,123 kg SKE/kWh) enthalten.

3) Eine weitere Aufteilung auf die einzelnen Verbrauchergruppen des Wirtschaftsbereiches konnte bei den Energieträgern Brennholz, Flüssiggas und Fernwärme nicht vorgenommen werden.

Primärenergieverbrauch in Nordrhein-Westfalen und im Bundesgebiet 1987 – 1990 nach Energieträgern								
Energieträger	Nordrhein-Westfalen			Bundesgebiet				
	1987	1988	Veränderung 1988 gegenüber 1987	1987	1988	Veränderung 1988 gegenüber 1987	Anteil NRW am Bundesgebiet	
	1 000 t SKE		%	1 000 t SKE		%	1987	1988
Steinkohlen	42 781	41 926	– 2,00	75 562	74 701	– 1,14	56,62	56,13
Braunkohlen	26 327	27 116	+ 3,00	31 197	31 566	+ 1,18	84,39	85,90
Mineralöle	45 480	46 104	+ 1,37	163 268	163 536	+ 0,16	27,86	28,19
Erdgas	23 073	22 129	– 4,09	64 172	62 171	– 3,07	35,97	35,59
Kernenergie	1 993	1 960	– 1,66	42 088	46 920	+ 11,48	4,74	4,18
Wasserkraft	167	144	–13,77	5 942	5 867	– 1,26	2,81	2,45
Strom (Bezüge ./.. Lieferungen)	–6 891	–4 716	–31,56	1 223	122	– 90,02	x	x
Sonstige Energieträger	1 387	1 529	+10,24	4 621	4 955	+ 7,23	30,02	30,86
Insgesamt	134 317	136 192	+ 1,40	388 043	389 838	+ 0,46	34,61	34,94

Energieträger	Nordrhein-Westfalen			Bundesgebiet				
	1988	1989	Veränderung 1988 gegenüber 1987	1988	1989	Veränderung 1988 gegenüber 1987	Anteil NRW am Bundesgebiet	
	1 000 t SKE		%	1 000 t SKE		%	1988	1989
Steinkohlen	41 926	41 712	– 0,51	74 701	73 359	– 1,80	56,13	56,86
Braunkohlen	27 116	27 834	+ 2,65	31 566	32 471	+ 2,87	85,90	85,72
Mineralöle	46 104	42 400	– 8,03	163 536	153 175	– 6,34	28,19	27,68
Erdgas	22 129	23 282	+ 5,21	62 171	65 325	+ 5,07	35,59	35,64
Kernenergie	1 960	1 280	–34,69	46 920	48 180	+ 2,69	4,18	2,66
Wasserkraft	144	118	–18,06	5 867	5 327	– 9,20	2,45	2,22
Strom (Bezüge ./.. Lieferungen)	–4 716	–4 959	+ 5,15	122	55	– 54,92	x	x
Sonstige Energieträger	1 529	1 538	+ 0,59	4 955	4 920	– 0,71	30,86	31,26
Insgesamt	136 192	133 205	– 2,19	389 838	382 812	– 1,80	34,94	34,80

Energieträger	Nordrhein-Westfalen			Bundesgebiet				
	1989	1990 ¹⁾	Veränderung 1988 gegenüber 1987	1989	1990 ¹⁾	Veränderung 1988 gegenüber 1987	Anteil NRW am Bundesgebiet	
	1 000 t SKE		%	1 000 t SKE		%	1989	1990 ¹⁾
Steinkohlen	41 712	40 400	– 3,15	73 359	74 009	+ 0,89	56,86	54,59
Braunkohlen	27 834	27 200	– 2,28	32 471	32 066	– 1,25	85,72	84,83
Mineralöle	42 400	44 334	+ 4,56	153 175	160 630	+ 4,87	27,68	27,60
Erdgas	23 282	23 461	+ 0,77	65 325	68 644	+ 5,08	35,64	34,18
Kernenergie	1 280	366	–71,41	48 180	47 188	– 2,06	2,66	0,78
Wasserkraft	118	113	– 4,24	5 327	5 099	– 4,28	2,22	2,22
Strom (Bezüge ./.. Lieferungen)	–4 959	–2 706	–45,43	55	–329	–698,18	x	x
Sonstige Energieträger	1 538	1 489	– 3,19	4 920	4 902	– 0,37	31,26	30,38
Insgesamt	133 205	134 657	+ 1,09	382 812	+392 209	+ 2,45	34,80	34,33

1) vorläufiges Ergebnis

Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigten im Einzelhandel 1990 und 1991 nach Wirtschaftszweigen						
Systematik Nr. ¹⁾	Wirtschaftszweig	Veränderung des Umsatzes 1991 gegenüber 1990		Veränderung der Beschäftigten 1991 gegenüber 1990		
		in jeweiligen Preisen	in Preisen des Jahres 1980	insgesamt	davon	
					Voll beschäftigte	Teilzeit beschäftigte
%						
431	Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 4,2	+ 2,0	+ 1,0	- 0,5	+ 2,7
	davon mit					
4311	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabak-					
	waren, o. a. S.	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,0	+ 3,6
4314	Nahrungsmitteln	+ 1,3	- 0,6	- 5,8	- 9,2	- 2,0
4316	Getränken	+ 5,8	+ 2,7	- 0,8	- 4,0	+ 1,7
4319	Tabakwaren	+ 3,2	+ 2,1	- 1,8	- 3,9	- 0,1
432	Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 7,8	+ 5,3	+ 3,4	+ 1,0	+ 6,0
	darunter mit					
4321	Textilien, Bekleidung, o. a. S.	+20,6	+17,7	+11,8	+ 8,7	+14,7
4323	Oberbekleidung (ohne Pullover u. ä. für Herren und Damen), Kinder- und Säuglingsbekleidung	+ 6,1	+ 3,5	+ 2,6	+ 0,1	+ 5,3
4324	Wäsche und Bekleidungszubehör	(+17,0)	(+13,9)	(+14,1)	(+12,9)	(+15,0)
4327	Heim- und Haustextilien, Bodenbelägen, Bettwaren	+ 9,4	+ 8,0	+ 4,2	+ 2,9	+ 6,1
4328	Schuhen, Lederwaren	+ 3,4	+ 1,1	+ 0,4	- 1,4	+ 1,9
433	Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische und Haushaltsgroßgeräte)	+ 8,5	+ 5,3	+ 5,5	+ 6,8	+ 2,8
	davon mit					
4331	Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren, a. n. g.	+10,5	+ 8,2	+ 8,7	+ 7,6	+11,6
4333	Feinkeramik und Glaswaren für den Haushalt	+ 9,2	+ 6,0	- 7,7	- 8,6	- 6,7
4334	Möbeln (ohne Büromöbeln)	+ 8,3	+ 4,8	+ 6,3	+ 7,9	+ 2,3
4335	Antiquitäten, Kunstgegenständen, kunstgewerblichen Erzeugnissen, Münzen	-12,5	-15,4	+ 1,2	- 2,5	+ 7,3
4336	Galanteriewaren, Geschenkartikeln	-	-	-	-	-
434	Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,9
	darunter mit					
4341	elektrotechnischen Erzeugnissen, a. n. g., Haushaltsgroßgeräten	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,8	+ 2,3	+ 7,3
4344	Rundfunk-, Fernseh-, und phonotechnischen Geräten	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,9
4345	Musikinstrumenten, Musikalien	(- 7,5)	(-10,3)	(+ 7,1)	(+ 3,0)	(+14,5)
435	Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+17,0	+14,2	+ 4,4	+ 5,4	+ 2,9
	davon mit					
4351	Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln, Sammlerbriefmarken	+ 7,9	+ 4,9	+ 4,8	- 0,2	+ 9,6
4354	Büchern, Zeitschriften, Zeitungen	+15,7	+11,4	+ 4,9	+ 7,5	+ 1,3
4356	Büromaschinen, Büromöbeln, Organisationsmitteln	(+28,8)	(+26,5)	(+ 1,0)	(+ 4,5)	(-24,2)
436	Einzelhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln, Anstrichbedarf	+ 9,6	+ 8,1	+ 4,5	+ 0,7	+ 9,5
	darunter in/mit					
4361	Apotheken	+ 9,9	+ 8,6	+ 3,5	- 0,3	+ 8,7
4365	kosmetischen Erzeugnissen, Körperpflegemitteln	+ 6,1	+ 4,4	+ 3,1	+ 1,0	+ 7,3
4366	Drogerieartikeln, Reinigungsmitteln	(+ 8,6)	(+ 6,9)	(+13,2)	(+ 8,0)	(+16,9)
437	Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen (ohne Agenturtankstellen) zugleich Untergruppe 4375: Tankstellen (Absatz in eigenem Namen)	+ 5,9	- 2,5	- 2,5	- 3,5	- 0,8
438	Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	+18,8	+14,3	+ 2,9	+ 2,2	+ 8,6
	davon mit					
4381	Kraftwagen, Kraftwagenteilen, -zubehör und -reifen	+18,5	+13,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 7,9
4385	Zweirädern, Zweiradteilen- und -reifen	+29,3	+24,7	+10,6	+ 9,1	+14,5
439	Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+ 8,2	+ 5,9	+ 3,1	+ 1,4	+ 5,6
	darunter mit					
4391	Blumen, Pflanzen	+ 0,9	- 1,2	- 4,1	- 3,4	- 5,4
4392	zoologischem Bedarf, lebenden Tieren, Sämereien	-	-	-	-	-
4394	feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen	- 3,8	- 4,0	+ 0,4	- 0,5	+ 3,3
4395	Uhren, Edelmetallwaren, Schmuck	+10,1	+ 9,8	+ 0,7	- 3,2	+ 8,3
4396	Spielwaren, Sportartikeln	+15,1	+12,8	- 6,6	- 4,8	- 9,4
4397	Brennstoffen	+15,4	+ 9,7	+ 2,6	- 1,3	+ 9,5
4398	Waren verschiedener Art	+ 8,4	+ 6,0	+ 4,7	+ 2,9	+ 7,0
4399	sonstigen Waren, a. n. g.	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,8	- 0,5	+16,9
43	Einzelhandel insgesamt	+ 8,8	+ 5,8	+ 2,8	+ 1,5	+ 4,8

1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979

Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.		Merkmal	Einheit	1990	1991
				Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit					
1	* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾		1 000	17 244	17 423
2	* Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
3	* Eheschließungen ²⁾		Anzahl	9 535	9 274
4	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			6,6	6,4
5	* Lebendgeborene ³⁾		Anzahl	16 608	16 536
6	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			11,6	11,4
7	* Totgeborene		je 1 000 Geborene	3,9	3,5
8	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene		Anzahl	16 093	16 067
9	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			11,2	11,1
10	* darunter im ersten Lebensjahr		Anzahl	128	125
11	* je 1 000 Lebendgeborene			7,7	7,5
12	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (-)		Anzahl	+515	+469
	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			+0,4	+0,3
Wanderungen					
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene		Anzahl	41 478	33 571
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene		"	21 439	20 688
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		"	+20 039	+12 883
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾		"	41 517	38 827
Arbeitsmarkt					
17	* Arbeitslose am Monatsende		1 000	626	560
18	* darunter Männer		"	327	301
Landwirtschaft					
Viehbestand ⁶⁾					
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)		1 000	1 990	1 848
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)		"	527	495
21	* Schweine		"	5 938	5 675
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine		"	2 332	2 186
23	* Zuchtsauen		"	610	579
24	* darunter trächtig		"	407	391
Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft					
25	* Rinder		1 000 St.	80	98
26	* Kälber		"	14	16
27	* Schweine		"	992	983
28	* darunter Hausschlachtungen		"	6	5
29	* Schlachtmengen ⁷⁾		1 000 t	115	120
30	* darunter Rinder		"	25	30
31	* Kälber		"	2	2
32	* Schweine		"	88	88
Geflügel					
eingelegte Bruteier ⁸⁾					
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch		1 000	878	933
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch		"	3 446	3 753
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾		1 000 kg	4 576	4 544
Milcherzeugung					
36	* Kuhmilcherzeugung		1 000 t	233	227
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert		%	95,9	95,8
38	* Milchleistung je Kuh und Tag		kg	14,2	14,6
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾					
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt					
39	* Auftragseingangsindex (nominal)		1985 = 100	124	125
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)		1985 = 100	114	116
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)		1 000	2 024	2 038
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)		"	1 403	1 408
43	* geleistete Arbeiterstunden		"	189 558	187 377
44	* Löhne (brutto)		Mill. DM	5 074	5 345
45	* Gehälter (brutto)		"	3 543	3 811
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)		"	41 180	43 201
47	* darunter Auslandsumsatz		"	11 640	11 218

1) Bei den Werten des Jahres 1991 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1991			1992			Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	
17 387	17 400	17 415	1
7 522	15 292	10 085	6 738	8 806	...	2
5,3	10,4	7,0	3
16 393	16 448	16 170	16 951	15 247	...	4
11,5	11,1	11,3	5
3,2	4,3	3,1	4,5	3,9	...	6
16 552	15 461	14 981	16 928	15 843	...	7
11,6	10,5	10,5	8
127	145	151	132	114	...	9
7,7	8,8	9,3	7,8	7,5	...	10
-159	+987	+1 189	+23	-596	...	11
-0,1	+0,7	+0,8	12
32 574	28 923	32 493	13
19 504	17 109	18 210	14
+13 070	+11 814	+14 283	15
38 359	35 494	36 747	16
559	547	543	565	569	560	17
299	292	289	313	313	308	18
.	.	1 967	.	.	.	19
.	.	509	.	.	.	20
5 719	.	.	.	5 901	.	21
2 179	.	.	.	2 189	.	22
614	.	.	.	583	.	23
407	.	.	.	388	.	24
100	94	89	89	85	77	25
16	18	15	15	16	15	26
1 066	1 007	974	923	881	909	27
5	3	3	5	3	3	28
128	121	119	113	109	109	29
30	28	27	27	26	24	30
2	2	2	2	2	2	31
96	90	89	83	80	83	32
1 584	1 136	700	1 413	1 173	825	33
3 968	4 268	3 635	3 741	3 619	3 455	34
4 750	4 582	4 355	4 601	4 182	3 992	35
247	268	257	209	230	255	36
96,3	96,9	97,1	94,8	96,0	96,8	37
15,6	16,5	16,2	13,6	15,5	16,6	38
131,5	118,2	126,1	141	122	119	39
121	121	126	116	118	120	40
2 040	2 036	2 036	2 006	1 997	1 989	41
1 411	1 409	1 408	1 375	1 368	1 361	42
195 891	183 854	186 562r	194 523	186 596	177 812	43
5 078	5 439	5 355r	5 086	5 234	5 232	44
3 597	3 840	4 065	3 701	3 924	3 889	45
44 264	41 729	44 981r	46 010	43 243	42 035	46
11 380	10 663	11 930r	12 185	11 219	11 102	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1990 bzw. 1991: Viehbestand am 3. Dezember 1990 bzw. 3. Dezember 1991 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – 10) Betriebe von

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	1 952	1 907
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	1 035	1 006
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	300	273
4	* Erd- und Erdölgas	"	734	732
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	406	385
6	* leichtes Heizöl	"	161	147
7	* schweres Heizöl	"	245	238
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 665	6 647
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 907	2 837
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	83	80
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	132	126
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	106	100
13	geleistete Arbeiterstunden	"	11 802	11 121
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	414	412
15	Gehälter (brutto)	"	179	192
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	1 655	1 729
17	darunter Auslandsumsatz	"	97	89
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	103	100
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	106	107
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	503	494
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	328	320
22	geleistete Arbeiterstunden	"	44 551	42 853
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 311	1 338
24	Gehälter (brutto)	"	1 100	1 154
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 893	13 815
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 290	4 084
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	142	145
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	124	127
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	921	936
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	633	641
31	geleistete Arbeiterstunden	"	86 486	85 749
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	2 275	2 422
33	Gehälter (brutto)	"	1 634	1 776
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	15 969	17 178
35	darunter Auslandsumsatz	"	5 641	5 434
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	135	142
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	118	124
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	355	362
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	263	268
40	geleistete Arbeiterstunden	"	35 696	35 898
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	850	920
42	Gehälter (brutto)	"	463	503
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	6 197	6 652
44	darunter Auslandsumsatz	"	1 386	1 362
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	125	132
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	113	120
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	74	79
48	geleistete Arbeiterstunden	"	11 023	11 755
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	224	254
50	Gehälter (brutto)	"	167	185
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	3 466	3 827
52	darunter Auslandsumsatz	"	226	249
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	95,9	98,0
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	171,0	190,9

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1991			1992			Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	
.	.	5 752r	5 593	.	.	1
.	.	2 923r	3 153	.	.	2
.	.	823	621	.	.	3
.	.	2 100r	2 532	.	.	4
.	.	1 105r	1 186	.	.	5
.	.	376r	454	.	.	6
.	.	728r	732	.	.	7
6 665	6 557	6 925r	6 854	6 455	6 391	8
2 779	2 957	2 741r	2 790	2 532	2 624	9
79	83	77	80	81	81	10
127	127	126	122	120	120	11
101	100	100	96	94	94	12
11 712	10 617	10 581r	11 906	10 797	10 225	13
375	435	343r	390	385	417	14
178	202	187	190	190	217	15
1 693	1 733	1 648r	1 671	1 502	1 549	16
78	95	99r	43	63	72	17
106,6	97,5	101,7	107	98	96	18
111	109	113	109	109	112	19
496	495	494	483	480	478	20
322	321	320	311	309	307	21
44 803	42 369	42 656r	44 005	42 102	40 780	22
1 362	1 348	1 363	1 247	1 380	1 317	23
1 153	1 242	1 158	1 059	1 291	1 189	24
14 424	13 633	14 449r	14 517	13 941	13 418	25
4 253	4 044	4 241r	4 455	4 079	3 956	26
151,2	135,3	146,6	169	142	140	27
133	134	143	124	126	131	28
937	935	935	925	921	918	29
643	642	641	628	625	622	30
89 906	84 260	85 913r	89 370	86 177	82 011	31
2 243	2 473	2 456r	2 317	2 316	2 345	32
1 628	1 715	1 982r	1 777	1 759	1 777	33
17 539	16 423	18 450r	18 415	17 073	16 928	34
5 401	5 044	5 939r	5 829	5 432	5 545	35
148,2	129,9	140,1	168	137	128	36
130	126	134	127	128	125	37
362	362	362	358	358	356	38
269	268	268	263	263	261	39
37 923	35 237	36 027r	37 464	35 871	33 878	40
864	921	943	891	907	889	41
465	489	556	495	504	506	42
6 848	6 103	6 739r	7 320	6 592	6 126	43
1 375	1 241	1 411r	1 513	1 316	1 203	44
132	145	133	122	136	137	45
118	118	119	118	118	118	46
77	77	79	77	77	77	47
11 547	11 371	11 385	11 778	11 649	10 918	48
234	261	249	241	245	263	49
173	192	182	180	180	200	50
3 760	3 837	3 694r	4 087	4 136	4 014	51
270	238	240	345	329	327	52
.	.	96,8	98,3	.	.	53
.	.	192,0	178,7	.	.	54

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 107	11 860
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	10 379	10 594
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 822	1 762
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	238 692	241 850
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	26 119	25 167
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	8 758	8 216
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	9 954	9 879
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 407	7 072
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	673,4	719,3
10	* Gehälter (brutto)	"	182,0	197,2
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 698,1	2 879,6
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 826	2 577
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 453	2 169
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 081	3 052
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	1 037 127	1 058 450
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	529	529
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	444	443
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 284	3 142
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	619 485	593 573
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	521	489
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 267	6 701
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	123,0	133,8
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	117,4	122,3
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	114,4	123,3
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	139,3	151,1
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroß- geräten, Musikinstrumenten	"	121,5	124,2
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	135,7	158,7
28	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	126,7	138,8
29	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	140,9	149,2
30	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	144,6	171,8
31		"	114,5	123,9
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	117,3	122,7
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	107,3	106,2
34	Fertigwaren	"	127,2	139,1
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	118,4	120,9
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	149,0	154,0
37	Gaststättengewerbe	"	107,9	109,6
38	Kantinen	"	144,1	146,6
Warenverkehr mit den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	219 880	186 919
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	408 762	944 214
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	13 209,3	12 848,0
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	402,1	459,2
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	12 807,1	12 388,7
44	* davon Rohstoffe	"	195,0	182,3
45	* Halbwaren	"	901,8	848,8
46	* Fertigwaren	"	11 710,3	11 357,7
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 406,0	3 213,0
48	* Enderzeugnisse	"	8 304,4	8 144,7
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 579,2	1 530,1
50	Dänemark	"	234,6	217,8
51	Frankreich	"	1 433,5	1 384,2
52	Griechenland	"	110,9	103,7
53	Großbritannien	"	1 174,2	1 086,2
54	Italien	"	1 067,1	1 040,6
55	Niederlande	"	1 480,9	1 505,4
56	Portugal	"	125,2	136,5
57	Republik Irland	"	63,4	59,7
58	Spanien	"	483,1	501,0

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1991			1992			Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	
11 603	11 775	11 535	12 375	11 608r	12 149	1
10 253	9 869	9 690r	11 431	9 331r	...	2
1 745	1 898	1 692r	1 624	1 506	1 618	3
241 235	241 367	241 746	238 741	237 964	237 880	4
28 654	25 808	27 031	26 302	26 724	25 439	5
9 532	8 742	9 045	8 547	9 018	8 550	6
10 815	9 844	10 246	10 231	9 975	9 554	7
8 307	7 222	7 739	7 524	7 731	7 335	8
711,3	734,4	676,1	722,4	697,2	728,3	9
182,7	188,8	209,1	192,8	194,5	200,0	10
2 696,3	2 760,7	3 101,5	3 025,0	2 965,3	3 111,9	11
2 388	2 506	2 437	3 046	1 106	4 036	12
2 032	2 094	2 092	2 619	884	3 456	13
2 846	2 975	2 745	3 572	1 433	4 724	14
969 085	1 018 821	944 145	1 294 341	532 531	1 708 737	15
500	518	484	599	256	816	16
404	446	426	461	172	510	17
3 446	3 277	2 715	4 096	1 505	3 199	18
745 633	643 361	519 647	827 976	339 565	761 538	19
583	530	428	630	222	526	20
6 087	6 561	5 798	7 342	3 218	9 920	21
133,5	131,7	130,2	135,1	133,9	128,4	22
115,9	121,3	116,4	119,8	117,4	111,1	23
120,8	111,2	107,0	118,6	122,8	124,6	24
151,7	142,6	145,2	159,5	150,0	141,9	25
113,9	110,0	109,9	104,6	97,8	87,8	26
143,8	125,7	132,6	156,1	139,9	127,6	27
136,2	136,3	132,9	146,2	147,1	141,6	28
150,5	148,9	156,7	153,0	158,4	156,0	29
202,5	190,4	197,4	204,6	190,5	185,4	30
116,5	118,8	116,3	113,8	122,2	114,8	31
127,7	124,3	125,1	129,5	125,6	122,6	32
113,3	107,7	111,5	110,5	109,6	103,0	33
141,9	140,8	138,5	148,3	141,5	142,0	34
119,1	123,0	129,9	123,2	117,4	129,8	35
147,8	156,6	159,5	167,1	146,4	173,5	36
108,9	112,2	120,4	109,7	108,3	116,2	37
147,8	139,4	143,3	135,8	128,6	144,2	38
212 235	185 990	167 529	191 937	157 442	161 513	39
802 968	783 258	1 141 774	1 477 431	1 165 808	1 235 112	40
12 824,3	12 644,0	12 995,0	14 380,7	13 755,6	12 184,5	41
452,0	533,0	425,3	474,0	490,8	426,8	42
12 372,3	12 111,0	12 569,7	13 906,7	13 264,8	11 757,7	43
181,7	215,8	192,1	145,2	193,8	163,5	44
884,0	835,0	816,8	946,0	939,1	793,8	45
11 306,6	11 060,2	11 560,8	12 815,5	12 131,8	10 800,4	46
3 261,8	3 238,9	3 262,5	3 493,4	3 388,8	2 888,9	47
8 044,8	7 821,3	8 298,3	9 322,1	873,0	7 911,5	48
1 591,5	1 494,3	1 628,9	1 784,2	1 720,6	1 532,4	49
221,6	220,7	229,2	250,9	225,8	218,7	50
1 402,7	1 309,1	1 467,8	1 569,9	1 440,6	1 363,6	51
98,9	108,8	100,1	118,7	116,9	115,8	52
999,4	1 101,5	1 113,1	1 203,8	1 120,0	1 052,4	53
1 050,0	1 034,0	1 073,1	1 227,2	1 178,6	1 030,9	54
1 584,6	1 490,1	1 507,5	1 636,8	1 595,5	1 377,1	55
158,1	169,8	160,1	122,7	129,0	102,7	56
62,8	56,1	55,4	58,5	53,9	55,2	57
491,4	508,8	503,5	617,4	565,6	501,2	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Handel und Gastgewerbe				
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	7 752,1	7 565,1
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 846,7	1 725,9
3	übrige Länder	"	3 610,5	3 556,9
Fremdenverkehr ¹⁾				
4	* Gästeankünfte	1 000	940	974
5	* darunter von Auslandsgästen	"	180	169
6	* Gästeübernachtungen	"	2 885	2 962
7	* darunter von Auslandsgästen	"	457	415
Verkehr				
Binnenschifffahrt				
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 917	...
9	* davon Güterempfang	"	6 019	...
10	* Güterversand	"	4 598	...
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 980	...
12	davon Bergverkehr	"	7 723	...
13	Talverkehr	"	4 241	...
Kraftfahrzeuge				
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	70 167	79 888
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	63 363	71 800
16	Lastkraftwagen	"	3 206	3 849
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkraftködern	"	2 262	2 865
Straßenverkehrsunfälle				
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	45 290	43 749
19	* davon mit Personenschaden	"	6 945	6 509
20	mit nur Sachschaden	"	38 345	37 240
21	* getötete Personen	"	127	118
22	* verletzte Personen	"	8 901	8 312
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 200	2 070
Deutsche Bundesbahn ³⁾				
24	Güterempfang	1 000 t	6 820	(6 602)
25	Güterversand	"	8 128	(7 791)
Deutsche Bundespost ⁴⁾				
26	Briefsendungen	Mill.	261	266
27	Paketsendungen	1 000	4 099	5 286
Geld und Kredit				
Kredite und Einlagen ⁵⁾				
28	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	517 420	566 522
29	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	503 971	553 267
30	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	104 846	112 606
31	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	103 824	111 217
32	* an öffentliche Haushalte	"	1 022	1 389
33	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	39 424	48 881
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	33 315	40 832
35	* an öffentliche Haushalte	"	6 109	8 049
36	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	364 777	393 010
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	301 999	324 089
38	* an öffentliche Haushalte	"	62 778	68 921
39	durchlaufende Kredite	"	8 373	12 025
40	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 698	9 934
41	an öffentliche Haushalte	"	1 675	2 091

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Belastungen auf Sparkonten).

1991			1992				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
7 660,9	7 493,3	7 838,8	8 590,1	8 146,9	7 350,0	...	1
1 786,1	1 733,8	1 852,5	1 899,2	1 804,7	1 623,5	...	2
3 377,2	3 417,0	3 303,7	3 891,4	3 804,0	3 211,1	...	3
974	1 104	1 111	976	920	1 157	1 057	4
153	184	193	159	154	171	170	5
2 897	3 283	3 385	2 829	2 895	3 401	3 213	6
353	430	469	416	356	394	393	7
...	8
...	9
...	10
...	11
...	12
...	13
102 079	96 508	98 486	98 083	88 924	85 554	...	14
90 569	86 453	89 001	84 831	76 423	74 153	68 371	15
4 294	3 752	4 059	3 953	3 586	3 986	...	16
5 557	4 728	3 658	7 440	6 868	5 961	...	17
44 271	43 513	46 683	44 552	43 178	46 377	43 179	18
6 742	6 674	7 431	6 225	6 245	8 529	7 716	19
37 529	36 839	39 252	38 327	36 933	37 848	35 463	20
123	114	123	103	97	111	120	21
8 608	8 694	9 472	7 962	7 985	10 653	9 745	22
2 149	2 192	2 247	1 912	1 857	2 626	2 258	23
7 042	6 500	6 550	6 960	6 488	6 179	...	24
8 307	7 791	7 628	7 890	7 281	6 966	...	25
279	244	264	269	272	232	276	26
4 862	4 123	3 880	7 936	7 276	5 403	5 416	27
529 064	532 718	542 188	577 506	.	.	591 495	28
516 762	519 915	529 175	564 034	.	.	578 074	29
105 415	106 221	111 032	115 017	.	.	120 071	30
103 448	105 079	109 674	113 952	.	.	118 064	31
1 967	1 142	1 358	1 065	.	.	2 007	32
41 526	42 761	45 206	48 410	.	.	49 209	33
34 190	35 259	37 572	41 189	.	.	42 335	34
7 336	7 502	7 634	7 221	.	.	6 874	35
372 167	373 746	375 972	401 506	.	.	409 744	36
306 781	308 075	310 178	328 975	.	.	337 157	37
65 386	65 671	65 794	72 531	.	.	72 587	38
9 956	9 990	9 978	12 573	.	.	12 471	39
8 040	8 039	8 002	10 257	.	.	10 150	40
1 916	1 951	1 976	2 316	.	.	2 321	41

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NRW gelegenen Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. Ab 1992 vierteljährlich die für den betreffenden Monat gültigen Bestandszahlen, außer bei Gutschriften und

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

			1990	1991
Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	466 441	490 548
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	298 682	322 801
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	252 691	272 782
4	* von öffentlichen Haushalten	"	45 991	50 019
5	* Spareinlagen	"	167 759	167 747
6	* bei Sparkassen	"	97 990	96 820
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften) ²⁾	"	10 690	10 686
8	* Belastungen auf Sparkonten ²⁾	"	10 908	10 687
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	304	301
10	* Vergleichsverfahren	"	1	1
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post) ²⁾	"	1 484	1 352
12	* Wechselsumme ²⁾	Mill. DM	16	17
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	551 027	498 765
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	524 723	472 274
15	von Lastenzuschuß	"	26 304	26 491
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	154	152
17	Mietzuschuß je Fall	"	154	151
18	Lastenzuschuß je Fall	"	158	160
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	10 332	10 490
20	darunter Pflichtmitglieder	"	6 012	6 107
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	3 083	3 113
Steuern				
Steueraufkommen				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	11 159,0	12 662,4
23	* Steuern vom Einkommen	"	6 072,4	6 671,4
24	* Lohnsteuer ³⁾	"	4 008,5	4 591,5
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	1 028,7	1 074,5
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	253,4	266,3
27	* Körperschaftsteuer ³⁾	"	781,8	739,0
28	* Steuern vom Umsatz	"	5 086,7	5 991,0
29	* Umsatzsteuer	"	1 959,5	2 384,3
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	3 127,2	3 606,7
31	* Bundessteuern	"	2 034,4	2 515,1
32	* darunter Zölle	"	342,2	404,7
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 535,0	1 698,4
34	darunter Mineralölsteuer	"	839,1	868,9
35	* Landessteuern	"	582,2	600,4
36	* darunter Vermögensteuer	"	145,7	152,3
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	183,1	209,8
38	* Biersteuer	"	33,5	38,8
39	* Gemeindesteuern ⁴⁾	"	3 585,8	3 767,9
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 905,6	3 060,5
41	* Grundsteuer A	"	13,9	14,5
42	* Grundsteuer B	"	587,1	615,0
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ⁴⁾				
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	24 185,8	27 979,9
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 975,2	8 732,2
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	9 919,0	11 682,4
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	188,5	200,0
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	13 269,6	14 094,1
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 975,2	8 732,2
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	3 359,4	3 345,5
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	188,5	200,0
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	5 475,4	5 917,6
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 266,7	2 549,7
53	* Anteil an der Gewerbesteuer	"	2 528,5	2 660,4

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) ab 1992 vierteljährlich zusammengefaßte Werte

1991			1992			Lfd. Nr.	
April	Mai	Juni	März	April	Mai		Juni
461 088	462 683	462 868	485 022	.	.	492 617	1
297 785	300 001	300 581	318 520	.	.	326 044	2
251 202	252 400	252 421	270 471	.	.	277 658	3
46 583	47 601	48 160	48 049	.	.	48 386	4
163 303	162 682	162 287	166 502	.	.	166 573	5
94 966	94 482	94 215	95 797	.	.	95 393	6
10 173	8 939	8 760	37 809	.	.	28 190	7
11 135	9 457	9 260	38 980	.	.	28 118	8
263	342	269	409	299	344	321	9
-	-	2	-	-	-	2	10
1 300	1 479	1 873	2 355	.	.	2 375	11
16	20	16	42	.	.	32	12
551 805	554 043	522 909	388 965	376 386	377 317	385 960	13
524 664	516 168	495 429	362 982	350 505	351 228	359 285	14
27 141	27 875	27 480	25 983	25 881	26 089	26 675	15
158	156	155	133	131	131	134	16
158	156	154	132	129	129	130	17
161	161	161	154	152	152	152	18
10 458	10 452	10 458	10 571	10 572	10 564	10 566	19
6 072	6 064	6 070	6 116	6 114	6 104	6 105	20
3 112	3 110	3 113	3 138	3 141	3 143	3 146	21
9 519,9	10 633,2	16 225,7	16 221,3	10 458,3	11 422,4	...	22
4 072,0	4 169,4	10 003,1	9 853,0	4 482,4	4 980,3	...	23
3 928,4	3 937,5	4 704,6	4 376,6	4 456,6	4 404,1	...	24
-142,2	-71,2	2 823,6	3 237,8	-324,5	182,2	...	25
310,9	164,2	301,3	29,2	108,6	425,3	...	26
-25,1	138,8	2 173,6	2 209,5	241,6	-31,2	...	27
5 447,9	6 463,9	6 222,6	6 368,3	5 976,0	6 442,1	...	28
1 656,2	2 643,1	2 445,8	2 681,9	2 237,5	2 909,0	...	29
3 791,7	3 820,8	3 776,8	3 686,4	2 738,4	3 533,1	...	30
2 057,3	2 067,7	2 188,4	3 367,4	2 603,8	2 766,3	...	31
407,3	404,6	401,4	380,0	380,0	350,8	...	32
1 535,3	1 532,8	1 681,2	1 995,9	1 715,6	1 856,4	...	33
702,4	780,8	799,3	987,1	917,5	1 016,6	...	34
452,7	802,0	460,1	638,5	645,5	852,9	...	35
22,1	379,8	38,3	43,0	33,1	380,4	...	36
215,4	178,3	189,1	239,0	288,2	230,3	...	37
23,9	52,1	31,4	38,5	38,5	38,9	...	38
.	.	3 492,9	3 973,1	39
.	.	2 791,6	3 327,7	40
.	.	14,7	14,2	41
.	.	607,1	548,6	42
.	.	26 275,2	29 335,5	43
.	.	7 983,7	8 724,5	44
.	.	11 787,3	13 032,7	45
.	.	190,8	13,8	46
.	.	13 090,8	14 608,7	47
.	.	7 983,7	8 724,5	48
.	.	3 201,6	3 729,7	49
.	.	190,8	13,8	50
.	.	5 388,5	6 556,1	51
.	.	2 277,1	2 610,5	52
.	.	2 410,0	3 300,2	53

- 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung - 4) statt Monatsdurchschnitt 1990 bzw. 1991: Vierteljahresdurchschnitt

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991	
			Monatsdurchschnitt		
Preise					
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte					
1	* Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	106,1	109,6	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	104,5	107,4	
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	102,8	107,0	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	105,9	109,0	
5	Bekleidung, Schuhe	"	108,2	110,9	
Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen					
6	Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	106,0	109,5	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	104,5	107,2	
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	104,0	108,2	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	105,7	108,6	
10	Bekleidung, Schuhe	"	108,1	111,0	
Preisindex ²⁾ für Wohngebäude					
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	114,1	121,5	
12	davon Rohbauarbeiten	"	113,4	120,7	
13	Ausbauarbeiten	"	115,1	122,5	
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	} Bauleistungen am Bauwerk	114,0	121,1	
15	für Bürogebäude		"	114,9	122,0
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	115,1	121,7
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	110,8	117,4	
Löhne und Gehälter					
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾					
Bruttowochenverdienste					
18	* männliche Arbeiter	DM	861	899	
19	* darunter Facharbeiter	"	910	952	
20	* weibliche Arbeiter	"	589	620	
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	578	610	
Bruttostundenverdienste					
22	* männliche Arbeiter	DM	21,24	22,45	
23	* darunter Facharbeiter	"	22,43	23,74	
24	* weibliche Arbeiter	"	15,29	16,22	
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	15,05	15,98	
bezahlte Wochenarbeitszeit					
26	männliche Arbeiter	h	40,5	40,1	
27	weibliche Arbeiter	"	38,5	38,3	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾ in Industrie und Hoch- und Tiefbau					
kaufmännische Angestellte					
28	* männlich	DM	5 329	5 619	
29	* weiblich	"	3 652	3 881	
technische Angestellte					
30	* männlich	DM	5 532	5 831	
31	* weiblich	"	3 730	3 978	
in Handel, Kredit und Versicherungen					
kaufmännische Angestellte					
32	* männlich	DM	4 409	4 642	
33	* weiblich	"	3 007	3 186	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen					
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+0,7	+0,6	

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1990 bzw. 1991: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet*)

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
1	Bevölkerung ²⁾	1 000	79 753	...
2	Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,5 ³⁾	5,7 ³⁾
3	Lebendgeborene	"	11,3 ³⁾	10,4 ³⁾
4	Gestorbene	"	11,5 ³⁾	11,3 ³⁾
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige	1 000	28 444p	28 886p
6	Arbeitslose ²⁾	"	1 883	1 689
Landwirtschaft ¹⁾				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	.	493
8	Milcherzeugung	"	2 393	2 201
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	7 411	7 515
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	666	663
11	Umsatz	Mill. DM	151 958	162 485
12	darunter Auslandsumsatz	"	44 395	43 625
13	Index der Nettoproduktion	1985 = 100	118,3	122,1
Bauhauptgewerbe				
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe			
15	Beschäftigte	1 000	1 034	1 061
16	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	112	111
	darunter für Wohnungsbau	"	42	41
Handel				
17	Einzelhandel			
	Umsatz insgesamt	1986 = 100	125,5	136,6
18	Innerdeutscher Warenverkehr			
19	Bezüge	Mill. DM	690	749
	Lieferungen	"	1 777	3 894
20	Außenhandel			
21	Einfuhr	Mill. DM	47 790	53 660
	Ausfuhr	"	56 738	55 484
Geld und Kredit ⁴⁾				
22	Bargeldumlauf ²⁾	Mrd. DM	158,6	171,8
23	Spareinlagen ²⁾	"	755,6	753,8
24	Kredite an			
25	Unternehmen und Privatpersonen ²⁾	Mrd. DM	2 271,0	2 517,8
	öffentliche Haushalte ²⁾	"	604,1	629,4
Steuern ⁵⁾				
26	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	39 540	48 096
27	Steuern vom Einkommen	"	21 253	24 900
28	Lohnsteuer	"	14 799	17 848
29	veranlagte Einkommensteuer	"	3 043	3 461
30	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	903	948
31	Körperschaftsteuer	"	2 508	2 643
32	Bundessteuern (ohne EG-Anteile Zölle)	"	5 490	7 802
33	darunter Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 964	6 352
34	Landessteuern	"	2 114	2 426
35	Zölle (100 %)	"	597	692
Preise				
36	Preisindex der Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1985 = 100	93,1	93,6
37	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1985 = 100	116,4	124,3
38	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	101,0	103,4
39	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1985 = 100	94,7	94,1
40	Preisindex für die Lebenshaltung			
	aller privaten Haushalte	1985 = 100	107,0	110,7
41	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	106,7	110,5

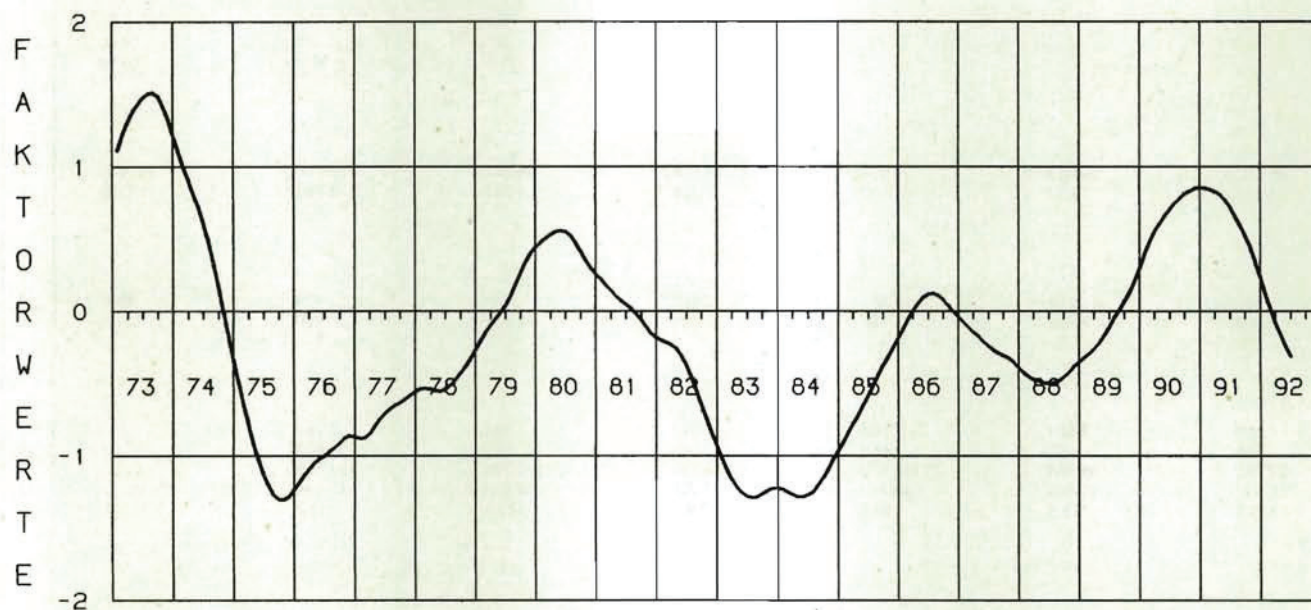
*) Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf den Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990. – 1) Angaben für den Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990 – den Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990 – – Quelle: Statistisches Bundesamt

1991			1992			Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	
...	3,9p	5,3p	8,1p	1
...	10,3p	9,9p	9,5p	2
...	11,6p	11,3p	10,2p	3
...				4
28 892p	29 003	29 075p	28 908p	28 981p	28 980p	5
1 652	1 604	1 593	1 768	1 747	1 704	6
531	506	467	466	444	438	7
2 404	2 603	2 469	2 050	2 266	2 450	8
7 507	7 501	7 504	7 417	7 384	7 356	9
699	648	666	688	661	628	10
167 762	155 264	168 422	173 757	165 788	157 558	11
45 444	41 048	44 844	48 039	44 874	42 258	12
123,6	118,9	126,8r	129,4	122,3	119,1	13
1 045	1 050	1 054	1 044	1 056	1 062	14
128	117	123	114	121	117	15
48	44	46	42	45	44	16
138,4	135,7	132,8r	138,9	140,5	132,8	17
755	724	649	950	976	...	18
3 607	3 874	4 114	4 874	5 125	...	19
55 075	55 228	53 117	58 030	58 090	51 030	20
54 027	54 551	53 588	62 966	60 414	52 157	21
158,9	161,0	161,4	167,4	171,9	172,3	24
736,5	733,4	731,1	746,2	743,9	743,1	23
2 315,5	2 334,5	2 367,2	2 566,9	2 591,2	2 607,4	24
609,8	615,1	613,7	634,5	651,9	649,9	25
35 942	40 527	55 653	60 608	42 978	46 320	26
15 422	15 891	37 193	36 022	17 357	18 380	27
14 742	15 344	18 366	16 957	17 508	17 973	28
-291	-339	9 452	10 601	-960	-238	29
1 174	617	1 574	395	663	973	30
-202	270	7 802	8 069	145	-328	31
5 810	6 850	5 757	10 573	8 359	9 350	32
5 412	6 416	5 379	7 037	6 357	7 344	33
2 044	3 237	1 996	2 696	2 528	3 778	34
687	716	674	670	671	641	35
92,4	92,1	91,8	92,3	92,8	93,0	36
	124,3	.			131,0	37
102,9	103,0	103,1	104,6	104,9	105,1	38
94,2	95,9	95,4	97,9	97,3	96,5p	39
109,5	109,9	110,5	114,2	114,5	115,0	40
109,3	109,8	110,2	114,0	114,4	114,9	41

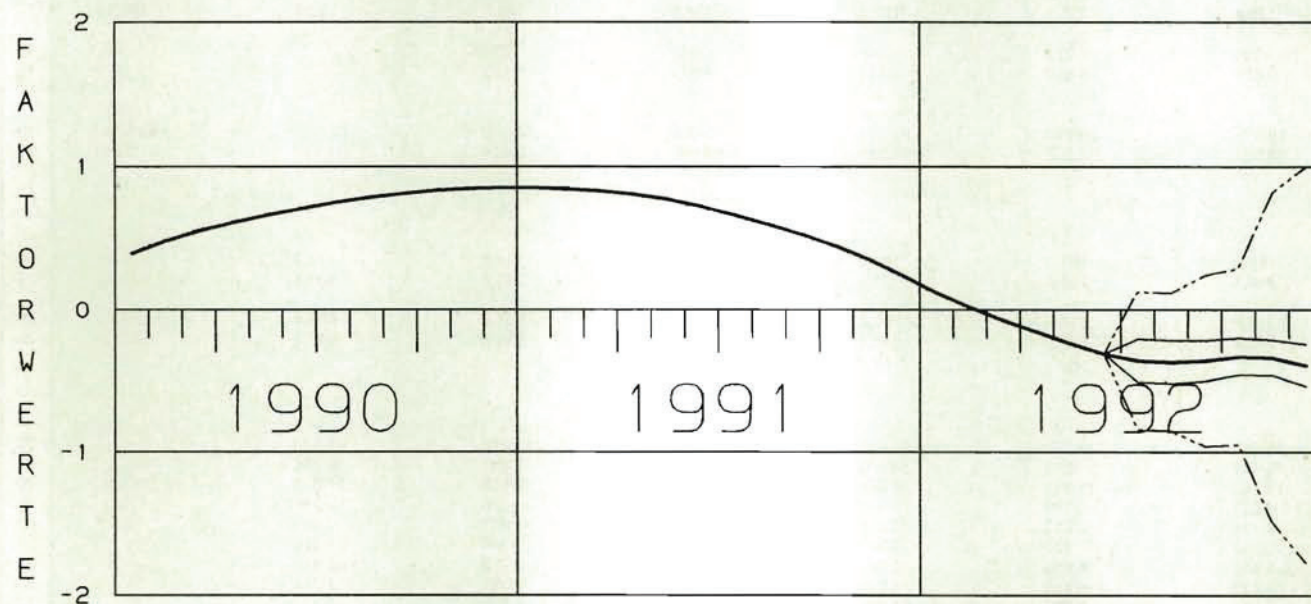
2) Jahres- bzw. Monatsende - 3) Bevölkerung geschätzt - 4) Ab Juni 1990 Angaben für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark - 5) Ab Januar 1991 Angaben für

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS JUNI 1992 REALISIERTE WERTE ¹⁾



AB JULI 1992 BIS DEZEMBER 1992 PROGNOTIZIERTE WERTE ²⁾



—— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

---- 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

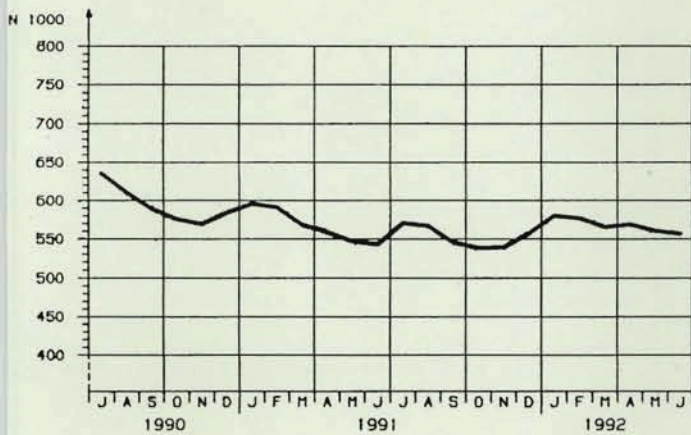
1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

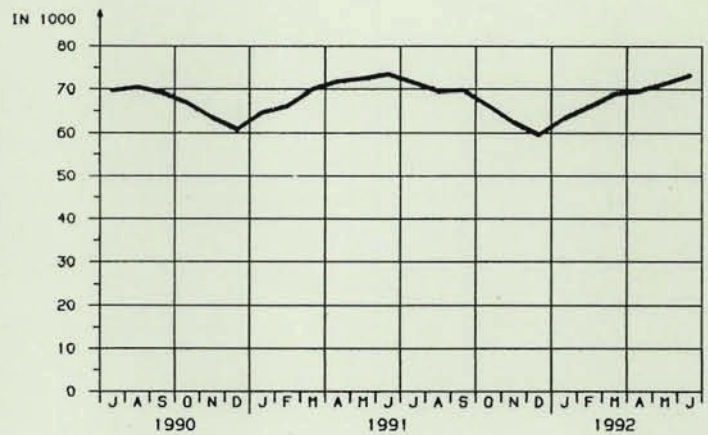
GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG: LDS NRW

ARBEITSMARKT, PREISE, LÖHNE, GEHÄLTER JULI 1990 BIS JUNI 1992

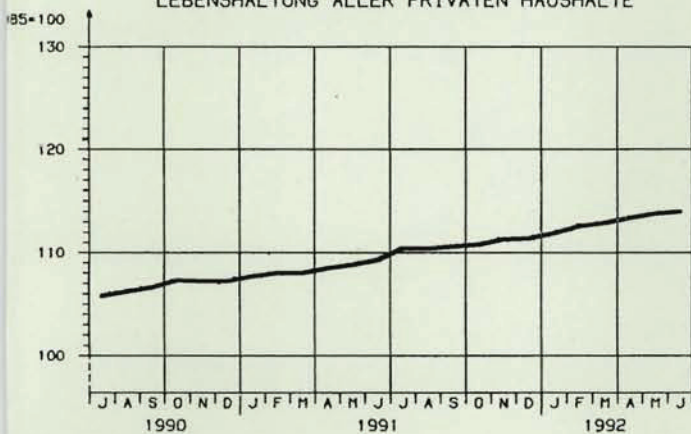
ARBEITSLOSE



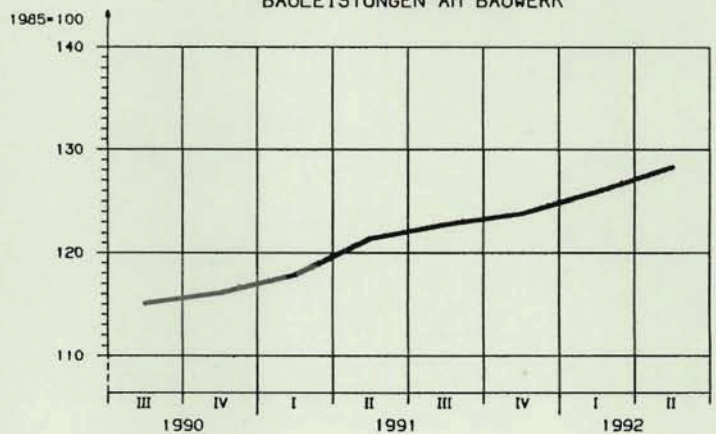
OFFENE STELLEN



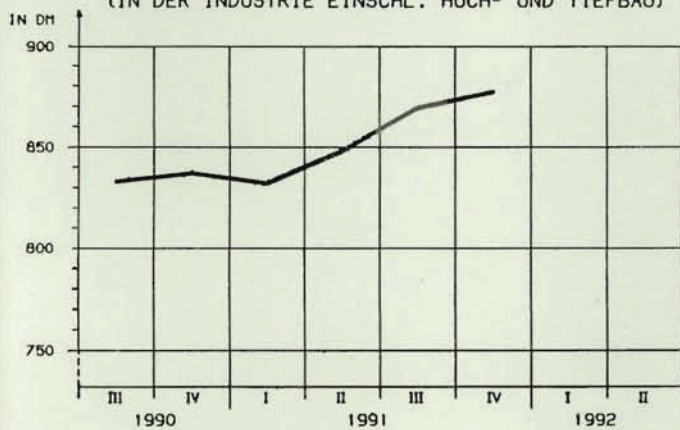
PREISINDEX FÜR DIE
LEBENSHALTUNG ALLER PRIVATEN HAUSHALTE



PREISINDEX FÜR WOHNGEBÄUDE,
BAULEISTUNGEN AM BAUWERK



BRUTTOWOCHENVERDIENST DER ARBEITER
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)



BRUTTOMONATSVERDIENST DER ANGESTELLTEN
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)

